

# Stenographisches Protokoll

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 9. Dezember 1953

### Inhalt

#### 1. Personalien

- a) Krankmeldungen (S. 919)
- b) Entschuldigungen (S. 919)

#### 2. Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (141 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1954 (171 d. B.)

##### Spezialdebatte

Gruppe VI: Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 26 Titel 2 a § 3: Wetterdienst, und Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater

Spezialberichterstatter: Römer (S. 919)

Redner: Ernst Fischer (S. 921), Doktor Zechner (S. 931), Dr. Pfeifer (S. 938),

Dr. Koren (S. 945), Dr. Reimann (S. 952 und S. 970), Dr. Neugebauer (S. 955), Lola Solar (S. 959), Marianne Pollak (S. 963), Mark (S. 970) und Kranebitter (S. 974)

Generalberichterstatter: Grubhofer (S. 978) Ausschußentschließung, betreffend Subvention an die Landestheater aus Ausgabenverminderungen bei der Preisstützung (S. 921)

Entschließungsantrag Dr. Gschnitzer, Mark, Dr. Pfeifer, betreffend Schaffung eines Forschungsrates (S. 974)

##### Abstimmungen

Annahme der Gruppen I, II, III, IV und V (S. 938)

Annahme der Ausschußentschließungen zu den Gruppen I, IV und V (S. 938)

Ablehnung der Entschließungsanträge Doktor Pfeifer zu den Gruppen I, II, IV und V (S. 938)

## Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Hurdes, Zweiter Präsident Böhm, Dritter Präsident Hartleb.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abg. Ing. Korschak, Strommer und Dr. Kraus.

Entschuldigt haben sich die Abg. Dipl.-Ing. Hartmann, Dipl.-Ing. Kottulinsky und Dr. Kopf.

Wir gehen in die Tagesordnung ein und setzen die Spezialdebatte über den Bundesvoranschlag 1954 fort.

Wir kommen zur Gruppe VI der Spezialdebatte: Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 26 Titel 2 a § 3: Wetterdienst, und Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abg. Römer. Ich bitte ihn, seinen Bericht zu erstatten.

Spezialberichterstatter Römer: Hohes Haus! Die Verhandlung über die Kapitel der Gruppe VI des Bundesvoranschlages für das Jahr 1954 fand im Finanz- und Budgetausschuß am 10. November dieses Jahres statt.

Wie Sie aus dem Voranschlag ersehen, ist für die gesamte Ausgabengebarung der Haushaltsskapitel 11 bis 13 — das ist 11: Bundesministerium für Unterricht, 12: Unterricht, und 13: Kunst — ein Gesamtaufwand von

1.405,800.000 S vorgesehen. Für das Kapitel 26 Titel 2 a § 3: Wetterdienst, sind 2.472.000 S präliminiert. Für das Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater, sind in der ordentlichen Gebarung 83.610.000 S veranschlagt. Somit belaufen sich die gesamten Ausgaben der Gruppe VI in der ordentlichen Gebarung auf 1.491.882.000 S. Hiezu kommt für die Bundestheatergebäude aus der außerordentlichen Gebarung der Betrag von 70 Millionen Schilling. Das sind also zusammen 1.561.882.000 S.

Demgegenüber stehen folgende Einnahmen: aus den Kapiteln 11 bis 13 112.239.000 S; aus dem Kapitel 26 Titel 2 a § 3: Wetterdienst, keine Einnahmen; aus dem Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater, 23.110.000 S. Die Gesamteinnahmen der Gruppe VI betragen demnach 135.349.000 S.

Setzt man das Unterrichtsbudget zum Gesamtbudget in ordentlicher und außerordentlicher Gebarung mit 22.405,054.000 S in Relation, so beträgt der Anteil des Unterrichtsbudgets am Gesamtbudget 6,971 Prozent. Vergleicht man jedoch die Ausgaben der ordentlichen Gebarung von 21.351.008.000 S mit dem kulturellen Aufwand der ordentlichen Gebarung von 1.489.410.000 S, dann erhöht sich der Prozentsatz des Unterrichtsbudgets am Gesamtbudget auf 6,975 Prozent. Vergleicht man diese Ziffern mit dem gesamten Steueraufkommen von 10.833.721.000 S, so kann man sagen, daß das Unterrichtsbudget hievon etwa 13,7 Prozent ausmacht.

## 920 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Was das Budget der Haushaltsskapitel 11 bis 13 anlangt, so beträgt der Personalaufwand 1.237.883.000 S, der Sachaufwand 167.917.000 S, das ist ein Gesamtaufwand von 1.405.800.000 S.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß der Gesamtaufwand für das Jahr 1954 um 16 Prozent höher ist als der des Jahres 1952. Der Personalaufwand erfuhr eine Erhöhung um 17 Prozent, der Sachaufwand — unter Weglassung der Arbeiterlöhne und der zweckgebundenen Kredite — eine Erhöhung von 12,2 Prozent.

Die Entwicklung seit dem Jahre 1947 gibt nun folgendes Bild: Wird der Aufwand der Kapitel 11 bis 13 — ohne Bundestheater — in den Jahren 1947 bis 1954 zum Gesamtaufwand der ordentlichen Gebarung der Jahre 1947 bis 1954 in Beziehung gebracht, so ist der Anteil des Unterrichtsbudgets wie folgt:

1947.....	5,7	Prozent
1948.....	6	"
1949.....	6,6	"
1950.....	6,9	"
1951.....	7,1	"
1952.....	6,44	"
1954.....	6,584	"

Auch diese Gegenüberstellung zeigt gegenüber dem Jahre 1952 eine geringe Erhöhung um 0,144 Prozent.

Ein richtiges Bild über den Anteil des Budgets der Unterrichtsverwaltung, Kapitel 11 bis 13, kann aber nur gewonnen werden, wenn es dem Budget der gesamten Hoheitsverwaltung gegenübergestellt wird. Die Entwicklung ist hier folgende:

Der Anteil betrug im Jahre

1947.....	9,2	Prozent
1948.....	10,6	"
1949.....	11,8	"
1950.....	11,5	"
1951.....	11,8	"
1952.....	10,37	"
1954.....	10,307	"

Wenn nun der Gesamtaufwand der Unterrichtsverwaltung, Kapitel 11 bis 13, von 1.211.111.700 S im Jahre 1952 auf 1.405.800.000 S im Jahre 1954 gestiegen ist, also um 194.688.300 S höher ist, so sind diese notwendig gewordenen Mehrausgaben auf folgende Umstände zurückzuführen:

1. auf eine Erhöhung des Personalaufwandes um rund 180 Millionen Schilling, zunächst bedingt durch die Auswirkungen der Bezugszuschlagsverordnung 1953, die eine ungefähr 10prozentige Steigerung der Bezüge aller Bediensteten brachte, zum anderen auch bedingt durch eine zwangsläufige Vermehrung

der Mittelschullehrerposten um 330 Dienstposten, durch die Verbundlichung des Mozarteums in Salzburg, aber auch durch eine Vermehrung der Hochschulassistentenposten beziehungsweise Neuschaffung von 60 Dienstposten für klinische Hilfskräfte;

2. auf eine Erhöhung des Sachaufwandes von rund 154 Millionen Schilling auf 168 Millionen Schilling, insbesondere durch eine Erhöhung des klinischen Mehraufwandes und durch eine bessere Dotierung des bisher unterpräliminiert gewesenen Regie- oder Verwaltungsaufwandes bei sämtlichen finanziell gesetzlichen Ansätzen des Unterrichtsressorts;

3. eine weitere Steigerung des Sachaufwandes ergab sich auch durch eine erfreuliche, wenn auch lange noch nicht befriedigende Erhöhung der ordentlichen und außerordentlichen Dotations für die Hochschulen und durch eine Erhöhung aller Ansätze für Stipendien;

4. schließlich haben auch die zweckgebundenen Ausgaben nach Maßgabe der eigenen Einnahmen, nicht zuletzt durch die fühlbaren Auswirkungen des neuen Hochschultaxengesetzes, eine Steigerung von rund 23 Millionen Schilling erfahren.

In ihrer geordneten Zusammensetzung gliedert sich die Materiengruppe VI, Unterricht, in fünf Teile:

Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht,

Kapitel 12: Unterricht,

Kapitel 13: Kunst,

Kapitel 26 Titel 2 a § 3: Wetterdienst, und  
Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater.

Zum Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht, sei gesagt, daß sich die Gesamtausgaben im Jahre 1954 auf 9.747.000 S belaufen. Im Jahre 1952 betrugen die Ausgaben 8.824.000 S. Als Einnahmen für das Jahr 1954 werden 163.000 S vermerkt. Im Bundesministerium für Unterricht sind insgesamt 275 Personen tätig. Es sind vier Personenkraftwagen vorgesehen, wovon nur ein Wagen der Kategorie II und zwei kleine Volkswagen der Kategorie I in Verwendung stehen.

Eine genaue Aufgliederung der gesamten Gebarung finden wir im Teilheft zur Gruppe X, ebenso im gedruckten Bericht, der jedem einzelnen Abgeordneten bereits vorliegt.

Bei der Abstimmung am 24. November 1953 wurden die finanziell gesetzlichen Ansätze der Gruppe VI gemäß der Regierungsvorlage (141 d. B.) angenommen. Ferner hat der Ausschuß auch einem von den Abg. Doktor Gschnitzer, Truppe, Grubhofer, Aigner, Rainer und Eibegger eingebrachten Entschließungsantrag zugestimmt, der dem schriftlichen Berichte beigedruckt ist.

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 921

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt demnach den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 11: Bundesministerium für Unterricht,

dem Kapitel 12: Unterricht,

dem Kapitel 13: Kunst,

dem Kapitel 26 Titel 2 a § 3: Wetterdienst, und

dem Kapitel 28 Titel 8: Bundestheater samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag (Anlage III/8),

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1954 in der Fassung der Regierungsvorlage (141 d. B.) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erzielt.

2. Die beigedruckte Entschließung wird angenommen.

*Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:*

Subventionen fallen nach der Aufgliederung im Budget 1954 unter die Gebarungsgruppe F (Förderungsausgaben). Darunter findet sich für Preisstützung die Summe von rund 1 Milliarde, für Investitionsförderung der Wirtschaft rund 663 Millionen und zur Förderung kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Einrichtungen 27 Millionen.

Es wird die Wichtigkeit der Preisstützung wie der Investitionsförderung keineswegs verkannt. Da jedoch aller Voraussicht nach hinsichtlich der Preisstützungen Beträge erspart werden dürften, schiene es wohl gerechtfertigt, wenigstens Teile der dort ersparten Beträge zur Förderung kultureller Einrichtungen zusätzlich zu verwenden. Dabei ist vor allem an die Subvention der Landestheater zu denken. Sie haben in den Bundesländern jene Aufgaben, die den Bundestheatern, gesamtösterreichisch gesehen, zufallen, und haben daher einen Anspruch, so wie diese, aus Steuermitteln Zuschüsse zu bekommen. Sie sind aber darüber hinaus nicht zu unterschätzende Kulturträger in Österreich.

Die Bundesregierung wird daher ersucht, aus eventuell eintretenden Ausgabenverminderungen bei der Preisstützung nach Abdeckung des Abgangs der ordentlichen Gebarung den Landestheatern eine Subvention von 10 Millionen Schilling zuzuweisen.

**Präsident:** Als Gegenredner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Ernst Fischer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ernst Fischer:** Meine Damen und Herren! Die „Österreichische Hochschulzeitung“ hat am 1. November dieses Jahres das folgende Inserat veröffentlicht: „Dr. phil.

(Volkskunde, Kunstgeschichte), derzeit Nachportier, sucht sich zu verbessern.“ Ich stelle dieses Inserat an die Spitze meiner Ausführungen, weil es das Elend der Kultur in Österreich charakterisiert. (Abg. Wallner: *Verwechseln Sie es nicht!*) Die Philosophie ist froh, wenn sie in der Loge eines Nachportiers unterschlüpft, Kulturträger werden zu Gepäcksträgern, um ihr Dasein zu fristen, Mittelschullehrer jagen einem kümmerlichen Nebenerwerb nach, um den Mietzins zahlen zu können, junge Ärzte lassen das Skalpell sinken, weil ihre Hände manchmal vor Hunger zittern, und der Unterrichtsminister sagt in seiner Abschlußrede im Unterrichtsausschuß: Die Aufgabe bestand nach wie vor darin, die Konsolidierung und Normalisierung der Verhältnisse und den Aufschwung der Wirtschaft auch den Schichten zugänglich zu machen, die durch den Krieg und die Nachkriegserscheinungen am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurden: es sind dies die geistigen Arbeiter.

Der Unterrichtsminister kann wohl nicht im Ernst behaupten, daß er auch nur einen Bruchteil dieser Aufgabe gelöst hat. Die österreichischen Lehrer und Ärzte, Künstler und Schriftsteller, Studenten und wissenschaftlichen Arbeiter spüren wenig von einer Konsolidierung und Normalisierung der Verhältnisse, es sei denn die Konsolidierung der Misere und die Hoffnungslosigkeit als Normalzustand. Der Aufschwung der Wirtschaft, von dem der Minister spricht, äußert sich in zunehmenden Gewinnen der großen Unternehmer. Die geistigen Menschen Österreichs jedoch beklagen den zunehmenden Verlust an Kulturstanz, das Dahinschwinden einer alten Kultur, die allmählich ihre letzten Reserven aufzuzehren beginnt.

Die Unterschätzung der geistigen Leistung, die Mißachtung, die unsere Machthaber dem Intellekt entgegenbringen, hat geradezu beunruhigende Formen angenommen. Das Beunruhigendste aber ist, daß selbst jene Männer an verantwortlicher Stelle, die sich des Notstandes der Kultur bewußt sind, mit einem Achselzucken hilflosen Bedauerns darüber hinweggehen.

Der Unterrichtsminister hat von einer Valorisierung des Kulturbudgets gesprochen, und der Herr Berichterstatter hat sich heute verzweifelt bemüht, unter Hinweis nicht nur auf hundertstel, sondern auf tausendstel Prozente nachzuweisen, daß der Anteil des Kulturbudgets doch nicht so karg sei. Nun, meine Damen und Herren, der Unterrichtsminister weiß wohl selbst am besten, daß wir von einer Valorisierung des Kulturbudgets weit entfernt sind. In höchst unzureichender,

## 922 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

ja selbst berechtigten Groll hervorrufender Weise wurden einige Gehälter teilweise valorisiert. Gleichzeitig aber ist der Sachaufwand für unsere Schulen, für unsere wissenschaftlichen Institute noch jämmerlicher als in vergangenen Jahren, und nach wie vor ist Österreich neben Malta und Griechenland das europäische Land mit dem niedrigsten Kulturbudget.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft, hinter der 130.000 Intellektuelle stehen, hat unter dem Vorsitz des Hochschulprofessors Kerschagl am 10. November dieses Jahres festgestellt, daß zwar gegenüber dem Budget 1952 gewisse absolute Erhöhungen eingetreten sind, daß aber in der laufenden Gebarung der Kapitel 11 bis 13, Unterricht, gegenüber dem Jahre 1951 eine Senkung von einem Anteil von 7,02 Prozent auf 6,65 Prozent, unter Einrechnung der Bundestheater eine Senkung von 7,77 auf 7,3 Prozent erfolgte. Um den Anteil des Kulturbudgets an der laufenden Gebarung auf den Stand von 1951 zu bringen, so heißt es in dieser Feststellung der Arbeitsgemeinschaft, wäre eine Erhöhung der Ausgaben in diesem Sektor von mehr als 100 Millionen erforderlich. Aber auch damit wäre eine Entnivellierung des Budgets für Kunst und Wissenschaft noch nicht eingetreten, sondern erst der Stand von 1951 erreicht. Die Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft gibt ihrer größten Besorgnis Ausdruck, daß eine wirkliche Berücksichtigung von Kunst und Wissenschaft in diesem Budget noch nicht eingetreten ist und daß den von ihr aufgestellten Forderungen bisher nicht Rechnung getragen wurde. Soweit die Feststellung der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft.

Maßvoll in der Form, aber bitter im Inhalt erhebt sich diese Anklage der Arbeitsgemeinschaft gegen die Kulturpolitik, die Unkulturpolitik des Koalitionsregimes, und härter, als jedes Wort es vermag, klagt die tägliche Wirklichkeit diese kulturfremde Regierung an.

Unsere Kinder sind zum großen Teil in überfüllten Schulzimmern zusammengepfercht. Der gesundheitsschädliche und den Lernerfolg gefährdende Wechselunterricht dauert an. Oftmals kann der Schulraum in der Zwischenzeit kaum gelüftet werden, oftmals müssen die Kinder einen Tag aussetzen und werden am nächsten Tag durch den allzu langen Unterricht übermüdet. Die Lehrer können sich nicht individuell mit ihren Schülern beschäftigen, zu viele Kinder sind ihnen anvertraut, zu viele Verpflichtungen lasten auf ihnen, zu drückend sind die Daseinsorgen, mit denen sie sich herumschlagen. Man darf sich also nicht wundern, daß er-

schreckend viele Schüler das Lehrziel nicht erreichen, daß das allgemeine Bildungsniveau unserer Jugend zurückgeht.

Weder die Lehrer noch die Schüler tragen die Schuld. Man kann im Gegenteil den Lehrern nicht die aufrichtige Bewunderung versagen, daß sie mit solchem unbedanktem Idealismus ihren Beruf ausüben. Man kann den Schülern nicht ein tiefes Mitgefühl vorenthalten, daß man es ihnen so schwer macht, sich die für ein Kulturvolk unentbehrliche Bildung anzueignen. Sie sind die Leidtragenden. Die Schuldtragenden aber sind jene Politiker, die so viel von Kultur und Jugend schwätzen und so wenig für Kultur und Jugend übrig haben.

Am schlimmsten sind die Zustände in den Mittelschulen. Es gibt nicht nur zuwenig Mittelschulen, sondern auch die existierenden sind zu einem großen Teil verwahrlost, und sogar in neuen Gebäuden fehlt es an Mobiliar, Einrichtungen, Lehrbehelfen. Die Mittelschullehrer werden vom Staat behandelt, als seien sie eine Art intellektueller Fronknechte. Man bürdet ihnen entwürdigende Verpflichtungen auf und mißachtet die Forderungen, die nicht nur im eigenen Interesse, sondern im allgemeinen Interesse der Mittelschulen gestellt werden. Die Mittelschulen sind heute jene Schulen, denen man die Mittel versagt, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe benötigen. Man gibt den Lehrern Titel ohne Mittel, und aus dem Mittelschullehrer wird in Österreich allmählich ein Titelschullehrer.

Wenn der Maturant die Mittelschule verläßt, ruft ihm die Unterrichtsbehörde zu: Bis hieher und nicht weiter! Vom Hochschulstudium wird dringend abgeraten. Es scheint der Ehrgeiz des Unterrichtsministers zu sein, das Studium möglichst zu drosseln, den intellektuellen Nachwuchs unserer Heimat abzuwürgen. Die Studiengebühren werden erhöht, und jede Verminderung der Studentenzahl wird im Unterrichtsministerium wie ein großer Sieg gefeiert. Dem Kampf gegen den Krebs, die Tuberkulose und andere mörderische Krankheiten wird in Österreich weit geringere Energie zugewandt als dem Kampf gegen die Hochschulbildung, die der Unterrichtsminister offenbar für eine der gefährlichsten Volkskrankheiten in Österreich hält.

Intellektuelle sind in Österreich im allgemeinen nicht erwünscht. Eine Ausnahme bilden manche Intellektuelle von der Couleur des Herrn Unterrichtsministers. Der Intellektuelle im allgemeinen ist der größten Unsicherheit preisgegeben, wenn er die Hochschule verläßt. Überall, von allen Seiten, tönt es ihm entgegen: Lehrer — brauch ma net, Ärzte — brauch ma net, Chemiker —

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 923

brauch ma net, Intellektuelle — brauch ma net in Österreich!

Viele der begabtesten dieser jungen Intellektuellen wandern ins Ausland ab. Die in Österreich Bleibenden müssen die Zähne zusammenbeißen und einen geradezu zweifelten Kampf gegen Not, Zurücksetzung, bürokratische Borniertheit aufnehmen. Charakter ist in den meisten Fällen schlecht, denn wenn man vorwärtskommen will, braucht man das richtige Parteibuch und die Protektion der herrschenden Clique.

Hunderttausende Intellektuelle in Österreich werden bestätigen, daß ich kein zu schwarzes Bild gemalt habe (*Zwischenrufe*), sondern daß der Bildungsweg unseres Volkes tatsächlich zu einem Leidensweg geworden ist, daß es Kultur in unserem Lande nicht dank der Regierung, sondern trotz der Regierung immer noch gibt, dank dem Idealismus, dank dem unermüdlichen Eifer, der Hingabe vieler Intellektueller, die allerdings zum Teil langsam den Mut verlieren, den Kampf um die österreichische Kultur gegen das österreichische Unterrichtsministerium fortzusetzen.

Der Unterrichtsminister kann nicht leugnen, daß er mit seiner Kultur keinen Staat machen kann, am allerwenigsten einen Kulturstaat. Man sollte von ihm erwarten, daß er einen hartnäckigen Kampf gegen den Materialismus der Wirtschaftskreise führt, daß er gegen die Macht des Geldes den Anspruch des Geistes vertritt. Er aber zieht es vor, die unwürdigen Zustände wie eine Art unentzinnbares Schicksal hinzunehmen und in Ausreden seine Zuflucht zu suchen.

In vergangenen Jahren hat man sich auf die Besatzungskosten ausgeredet, jetzt auf einmal ist es die sogenannte biologische Überalterung unseres Volkes, die keinen größeren Kulturaufwand gestattet. Es war der Herr Finanzminister, der diese biologische Überalterung entdeckt hat, die angeblich immer mehr unproduktive Ausgaben verursacht. Und der Unterrichtsminister hat sofort das Schlagwort seines Kollegen aufgegriffen und erklärt: Wegen der biologischen Überalterung bleibe — ich zitiere wörtlich — für die Kultur zwangsläufig immer weniger übrig. Ja warum „zwangsläufig“, Herr Unterrichtsminister? Warum muß denn zwangsläufig gerade die Kultur das Aschenbrödel der Gesellschaft in Österreich sein? In der Partei des Herrn Dr. Kolb sagt man doch immer mit voller Salbung, daß die Materie hinter dem Geist zurückstehen müsse, daß es die wichtigste Aufgabe sei, für die geistigen Werte zu sorgen. In der Praxis aber heißt es Tag für Tag: Zuerst die Wirtschaft und dann die Kultur!,

wobei man unter „Wirtschaft“ vor allem reichliche Unternehmergevinne versteht.

Man spricht jetzt mit einer solchen Selbstgefälligkeit von Konsolidierung und Stabilisierung unserer Wirtschaft, aber die Kultur merkt sehr wenig davon, für sie bleibt nach den Worten des Unterrichtsministers selbst „zwangsläufig“ immer weniger übrig. Ich frage den Herrn Unterrichtsminister: Wie hoch müssen denn die Unternehmergevinne anwachsen, welche unvorstellbare Sättigung der Wirtschaft muß denn erreicht sein, bis man sich der armen Seele, bis man sich der geistigen Bedürfnisse unseres Volkes erbarmt?

Ich möchte noch hinzufügen, daß die andauernde, ja die systematische Unterschätzung von Kultur und Bildung, von Kunst und Wissenschaft schließlich auch die materielle Entwicklung unseres Volkes beeinträchtigt, daß der Verlust geistiger Substanz, den wir von Jahr zu Jahr erleiden, zum Schaden unseres Landes auf allen Gebieten, auch auf den Gebieten der Wirtschaft wird.

Der Rektor der Wiener Universität, der weltbekannte Professor Schönbauer, hat in einer eindringlichen Rede auf diese Gefahren hingewiesen. Professor Schönbauer hat gesagt: „Die sich unter unserem Nachwuchs durch Fleiß, Begabung und Leistungen vor den übrigen auszeichnen, wandern ab. ... Es kann nicht einfach hingenommen werden, daß ein größerer Teil der bestqualifizierten jungen Leute ins Ausland geht, daß wir Lizzenzen für Erfindungen zahlen müssen, die unser Nachwuchs im Dienste anderer Wirtschaften macht oder ausbaut. Es läßt sich nicht verantworten, daß wir auf Jahre und ... Jahrzehnte hinaus auf planmäßige Forschung verzichten und uns mit der Übernahme ausländischen Wissensgutes begnügen.“

Professor Schönbauer hat in seiner aufrüttelnden Rede an die Verantwortlichen dieses Staates appelliert, er hat ihnen zugerufen: „Mögen Sie im Auf und Ab der Tagespolitik nicht vergessen, daß das Schicksal der Völker zwar mit den Jahreszahlen der Schlachten und der politischen Kongresse in das Buch der Geschichte eingetragen wird, daß es in Wirklichkeit aber davon abhängt, ob ein Volk in der Pflege und der praktischen Verwertung der Wissenschaften hinter anderen Völkern zurückbleibt oder ob es imstande ist, mit ihnen Schritt zu halten, ihnen vorauszueilen.“

Unser Volk ist reich an Talenten, reich an künstlerischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten. Obwohl wir nur ein kleines Volk sind, könnten wir mit anderen Völkern Schritt halten, wir könnten anderen Völkern auf manchen Gebieten voranreilen, aber eine

## 924 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

kulturfeindliche Politik hemmt unser Volk in seinem Lauf, zwingt es allmählich, Schritt für Schritt zurückzubleiben.

Daß die Politik der Regierenden in Österreich kulturfeindlich ist, wurde von der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft wiederholt festgestellt. In einem Brief dieser Arbeitsgemeinschaft an alle Abgeordneten wird gesagt: „Die österreichische Gesetzgebung ist auf kulturellem Gebiet veraltet oder kulturfeindlich. Unser Staatsbudget weist für kulturelle Belange einen Aufwand aus, der von keinem anderen Kulturland unterboten wird. Sogar freiwillige Spenden für die Kultur werden in Österreich besteuert, was einer Bestrafung des letzten Restes von Mäzenatentum gleichkommt.“

Die geringe Wertschätzung geistiger Arbeit möchte ich an einem kleinen Beispiel illustrieren, das ich einer bürgerlichen Zeitung, den „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 13. Oktober dieses Jahres, entnehme. In dieser Zeitung wurde mitgeteilt: Ein Lehrer der Verwendungsgruppe L 2 b bezieht in der 5. Gehaltsstufe 1272·60 S; ein Gendarmerie-Revierinspektor, der über keine Maturitätsbildung verfügt, erhält in der 5. Gehaltsstufe mit der Wachdienstzulage 1364 S. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Bei Vergleichung mit anderen Berufsgruppen schneidet der Pflichtschullehrer noch ungünstiger ab.

Ich möchte hinzufügen, daß wir dem Gendarmerie-Inspektor sein bescheidenes Einkommen vom Herzen gönnen, aber daß ein Mann, der die Jugend heranbildet, weniger Einkommen hat als einer, der sie unter Umständen verhaftet, das muß in einem Kulturstaat doch Verwunderung hervorrufen. Auch an solchen kleinen, an solchen unscheinbaren Beispielen erkennt man die fast selbstverständliche Kulturfeindschaft der Regierenden.

Es gibt eine miserable Theorie, derzufolge es dem geistigen, dem schöpferischen Menschen am besten bekommt, wenn er sich mit Not und Sorge herumzuschlagen hat. Auch der Unterrichtsminister scheint sich zu dieser Theorie zu bekennen; er hat in seiner Rede im Ausschuß gesagt: „Das früher so hohe Niveau des akademischen Lehrstandes hatte auch darin seine Begründung, daß Wissenschaft Beruf und oft Opfer sein mußte und daß sich auf diese Weise eine Auslese vollzog...“

Man erinnert sich in diesem Zusammenhang an einen Artikel der „Arbeiter-Zeitung“, die am 30. Jänner dieses Jahres, nach einer Kundgebung der notleidenden Professoren geschrieben hat: „Die Demokratisierung des Schulwesens hat die soziale Kluft zwischen Lehrer und Schüler geschlossen. Heute braucht

sich kein Professor dessen zu schämen, daß er ein armer Teufel ist. Das bringt ihn in der Regel seinen Zöglingen menschlich sogar näher. Sie sehen: der hat's ja auch verdammt schwer, genau so schwer wie unsere eigenen Eltern.“ Also weil der Schüler und seine Eltern arme Teufel sind, weil sie es verdammt schwer haben in diesem konsolidierten Österreich, darum sollen auch die Professoren arme Teufel bleiben, die es verdammt schwer haben in unserer Heimat! Das ist eine — ich muß sagen — sehr eigenartige sozialistische Theorie, diese Angleichung nach unten, diese Verherrlichung einer allumfassenden Armut als einer Art Idealzustand! Mit Recht hat demgegenüber der sozialistische Mittelschuldirektor Mayer die Öffentlichkeit mit den Worten alarmiert: Man kann nicht durch kulturelle Werte begeistern, wenn man selber durch die Not von ihnen ausgeschlossen ist.

Nein, meine Damen und Herren, die für die herrschende Klasse so bequeme und so angenehme Theorie, daß Armut „ein großer Glanz aus innen“ sei, daß die Not ein Nährboden für Kunst und Wissenschaft sei, das ist eine miserable, eine abzulehnende Theorie! Wohl kann vorübergehende Not, können die Schwierigkeiten des Augenblicks die höchste Anspannung aller Kräfte hervorrufen, aber andauernde Not, das graue Elend in Permanenz lähmt den geistigen Aufschwung, zerstört die Grundlagen von Kunst und Wissenschaft. Der hungernde Maler und Musiker, der hungernde Schriftsteller und Gelehrte ist vielleicht eine gute Figur für sentimentale Romane, aber in Wirklichkeit ist es ein schauerlicher Raubbau an den schöpferischen Kräften eines Volkes, wenn man den Künstler, den Lehrer, den Schriftsteller, den Gelehrten dem Hunger preisgibt, wenn man ihnen eine gesicherte Existenz vorenthält.

Es ist eine grausame Auslese der Natur, daß hunderte Lebewesen zugrunde gehen, um einem Bestand und Wachstum zu ermöglichen, aber die Auslese innerhalb der menschlichen Gesellschaft, innerhalb der Kulturgesellschaft sollte sich doch nach anderen Grundsätzen vollziehen. Die geistigen Menschen sind sehr häufig nicht jene, die über die robusteste Widerstandskraft verfügen; man muß ihnen daher helfen durchzukommen. Man muß ihnen helfen, damit sich der Geist den Schwierigkeiten der Materie gegenüber zu behaupten vermag. Und diese Hilfe für die geistigen Menschen wäre die wesentliche Aufgabe jeder echten Kulturpolitik!

Man muß vor allem dafür Sorge tragen, aus dem geistigen Reservoir unseres Volkes ein Maximum an Fähigkeiten zu schöpfen,

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 925

allen Kindern unseres Volkes den Aufstieg zur Bildung und Kultur zu sichern. An dem Zustand der Schulen, an ihrer Ausstattung, an ihrer Einrichtung erkennen wir das Kulturniveau eines Staatswesens. Es soll für das Kind eine Freude sein, in die Schule zu gehen. Die Schönheit der Schule, der Reichtum ihrer Lehrbehelfe, die für den Lehrer gesicherte Möglichkeit, seine ganze Kraft den Kindern zu widmen, ohne durch Sorgen niedergedrückt, ohne durch Überarbeitung zerrüttet zu werden, das alles sollte die Atmosphäre schaffen, in der die Jugend einer Kulturnation heranwächst. In Österreich sind wir leider weit davon entfernt, die Schule zu dem zu machen, was sie sein sollte, zu dem wohlgeformten und festgefügten Fundament unserer Volkskultur.

Der Unterrichtsminister hat im Ausschuß gesagt: „Viele Millionen Schilling wären erforderlich, um alle Einrichtungen der Schulen, die arg verwüstet und in den letzten 15 Jahren vernachlässigt wurden, ausstattungsmäßig wieder dem Schülerandrang entsprechend zu gestalten. Bedauerlicherweise fehlen oft auch in Neubauten Installationen, Einrichtungsgegenstände usw. Wir werden noch Jahre brauchen“, sagte der Unterrichtsminister, „um diesen Tiefstand ... zu beseitigen ... Wir leben leider in einer Zeit des Erziehungsnotstandes“.

Ich werde an Beispielen zeigen, wie arg dieser Tiefstand, dieser Notstand ist, von dem der Unterrichtsminister gesprochen hat; aber von einem Unterrichtsminister sollte man doch etwas mehr als ein Kopfschütteln des Bedauerns über unhaltbare Zustände erwarten. Von ihm möchte man hören, was er zu tun gedenkt, um diese Zustände in Österreich endlich zu überwinden. Man kann doch nicht einerseits von „Konsolidierung“, von „Stabilisierung“ sprechen und in schreidendem Widerspruch dazu den Tiefstand, den Notstand in unserem Schulwesen als eine unverrückbare Tatsache fatalistisch hinnehmen. Man möchte dem Unterrichtsminister zurufen: Reden Sie weniger von allgemeiner Konsolidierung, sondern machen Sie sich endlich daran, das Ihnen anvertraute Schulwesen in Österreich wirklich zu konsolidieren, wie es unsere Eltern, wie es unsere Lehrer, wie es unsere Schüler fordern!

Gestatten Sie mir einige Beispiele herauszutreifen: Die Hauptschule in Gmünd ist eine baufällige Baracke, mit Wintertemperaturen von höchstens 9 Grad, mit unerträglichen Sommertemperaturen, gesundheitsschädlich und feuergefährlich, einem Schüler-KZ ähnlicher als einem Schulgebäude! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Warten Sie einen

Augenblick! Als der Herr Unterrichtsminister — Ihr Unterrichtsminister! — diese Schule besichtigte, sagte er nach einem Bericht in Ihrer Presse: So etwas habe ich in meinem ganzen Leben noch nicht gesehen! Er könnte noch einiges dieser Art zu sehen bekommen, wenn er in Österreich die Schulen inspiziert.

Die Hauptschule in St. Florian in Oberösterreich hat sechs Räume für neun Schulklassen. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Verschiedene Klassen müssen wöchentlich je einen Tag zu Hause bleiben, weil es an Schulräumen mangelt; dafür haben die Kinder an anderen Tagen bis zu acht Stunden Unterricht und werden erst um 18 Uhr entlassen — Kinder, die früher aus der Schule nach Hause kommen sollten.

In Niederösterreich ist der Prozentsatz der ein-, zwei- und dreiklassigen Volksschulen, also der Schulen eines nicht zu verantwortenden Bildungsnotstandes, von 25 auf 30 Prozent angestiegen. Wenn das so weitergeht, Herr Unterrichtsminister, werden wir in den österreichischen Dörfern allmählich zum Analphabetentum zurückkehren! (*Heiterkeit und Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, meine Herren, ich weiß, Sie lachen darüber, worüber sich Millionen Eltern in Österreich den Kopf zerbrechen! Sie lachen darüber, daß die Schüler zum großen Teil unter unwürdigen Zuständen in den Schulen ihre Zeit verbringen! Lachen Sie weniger über die Not unseres Volkes, lachen Sie weniger über den Tiefstand und Notstand unserer Schule und sorgen Sie als stärkste Regierungspartei dafür, daß sich diese Zustände in Österreich endlich ändern! (*Abg. Mayrhofer: Ihre Demagogie wird lächerlich!*)

Meine Damen und Herren, Sie können alle diese Tatsachen, die ich mitteile, überprüfen; diese Tatsachen sind Versammlungen der Eltern entnommen, an denen Angehörige aller Parteien teilgenommen haben, in denen Lehrer aller Parteien gesprochen haben. (*Abg. Mayrhofer: Wir können Ihnen erzählen, wieviel Schulen in Österreich gebaut wurden!*) Und wenn Sie nicht wissen, welcher Notstand in den Schulen in Österreich herrscht, dann gehören Sie nicht in das Parlament, denn das müßten Sie wissen, wenn Sie Abgeordnete des österreichischen Volkes sein wollen!

Das Mittelschulelend in Graz — um ein weiteres Beispiel herauszugreifen — ist geradezu alarmierend. Eltern und Mittelschullehrer aller Parteirichtungen haben sich dort vereinigt, um einen verzweifelten Kampf gegen die Schulmisere aufzunehmen. In fünf Schulgebäuden sind 190 Klassen untergebracht. In manchen Klassenräumen sind 40 bis

## 926 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

50 Schüler zusammengepfercht. Für mehr als 1500 Mädchen in Graz gibt es kein einziges eigenes Schulgebäude, sie sind in einer Knabenmittelschule zwangseinquartiert. Die Lehrer der Mittelschule in der Keplerstraße in Graz sahen sich im heurigen Frühjahr genötigt, den Schülern ein Flugblatt an die Eltern mitzugeben — ein ungewöhnlicher Vorgang, der jedoch das Ungewöhnliche der Verhältnisse illustriert. In diesem Flugblatt der Lehrer heißt es:

„Das Gebäude unserer Schule wurde 1900 für 13 Klassen erbaut, heute dient es im Wechselunterricht 23 Realschulklassen und 20 Frauenoberschulklassen. Kaum schließt der Vormittagsunterricht, beginnen auch schon die Nachmittagsstunden. Es ist oft nicht möglich, mittags die Zimmer zu lüften und zu reinigen, was sie zu Ansteckungsherdern für Krankheitserreger macht. Die Realschule wird heute von ungefähr 800 Schülern und Schülerinnen besucht; in der Unterstufe sind Klassen von 40 bis 48 Schülern keine Seltenheit, in denen natürlich keine individuelle Erziehungsarbeit mehr möglich ist.“

Das steht in dem Flugblatt, in dem sich die verzweifelten Lehrer an die Eltern, an die Öffentlichkeit in Graz gewendet haben.

Diese Schulnot in Graz hat im Juni dieses Jahres eine Protestkundgebung der Eltern heraufbeschworen. Ungefähr 2000 Eltern forderten den unverzüglichen Bau von vier Mittelschulen und befristeten diese Forderung mit 1. September dieses Jahres. Der sozialistische Nationalrat Dr. Migsch hat in dieser Versammlung erklärt, wenn das Budget diese berechtigte Forderung der Eltern nicht berücksichtige, werde er gegen das Budget stimmen. (Abg. Dr. Migsch: Sie kommen schon zu spät! Sie werden schon gebaut!) Wie steht es nun mit der Erfüllung dieser Forderungen, Herr Abg. Migsch? (Abg. Dr. Migsch: Schon erledigt! Sie kommen zu spät!) Nichts ist erledigt! Ich werde Ihnen mitteilen, was erledigt ist. Der Unterrichtsminister hat bekanntgegeben, es seien Geldmittel bereitgestellt, um Grundstücke für den Bau von zwei Mittelschulen anzukaufen. (Abg. Dr. Neugebauer: Damit fängt man an!) Also nicht das Geld für vier Mittelschulen, auch nicht das Geld für zwei Mittelschulen, sondern das Geld für den Ankauf von zwei Grundstücken ist in diesem Budget vorgesehen! Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Migsch nun für oder gegen das Budget stimmen wird; ich nehme an, er stimmt auf jeden Fall für dieses Budget und wird das Versprechen nicht einhalten, das er den Eltern und Lehrern in Graz gegeben hat. (Abg. Dr. Migsch: Es ist erfüllt!)

Der Unterrichtsminister hat im Zusammenhang mit dem Grazer Mittelschulproblem davon gesprochen, daß im ganzen 68 Schulbauten dringendst nötig seien: 4 in Kärnten, 9 in Niederösterreich, 7 in Oberösterreich, 8 in Steiermark, 3 in Salzburg, 4 in Vorarlberg und 26 in Wien. Für diese in Wahrheit unabweisbare Aufgabe — so sagte der Herr Unterrichtsminister — stehen ihm nicht mehr als 36 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit müsse er auskommen, und darum könne er aus den 68 dringendsten Bauprojekten bestenfalls sechs herausgreifen. 68 : 6, das ist im Unterrichtsministerium das Verhältnis zwischen dem, was geschehen müßte, und dem, was geschieht. Der Unterricht verliert sein Match gegen den Unterrichtsminister 68 : 6, wobei sich der Unterrichtsminister gottergeben auf die Entscheidung des Schiedsrichters Dr. Kamitz beruft. Zwei Grundstücke für Mittelschulen in Graz, das ist alles!

Aber auch aus Salzburg kommt die Klage, daß in der Realschule und im Realgymnasium für 35 Klassen nur 16 Klassenzimmer zur Verfügung stehen, daß der Wechselunterricht und das System der Wanderklassen andauert.

In Wien sind vor allem die Zustände in einigen Arbeiterbezirken, aber auch in manchen Bezirken des Mittelstandes schwer erträglich. Favoriten hat überhaupt keine Mittelschule. Die beiden Mittelschulen in Floridsdorf sind überfüllt. Schulklassen werden in Kabinetten untergebracht, in Rumpelkammern, in Zeichensälen, durch die man eine provisorische Zwischenmauer zieht. Im 5. Bezirk wurde vor zwei Jahren ein Gymnasium gebaut, aber es fehlt noch immer an der notwendigsten Einrichtung. Inzwischen haben sich zum Teil die Türstöcke aus den Mauern gelöst, die Fliesen auf den Gängen gelockert. Die neue Schule bietet zum Teil schon ein Bild des Verfalles. Überall mangelt es an Turnräumen. Floridsdorf hat einen einzigen Turnsaal für den ganzen Bezirk. Der Wiederaufbau des Turnsaales in der Realschule im 3. Bezirk schlept sich endlos hin. In der Realschule im 14. Bezirk hat der Wiederaufbau noch nicht einmal angefangen.

Die neugebauten Mittelschulen in Linz haben überhaupt keine Turnräume. Der Bürgermeister von Linz, Nationalrat Koref, hat in seiner sehr beachtenswerten Rede auf der Tagung des Städtebundes gesagt, dieser Notstand hänge mit der Ausplünderung der Gemeinden durch den Bund zusammen.

Meine Damen und Herren! Vor mir liegt eine Reihe von Resolutionen, von Entschließungen von Linzer Eltern und Linzer Lehrern, die — ich wiederhole es — allen

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 927

Parteirichtungen angehören. Ich möchte doch aus diesen Resolutionen einiges dem Hohen Haus bekanntgeben. (Abg. Marchner: *Originale vorlegen!*) Ja, die Originale habe ich.

In einer dieser Resolutionen wird erklärt: „Das Schulhaus Körnerstraße 9, in welchem derzeit zirka 1200 Schülerinnen untergebracht sind (1. und 2. Bundesrealgymnasium für Mädchen und Frauenoberschule), ist 1910 bis 1912 für zirka 250 Schülerinnen erbaut worden. Wenn auch die Eisenhandschule in vielleicht frühestens fünf bis sechs Jahren daran denken kann, ein eigenes Schulhaus zu beziehen, bleiben noch immer rund 750 Schülerinnen der Körnerschule im Schulhaus Körnerstraße 9 zurück. Diese 750 Schülerinnen sind auf 23 bis 24 Klassen aufgeteilt. Das Haus bietet aber nur 16 Räume, in denen die 750 Schülerinnen Platz haben müssen. Wir haben daher acht Wanderklassen, weil eben die Klassenzimmer zu wenig sind, und es wird bemerkt, daß dem Hause ein eigener Chemiesaal, ein Musikzimmer, ein Projektionsraum, Übungsräume für physikalische, chemische und biologische Übungen fehlen, ... Es wird daher dringend empfohlen, diesem Übelstand abzuhelfen.“

Vor mir liegt ein weiteres Memorandum der Lehrer und Eltern über die Lage im Bundesrealgymnasium Wels, in dem ähnliche unerquickliche Zustände herrschen wie in den meisten Mittelschulen in Linz. Vor mir liegt eine Resolution des Vereines der Freunde des Realgymnasiums in Schärding, die ebenfalls in sehr sachlicher, aber darum in so aufrüttelnder Form über die unerträglichen Zustände im Mittelschulwesen berichtet.

Aber, meine Damen und Herren, nicht nur an den Mittelschulen, sondern auch an den technischen und gewerblichen Fortbildungsschulen fehlt es zum Teil am Nötigsten. In einem Bericht der Tiroler „Volkszeitung“ — also einer Zeitung, die meiner Partei fernsteht — vom 30. Juni heißt es: „Wir konnten uns in der Innsbrucker Gewerbeschule davon überzeugen, wie der letzte, vielfach schon kaum mehr geeignete Raum ausgenutzt wurde. ... Enger kann man nicht mehr zusammenrücken, mehr kann zur Erhaltung der überalterten Maschinen nicht getan werden. Zur Erneuerung, ja schon zur Anschaffung der erforderlichen Handwerkzeuge reichen die geringen Dotationen nicht aus. Vielfach müssen sich die Schüler Werkzeug mitbringen, und so mancher Lehrer streckt die Kosten für das notwendigste Lehrmaterial vor. ...“

Zu all diesen alarmierenden Übelständen an den Mittelschulen kommt noch die skandalöse Bestimmung, daß eine Vertretung für eine Lehrkraft erst eingesetzt werden darf,

wenn der Lehrer wegen Erkrankung mehr als zwei Monate nicht unterrichten kann. Nicht selten sitzen die Schüler allein im Klassenzimmer und warten vergeblich auf einen Lehrer, oder sie werden nach Hause geschickt oder Klassen werden einfach zusammengelegt.

In zwei Hauptschulen in Graz fehlen seit Schulbeginn einige Lehrkräfte. Der Unterricht kann nur auf das notdürftigste dadurch aufrechterhalten werden, daß andere, überbelastete Lehrer für ihre erkrankten Kollegen einspringen und ohne Dank, ohne Lohn eine zermürbende Mehrarbeit auf sich nehmen. Ähnlich sieht es in vielen anderen Mittelschulen aus. (Abg. L. Fischer: *Ähnliche Verhältnisse sind dort, wo die Besatzungsmacht in der Schule sitzt!*) Und was dabei zu besonderer Erbitterung herausfordert, ist der Umstand, daß es gleichzeitig in Wien allein 500 arbeitslose Mittelschullehrer gibt, daß man in Kärnten mehr als 100 Lehrer auf die Straße gesetzt hat, daß offenkundig der Raubbau an den Lehrkräften zum System der sogenannten Konsolidierung geworden ist.

Wir stellen an den Unterrichtsminister die Forderung, daß nach höchstens achttägiger Abwesenheit einer Lehrkraft Ersatz herangezogen wird, daß für den Unterricht genügend Personalreserven bereitgestellt werden. Man kann den Mittelschullehrern auf die Dauer nicht zumuten, daß sie bei elender Bezahlung zu übermenschlicher Leistung gezwungen werden. Man muß unverzüglich neue Mittelschullehrer anstellen, wenigstens 180 für Österreich, um den Unterricht an den Mittelschulen halbwegs aufrechtzuerhalten. Und man muß dafür Sorge tragen, daß die Freigegenstände an den Mittelschulen nicht abgebaut werden. Es ist nicht die Aufgabe des Unterrichtsministers, die Bildung zu demolieren, sondern es ist seine Pflicht, sie gegen die Kulturrechtsfeindschaft der Regierung zu schützen.

Ein Wiener Schulfachmann hat ausgerechnet, daß der Staat für jeden Mittelschüler im Monat einen Betrag aufwendet, der dem Preis von zwei Straßenbahnfahrscheinen entspricht. In diesem Betrag sind natürlich nicht die Gehälter für die Lehrer und das technische Personal einbezogen, aber aus diesem Betrag sollen sämtliche Lehrbehelfe angeschafft, sollen die Bibliotheken ergänzt, sollen die Methoden des Unterrichtes nach modernen Gesichtspunkten ausgestaltet werden. Auf diese Weise an der Schule sparen heißt in der Tat, die Zukunft unseres Volkes untergraben.

Zu den traurigsten Kapiteln des Unterrichtswesens gehört das Elend unserer Junglehrer. Obwohl es an den Schulen an Lehrkräften mangelt, sind tausende Junglehrer arbeitslos, und jene, die endlich einen Posten

## 928 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

finden, werden unter nicht menschenwürdigen Bedingungen angestellt. Der Unterrichtsminister selbst kann sich wohl kaum der Einsicht verschließen, daß ein Kulturstaat ungleich mehr im Beruf stehende Lehrer braucht, als dies in Österreich der Fall ist. Was aber sagt dieser sonderbare Unterrichtsminister? Er hat im Ausschuß erklärt: „Wer sich dem Lehrerberuf zuwendet, muß das in der Erkenntnis tun, daß er wahrscheinlich eine der Ausbildung unmittelbar entsprechende Beschäftigung lange oder überhaupt nicht erreichen wird.“

Was der Unterrichtsminister noch weiter zu dieser Frage zu sagen hatte, klingt so unwahrscheinlich, daß ich es für eine bösartige Erfindung halten würde, wenn ich es nicht schwarz auf weiß gelesen hätte. Der Unterrichtsminister hat hinzugefügt: „Man kann die Frage nicht vom Unterrichtsressort allein betrachten und lösen, sondern sie berührt genau so andere Ressorts, etwa das Verkehrsministerium ... Das Auswärtige Amt hat darauf aufmerksam gemacht, daß in Westdeutschland gebietsweise ein auffallender Lehrerbedarf herrscht, und es wird getrachtet, volksdeutschen Lehrern ebenso wie arbeitslosen österreichischen Lehrern eine Möglichkeit zu bieten, sich in Westdeutschland verwenden zu lassen.“ Das vom Unterrichtsministerium apostrophierte Verkehrsministerium soll offenbar die Fahrkarten für eine solche Kulturpolitik bestellen.

Die Lehrer an unseren Schulen brechen unter Überarbeitung zusammen. Sie alle könnten dem Unterrichtsminister erzählen, welcher Lehrerbedarf nicht nur gebietsweise in Österreich herrscht. Aber der Unterrichtsminister will nichts davon hören, sondern die lästigen Lehrer loswerden, sie als Überschusssware ins Ausland exportieren. Es ist, als wolle er seinen eigenen Parteifreund Maleta verhöhnen, der von der Lebensfähigkeit Österreichs gesprochen hat. Wer die Bildung aus unserem Lande davonjagt, versündigt sich an der Lebensfähigkeit Österreichs.

Diese Abwanderung hochqualifizierter Intellektueller aus Österreich ist leider zu einer alltäglichen Erscheinung geworden. Wir rühmen uns der vielen Nobelpreisträger, die aus unserem kleinen Land hervorgingen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf zwei charakteristische Tatsachen hinweisen: Erstens gehören alle diese Nobelpreisträger der älteren Generation an. Das bedeutet keineswegs, daß die jüngeren österreichischen Gelehrten und Schriftsteller weniger begabt sind als ihre älteren Kollegen, das bedeutet aber, daß es ihnen an der Möglichkeit fehlt, ihre Begabung unter den gegebenen Umständen

zum Ruhme Österreichs zu entfalten. Zweitens — auch das ist nicht uncharakteristisch — lebt von diesen Nobelpreisträgern nicht ein einziger in Österreich. Sie alle haben der Heimat den Rücken gekehrt. Ich kann Ihnen sagen, einige wären nicht ungern zurückgekommen, aber man hat es ihnen bürokratisch so schwer gemacht, daß sie darauf verzichteten.

Aber nicht nur die Nobelpreisträger sind nicht in Österreich, auch andere, sehr bedeutende Gelehrte verlassen mehr und mehr unser Land. Ich möchte hervorheben: den Entdecker der Bienensprache Karl Frisch, den Elektrotechniker Gauster-Filek, den Tierpsychologen Konrad Lorenz, den Chemiker Franz Patai.

Ich möchte weiter daran erinnern, daß die Nobelpreisträgerin Lise Meitner jahrelang auf eine Berufung nach Österreich, auf den Ruf ihrer Heimat gewartet hat. Dieser Ruf ist ausgeblieben. Schließlich hat die heute 70jährige Forscherin resigniert und ist in Schweden schwedische Staatsbürgerin geworden. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Nobelpreisträger Erwin Schrödinger, einer der größten Physiker der Gegenwart, der in Dublin in Irland unterrichtet, nicht ungern nach Österreich zurückkommen und sich in Innsbruck niederlassen würde, aber er sagt nicht mit Unrecht, daß das Gehalt, das man ihm bietet, nicht einmal ausreicht, sich eine Wohnung kaufen zu können, um sich in Innsbruck anzusiedeln.

Ich führe nur diese beiden Beispiele an, um zu zeigen, wie auf allen Gebieten diese Knauserei, diese Kleinlichkeit der Kulturpolitik in Österreich vorherrschend ist. Und was noch schlimmer, was noch beunruhigender ist — und darauf hat auch der Rektor der Wiener Universität hingewiesen —, schlimmer noch ist die Abwanderung fähiger, hochbegabter junger Gelehrter, junger Wissenschaftler aus Österreich. Man muß offen sagen: Das Talent hat kein Bürgerrecht in diesem offiziellen Österreich, es sei denn, das Talent, sich der Farbe der jeweiligen Umgebung anzupassen wie das Chamäleon. Dieses Talent von Intellektuellen wird in Österreich hoch geschätzt.

Meine Damen und Herren! Die Kombination von Knauserei, von Kleinlichkeit und Gesinnungsdruck, der die österreichische Kunst und Wissenschaft gegenübersteht, verbittert eben vielen unseren Intellektuellen das Dasein und drängt sie aus der Heimat hinaus. Sie gehen nach Kanada, sie gehen nach Ägypten, sie gehen nach Afghanistan, sie gehen überallhin in die Welt, und Österreich verliert immer mehr seinen fähigen jungen Nachwuchs. (Abg.

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 929

*Cerny: Nach Rußland geht aber keiner!*) Man kann nicht ohne Spott das alte Wort wiederholen: Austria erit in orbe ultima. In der Tat, wir werden es erleben, daß das intellektuelle Österreich im letzten Erdkreis zu finden ist, nur nicht mehr in der Heimat.

Es ist vielleicht in diesem Zusammenhang amüsant, daran zu erinnern, wie ein großer Österreicher der Vergangenheit, Prinz Eugen von Savoyen, die magischen Buchstaben A E I O U gedeutet hat; er hat erklärt, das heiße nicht: Austria erit in orbe ultima, Österreich bis in den letzten Erdkreis, sondern das heiße: Austria est in omnibus victima, Österreich ist in allem und jedem das Opfer. Und wenn man die Kulturpolitik des Herrn Unterrichtsministers betrachtet, dann neigt man dazu, diese Auslegung, die der Prinz von Savoyen den Buchstaben gegeben hat, zu akzeptieren.

Denn tatsächlich wird die österreichische Intelligenz zum Opfer dieser Kulturpolitik, sie wird zu Schleuderpreisen ins Ausland exportiert. Für unsere Hochschulen, für Kunst und Wissenschaft wird nach wie vor fast nichts getan. Die Hochschulgebühren wurden erhöht, zahllose Lehrkanzeln blieben unbesetzt, das Elend der Dozenten dauert an, der Forschungsrat existiert noch immer nicht. Es ist auf einmal vollkommen still geworden um diese Frage, sogar die Pläne für den Forschungsrat sind im Staub der Akten im Unterrichtsministerium untergegangen.

Die beste katholische Zeitschrift Österreichs, „Die Furche“, hat kürzlich geschrieben: „Wir sind ein Land alten Ansehens in Wissenschaft und geistigem Leben, aber unsere akademischen Institute besitzen Budgets, die teilweise vierteljährlich zwischen 150 und 300 S liegen.“ Die „Österreichische Hochschulzeitung“ hat hinzugefügt, daß auch diese Angaben noch viel zu optimistisch sind. Die „Hochschulzeitung“ hat ferner darauf hingewiesen, daß sich im Vergleich zum Jahre 1931 die Lehrstühle für ordentliche Professoren um 25 Prozent verringerten, die für die schlechtbezahlten außerordentlichen Professoren um 13 Prozent.

Das Unterrichtsministerium hat kein Geld für die dringendsten Bedürfnisse, für die elementaren Bedürfnisse der Wissenschaft. Wohl aber hat es Geld, um ein verschwenderisch ausgestattetes Kulturinstitut in Rom zu unterhalten und in Brüssel ein ähnliches Kulturinstitut vorzubereiten. Dieses Kulturinstitut in Rom dient vor allem dazu, Protektionskinder der ÖVP unterzubringen und im Ausland einen Luxus vorzutäuschen, der mit dem Elend der Kultur in Österreich schwer zu vereinbaren ist. Mit Recht hat die „Wiener Universitätszeitung“ festgestellt: „Es wäre

unvernünftig, auf Konserven abgefüllte Kultur im Ausland zu deponieren, während man im eigenen Lande nur mit größter Mühe die Kultur am Leben erhalten kann. Solche Aufgaben müßten daher günstigeren Zeitläufen vorbehalten bleiben.“ In der Tat, man sollte das Geld, das man für solchen Luxus hinauswirft, lieber für dringende Bedürfnisse der Kunst und Wissenschaft in Österreich selbst verwenden.

Man könnte in der Budgetdebatte zum Kapitel Unterricht eigentlich von Jahr zu Jahr mehr oder minder dieselbe Rede wiederholen (*Abg. Dr. Withalm: Das tun Sie ja!*) und von Jahr zu Jahr dieselben unerfüllten Forderungen von Kunst und Wissenschaft vorbringen. Herr Unterrichtsminister! Soll ich Ihnen von 70jährigen Schriftstellern berichten, die buchstäblich auf Almosen angewiesen sind? Soll ich Ihnen von Malern erzählen, die nicht nur kein Geld für Farbe, sondern auch kein Geld für Brot haben? Soll ich Ihnen erzählen von der Verzweiflung der arbeitslosen Musiker und Schauspieler, erzählen von Hochschulprofessoren, die Angst haben, ein Buch herauszugeben, weil dann die Steuern höher sind als das Honorar? Soll ich Ihnen von wertvollen Manuskripten berichten, die in den Schreibtischladen unserer Gelehrten liegen, von den Klagen dieser Gelehrten, daß die primitivsten Voraussetzungen für Forschungsarbeit fehlen? Soll ich Ihnen noch einmal berichten von dieser ganzen Konsolidierung einer atembeklemenden Kulturmisere in Österreich?

Das schlimmste daran ist, daß die Abgeordneten der Regierungsparteien zum Teil diesen Jammer gar nicht leugnen, daß sie seit Jahren Reden halten, in denen sie die Forderungen von Kunst und Wissenschaft als berechtigt anerkennen und Abhilfe versprechen. Die Regierungsparteien haben der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft wiederholt zugesagt, das bekannte 20-Punkte-Programm weitgehend zu berücksichtigen. Aber jedes Budget ist ein eklatanter Wortbruch, in keinem Budget wird diesen Forderungen Rechnung getragen. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich an jeden einzelnen Abgeordneten gewandt, sie hat erklärt, sie werde ihre Stellungnahme zu den Parteien von der Erfüllung ihrer Forderungen abhängig machen. Aber die Regierungsparteien scheinen auf dem Standpunkt zu stehen: Sollen die Intellektuellen noch so wütend sein, wählen werden sie uns doch.

Diese Regierung wird so lange mit den Intellektuellen Schindluder treiben, solange die Intellektuellen nicht offen in Opposition treten. Wenn ich heute abermals fordere,

## 930 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

das Parlament möge sich endlich zum 20-Punkte-Programm der Arbeitsgemeinschaft bekennen, wird man mir abermals antworten, man sei ja im Prinzip mit diesen Forderungen einverstanden, aber das konsolidierte, das stabilisierte, das von Kamitz zum Wohlstand geführte Österreich hat keinen Groschen für Kunst, für Kultur, für Wissenschaft in diesem Lande! (Abg. Mayrhofer: *Das wäre ein schöner Schluß gewesen! — Heiterkeit.*)

Die Regierenden sind nur allzugern bereit, den Geist aufzugeben, solange der Geist sich selber aufgibt, solange die geistigen Menschen nicht als organisierte Kraft in Erscheinung treten, mit unbeirrbarer Entschlossenheit und Konsequenz. Es liegt an sich nicht im Wesen der Kultur, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen; in Österreich wird sie es lernen müssen, um nicht unterzugehen.

Die Regierenden wenden neben der Methode der leeren Versprechungen das Mittel an, die um ihre Rechte kämpfenden Menschen gegeneinander auszuspielen. Sie versuchen nicht nur, innerhalb der Intellektuellen Zwittertracht zu stiften, die eine Gruppe gegen die andere aufzuwiegeln, die Schlagworte des Antikommunismus in die Diskussion zu werfen und jede freie Meinung als kommunistisch abzustempeln, sie trachten auch, eine Kluft zwischen der Geisteskultur und der Körpertonkultur aufzureißen und den Intellektuellen nahezulegen, Zuwendungen auf Kosten der sporttreibenden Jugend zu verlangen.

Ich muß sagen, das 12-Punkte-Programm der Sportverbände in Österreich ist ebenso berechtigt wie das 20-Punkte-Programm der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft. Nach wie vor ist die Lage des Sports in Österreich keine ideale Lage. Nach wie vor leben die meisten Sportorganisationen von den Mitteln, die ihnen aus dem Sporttoto zufließen, trotz der wiederholt gegebenen Versicherungen der Regierungsparteien, daß das Sporttoto nur eine zusätzliche Förderungsmaßnahme sein soll.

Weiter: Mit sehr großer Sorge sehen die Verbands- und Vereinsfunktionäre der Sportverbände der 25prozentigen Tariferhöhung entgegen. Wenn der Sportbetrieb nicht entscheidend gestört werden soll, dann muß der Forderung der Sportler nach 50prozentiger Fahrpreisermäßigung Rechnung getragen werden.

In den verschiedensten Verbänden wurde mit Recht diese Forderung bereits aufgestellt, so zum Beispiel im Wiener Skiverband, im Wiener Fußballverband und im Allgemeinen Sportverband Österreichs. Es wäre absolut gerecht und notwendig, wenn der

österreichische Staat bei der tatsächlich schlechten Lage der österreichischen Sportorganisationen auf seinen Anteil aus den Erträgeln des Totos verzichten würde. Der Staat hat in den letzten vier Jahren des Totos ohne Berücksichtigung seiner Einnahmen aus Warenumsatzsteuer, Post-, Telegraph- und Telephonspesen an Bargeld 82,5 Millionen Schilling erhalten. Diese Gelder kommen aus dem Sport, diese Gelder sollten auch dem Sport dienen.

Es wäre zweckmäßig, wenn Geisteskultur und Körpertonkultur, wenn die Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft und die Sportverbände gemeinsam in den Kampf treten würden, um den Staat zu nötigen, ein Budget der Volksgesundheit, ein Budget der Kultur aufzustellen. Heute ist es so, daß die nicht sehr häufigen Spenden der Wirtschaft an Kultur und Sport hoch besteuert werden, daß der Staat sogar das private spärliche Mäzenatentum untergräbt. Es müßte aber so sein, daß der Staat an die Stelle des veralteten Mäzenatentums tritt, dieser Einrichtung aus der vergangenen Feudalordnung, daß Zuwendungen an Kultur und Sport nicht den Charakter von Almosen haben, sondern eine Pflicht der Gesamtheit sind.

Anstatt das Mäzenatentum in Österreich zu besteuern, wäre es richtiger, von den Großverdiennern eine eigene Kultursteuern einzuhören. Wenn es einen Kulturgroschen gibt, den hunderttausende Unbemittelte zahlen, warum soll es nicht einen Kulturschilling jener Schichten geben, deren Einkommen weit über den Durchschnitt hinausreicht? Wenn die Volkswirtschaft in der Tat so konsolidiert ist, wie der Herr Finanzminister behauptet, dann müßte der Unterrichtsminister daraus die Konsequenzen ziehen: weniger lamentieren und mehr dafür sorgen, daß die konsolidierte Wirtschaft ihren Beitrag für die zusammenbrechende Kultur leistet! Man braucht nicht Minister, die Notstände beklagen, man braucht Minister, die solche Notstände überwinden. Im Unterrichtsministerium herrscht aber leider nicht der Geist großzügiger Planungen und Bemühungen, sondern der Geist kleinlicher Intrigen und Cliquenkämpfe.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einige Worte zu dem Fall Hilbert, der mit Recht so viel Staub aufgewirbelt hat, nicht nur Staub der Akten, sondern auch den Staub der Straße. Ich möchte hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich kenne den Sektionschef Hilbert als einen Mann, der etwas in sein Amt gebracht hat, was leider in Österreich zur Seltenheit geworden ist: nicht wohltemperierten Bürokratismus, der

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 931

auf leisen Sohlen schleicht und niemals anstößt, sondern wirkliche Leidenschaft für die Kunst, das Temperament einer Persönlichkeit. Man sagt, er habe Fehler gemacht. Ich halte das absolut für möglich. Warum soll gerade er keine Fehler machen? Viele seiner Maßnahmen mögen zur Kritik herausfordern. Es gehört zur Eigenart vor allem origineller Menschen, daß sie mehr Fehler machen als die unoriginellen. Außerdem sind die originellen Menschen, wie Hilbert zweifellos einer ist, oft unbequem, zum Unterschied von den bürokratischen Schattenfiguren, für die der Vorgesetzte die einzige Lichtquelle ist. Sie sind groß in seiner Nähe, sie werden immer kleiner, je weiter die Lichtquelle wegrückt.

Es wäre nichts dagegen einzuwenden gewesen, vor der Öffentlichkeit das Problem der Bundestheater grundsätzlich aufzurollen. Aber das ist erst dann geschehen, als der Skandal schon da war. Hinterrücks, mit autoritären Methoden, die Machtstellung mißbrauchend, hat der beleidigte Minister dem unfolgsamen Sektionschef ein Disziplinarverfahren angehängt. Hinterrücks ließ er ein neues bürokratisches Reglement ausarbeiten, und als er sehr verblüfft den Widerstand der Öffentlichkeit wahrnahm, ließ er den Sektionschef Hilbert unter solchen Druck setzen, daß er sein Amt niederlegte.

Diese Vorfälle wirken umso unerquicklicher und umso beunruhigender, wenn man sich daran erinnert, daß der VdU schon vor langer Zeit ein Kesseltreiben gegen Hilbert organisierte, daß er den Sturz des Mannes forderte, der unter Hitler politisch verfolgt wurde. Die Bundestheater und breite Kreise der Öffentlichkeit haben sich für Hilbert eingesetzt, aber der Unterrichtsminister hat sich auf den Standpunkt gestellt: Der Herr im Haus bin ich; und wenn ein Beamter eine eigene Meinung hat, dann fliegt er hinaus! (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sehen Sie, das ist Ihr Standpunkt, Sie Verteidiger der Freiheit, Sie Fürsprecher der freien Persönlichkeit! Wenn sich irgendwo in einer Ihrer Amtsstellen die Freiheit der Meinung regt, wenn irgendwo eine Persönlichkeit es wagt, dem Bürokratismus entgegenzutreten, dann fliegt sie hinaus. Das halten Sie für richtig, das ist Ihre Verteidigung der abendländischen Freiheit und Kultur!

Als seinerzeit der Grazer Hochschulprofessor Brandweiner eine politisch andere Meinung äußerte als der Unterrichtsminister, wurde er suspendiert; als nun der Sektionschef Hilbert eine künstlerisch andere Meinung äußerte als der Unterrichtsminister, hat man ihm den Fallstrick gelegt, hat man ihn entfernt, hat man ihn kaltgestellt. Das, meine

Herren, sind offenbar die Grundsätze jener freien Welt, für die Sie sich Tag für Tag mit so warmen Worten einsetzen.

Wir stellen fest, daß diese Methoden im Unterrichtsministerium nicht demokratische, sondern autoritäre Methoden sind. Das ist nicht der Geist der Freiheit, der vom Unterrichtsministerium ausgeht, sondern das ist die dumpfe Luft klerikaler Unduldsamkeit, die vom Unterrichtsministerium Besitz ergriffen hat. (*Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Wenn es ein Problem gibt, das über Parteidifferenzen hinausgeht, so ist es das Problem der kulturellen Wiedergeburt Österreichs. Wir alle müssen wünschen, daß unsere Kinder in schönen und wohlgeleiteten Schulen zu gebildeten Menschen heranwachsen, daß aus allen Schichten unseres Volkes die Träger einer echten Kultur hervorgehen, daß unsere Heimat nicht kulturell verödet und verkümmert. (*Abg. Cerny: Ihre „Kultura“ brauchen wir nicht!*) Dafür sorgen Sie, meine Herren in der Volkspartei, mit all Ihrem Geschwätz über die Verteidigung der abendländischen Zivilisation!

Das Marchfeld verdrorrt, weil ihm das Wasser fehlt, das Leben spendet. Es sollte die Sorge aller Parteien sein, daß das österreichische Kulturleben nicht zu einem solchen Marchfeld wird. Was wir heute der Kultur verweigern, werden wir einst mit hundertfachem Preis gutzumachen haben.

Wir stimmen daher gegen dieses Budget, weil es der Kultur das Notwendigste vorenthält, weil es kein Kulturbudget, sondern ein Budget der Erdrosselung der Kultur in Österreich ist. Wir würden für jedes Kulturbudget stimmen, das die einmütigen Forderungen der Eltern und der Lehrer, der Künstler und der Gelehrten unseres Landes berücksichtigt.

**Präsident:** Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet der Herr Abg. Dr. Zechner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dr. Zechner:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Redner der Opposition hat es verhältnismäßig leicht, wenn er alle Übelstände, die es gibt, zusammenträgt und sie in diesem oder jenem Punkt noch übertreibt. Es muß dann der Eindruck entstehen, daß auf dem Gebiete der Kultur die ganze Zeit hindurch überhaupt nichts geschehen ist.

Es ist nicht meine Absicht, zu sagen, daß die Zustände befriedigend sind. Was den Zustand unserer Mittelschulen betrifft, muß ich dem Abg. Fischer beipflichten. Ich werde selbst darüber reden, und ich muß darüber reden, weil die Eltern es von mir verlangen.

## 932 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Ich tue es auch deswegen, weil diese Zustände dem Unterrichtsminister bekannt sind und weil sich alle diese Anklagen mehr gegen das Finanzministerium als gegen den Unterrichtsminister richten.

Auf dem Gebiete des Mittelschulbaues und der Ausstattung der Mittelschulen muß viel mehr geschehen, als bisher geschehen ist.

Als der Herr Abg. Fischer von der Mittelschule in Margareten gesprochen hat, da hat ein Abgeordneter der Volkspartei zu mir gesagt: „Also, das geht jetzt auf Sie!“ Nein! Das geht nicht auf mich, und es geht auch nicht auf die Gemeinde Wien, sondern auf den Bund. Für die Mittelschulen, für ihren Bau und für ihre Ausstattung hat nämlich der Bund zu sorgen.

Es muß aber doch auch manches, was der Herr Abg. Fischer gesagt hat, auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Ich werde nicht über alles sprechen können. Ich weiß, von den Ärzten, den Künstlern und so weiter wäre zu reden, aber was mich interessiert, ist in erster Linie das, was er über die Schulen gesagt hat, so zum Beispiel, der Wechselunterricht sei in einem fürchterlichen Umfang vorhanden. Wenn er seine Informationen aus Wien hat, dann treffen sie nicht zu. Es gibt schon Schulen, wo es noch Wechselunterricht gibt, aber der Wechselunterricht ist in Wien von 60 Prozent auf 6 Prozent herabgedrückt worden. Von der Gemeinde Wien wurden 20 neue Schulgebäude errichtet, aber nicht auf dem Papier und nicht dadurch, daß nur die Grundstücke angekauft wurden, sondern sie stehen, sie können angeschaut werden, sie werden eröffnet, und die Bevölkerung hat Gelegenheit, sie zwei oder drei Tage samt ihrer schönen Einrichtung zu besichtigen.

Es wurden 150 Schulen, die kriegszerstört oder -beschädigt waren, zum Teil von Grund auf neu gebaut und schöner ausgestattet, schöner als sie je waren, auch schöner, als sie zur Zeit ihrer Errichtung waren. Und wenn es in Wien noch Wechselunterricht gibt, so kann ich sagen: Es wird auch weiter gebaut. Leider geht aber die Schülerzahl schon im nächsten Jahr in Wien um 8000 zurück, und es muß bei jedem Schulbau selbstverständlich überlegt werden, ob man für die augenblicklichen Verhältnisse bauen soll, wenn doch in Wien — leider muß ich das wieder sagen — der Stand der Schüler von 148.000 auf zirka 90.000 zurückgehen wird. Das hat auch seine Bedeutung für die Anstellung der Lehrer.

Der Abg. Fischer sprach auch von den ungeheuer großen Schülerzahlen in den einzelnen Klassen. Dazu muß ich feststellen, daß

sowohl an den Volksschulen wie an den Hauptschulen in Wien die durchschnittliche Schülerzahl 34 beträgt, und zwar schon seit Jahren. Das sind unbestreitbare Tatsachen. Es kommt natürlich vor, daß in den Randgebieten, wo es unmöglich ist, die Schüler durchzuschulen, höhere Schülerzahlen zu verzeichnen sind. Wenn die Schülerzahl aber das Ausmaß von 40 oder gar 50 übersteigt, dann trachten wir, die Klassen zu teilen. Das ist also, soweit es Wien betrifft, nicht richtig.

In den Mittelschulen hat der Stadtschulrat für Wien die Klassenschülerzahl mit 39 nach oben begrenzt. Es ist aber gar nicht gesagt, daß die Direktoren 39 Schüler aufnehmen müssen. Sie können auch weniger aufnehmen. Aber sie lassen sich treiben oder sie fühlen sich bewogen, doch so viel Schüler als möglich aufzunehmen, und gehen eben bis an diese Grenze. Aber das ist keine Verpflichtung.

Was die Leistungen der Schulen anbelangt, darf man keinesfalls sagen, daß die Leistungen ständig zurückgehen. Wir haben heuer wie alle Jahre die Mittelschulen gefragt, was sie zu den neuen Schülern sagen, die aus der Volksschule gekommen sind. Und die Beurteilung wird schon nicht unrichtig sein, wenn der Abteilungsleiter, der der ÖVP angehört, sagt, daß sich die Leistungen der Volksschüler von Jahr zu Jahr bessern und in diesem Jahr besonders gut sind.

Was die Leistungen der Hauptschulen anbelangt, so darf ich vielleicht darauf hinweisen, daß in diesem Jahr der Andrang zu den Handelsakademien außerordentlich groß war und daß wir nicht alle Schüler aufnehmen konnten. Wir mußten Konkurrenzprüfungen vornehmen. Und bei diesen Konkurrenzprüfungen sind von den Angemeldeten 48 Prozent Hauptschüler und 52 Prozent Mittelschüler durchgekommen. Es kann also trotz der Überfüllung der Hauptschulen, und obwohl wir mit dem Lehrerstand dort nicht ganz gut gestellt sind, weil wir viele ungeprüfte Lehrer haben, gesagt werden, daß auch die Leistungen der Hauptschule anscheinend ganz befriedigend sind.

Was die entwürdigenden Verpflichtungen anbelangt, die den Lehrern angeblich auferlegt sind, so tut es mir leid, daß der Herr Abg. Fischer nicht irgendeine solche entwürdigende Verpflichtung angeführt hat. (Abg. E. Fischer: Ich habe von den Mittelschullehrern gesprochen!) Ich spreche auch von den Mittelschulen. Ich verstehe recht gut, was Sie meinen. Es ist ein Unterschied zwischen entwürdigenden Dingen und Dingen, die man halt machen muß, wenn sie auch nicht unmittelbar zum Schulbetrieb gehören, und die die Lehrer vielfach nicht als ihre

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 933

Verpflichtung ansehen. Ich weiß, daß sie für verschiedene Zwecke Geld einkassieren müssen, zum Beispiel für das Jugendrotkreuz. Ist das eine entwürdigende Verpflichtung? Sollen wir das streichen? Oder das Theater der Jugend? Ist es entwürdigend, daß sich jemand dem widmet? Ich weiß, das sind alles Belastungen, ich weiß, daß die Lehrer in der Pause herumrennen müssen, daß sie auch eine Pause haben sollten und schwer durchkommen. Oder ist es entwürdigend, wenn es sich um den Buchklub der Jugend handelt oder um Elternvereinsverpflichtungen? Entwürdigende Dinge sind mir nicht bekannt. Wenn es solche gäbe, wäre ich der erste, der dagegen einschreitet. Ich kann nur der Mittelschullehrerschaft und der gesamten Lehrerschaft die Versicherung geben, daß ich fast täglich Verpflichtungen, die man der Schule und den Lehrern auferlegen will, ablehne, auch dann, wenn es Dinge sind, die beachtet werden sollten, in denen auch etwas Gutes drinnen steckt. Die Proponenten sind oft sehr böse darüber.

Ich weiß auch, daß der Schulunterricht vielfach gestört ist durch Veranstaltungen: Tag der Vereinten Nationen, Tag der Menschenrechte, Kampf gegen den Alkohol, Tierschutz, Festtag für Schubert — aber auch Gogol soll gewürdigt werden —, und immer Neues tritt heran: der Tag des Baumes, und was es da alles gibt. Ich weiß schon, die Schule will Ruhe haben, aber es ist schwer, Dinge abzuweisen, die schließlich und endlich doch auch für die Jugend von großer Bedeutung sind.

Es wurde auch gesagt, daß hunderte Mittelschullehrer auf eine Stelle warten. Dazu ist zu sagen, daß die Schulbehörde wohl imstande ist, den Zuzug zu den Lehrerbildungsanstalten einzuschränken. Das haben wir getan, und von den Maturanten der staatlichen Anstalten wurden schon Absolventen des Jahrganges 1953 angestellt. Schöner kann es schon nicht mehr sein; das war früher fast nie der Fall.

Aber bei den Hochschulen liegt es ja im freien Ermessen jedes einzelnen, ob er sich für den Beruf als Mittelschullehrer vorbereiten will. Darauf haben wir keinen Einfluß, und es war nicht zu verhindern, daß sich viel zu viele für diesen Beruf entschieden haben. Wir halten an den Mittelschulen in den obersten Klassen jährlich aufklärende Vorträge, bei denen Persönlichkeiten der Universität, der Technik, Ärzte usw. zu den Maturanten sprechen und ihnen Auskunft geben, wie es in ihrem Beruf ausschaut, und ihnen schildern, was in dem Beruf zu tun ist. Mehr kann nicht geschehen. Anstellungen richten sich schließ-

lich nach den Fachgruppen; wenn sich trotzdem, ich weiß nicht, hunderte für Latein vorbereiten, so ist es natürlich unmöglich, sie im Schulwesen unterzubringen.

Und noch einige Worte über Hilbert. Ich mische mich selbstverständlich nicht in die Kunstsachen ein, aber etwas muß ich doch sagen: Gar so entzückt war ich als Schulmann von Hilbert nicht. Es wäre doch sehr schön und sehr wertvoll gewesen, wenn Hilbert auch das Theater der Jugend unterstützt hätte. Davor hat er sich gehütet, es hat ihn, den großen Kunstmäzen, nicht interessiert, er hat geschaut, daß Geld hereinkommt. Und als wir gesagt haben: Sie haben doch ein Riesenbudget, es wird doch nicht darauf ankommen, daß da ein paar Klassen kommen und sich einmal eine Nachmittagsvorstellung ansehen, da hat er gesagt: Vielleicht können Sie veranlassen, daß das technische Personal auf seine Überstunden für die Nachmittagsvorstellungen verzichtet, dann würde man diese Nachmittagsvorstellungen viel leichter und billiger geben können. Ich glaube zwar, daß Hilbert ein großer Kunstmäzen, vielleicht ein Kunstmäzen war, das glaube ich alles, aber sehr sozial, wofür wir, Herr Abg. Fischer, uns doch auch interessieren sollten, scheint mir der Sektionschef Hilbert nicht gewesen zu sein. (Abg. Polcar: Späte Erkenntnis!) Ich beurteile das eben vom Standpunkt des Schulwesens. (Abg. E. Fischer: Er hat sicher Fehler gemacht!) Bitte, ich sage ja, ich beurteile den Fall nur von meinem kleinen Schulmeisterstandpunkt gegenüber der hohen Kunst, und ich bin der letzte, der die großen Leistungen unserer Bühnentheater gering einschätzen will.

Über die Unzulänglichkeit des Kulturbudgets wurde in der Ausschußdebatte genug geredet, und wir wissen, daß die Ausweitung um 194 Millionen hauptsächlich auf die Personallasten zurückzuführen ist und nicht auf eine Erhöhung der sachlichen Ausgaben, die natürlich den eigentlichen Unterrichtsbetrieb heben könnten. Ich will natürlich nicht verkennen, daß auch die Erhöhung des Einkommens aller derjenigen, die in diesem Sektor arbeiten, für den ganzen Betrieb von Bedeutung ist, aber von der schon lange erwarteten Sanierung des Kulturbudgets ist auch diesmal nichts zu bemerken, und das ist sehr bedauerlich. Wir lieben unsere Kinder, wir sind stolz auf unsere alte Kultur, wir sind auch stolz auf die Leistungen der Wissenschaft, aber wir haben doch ein gewisses Talent, die Notschreie der Wissenschaft, die Notschreie der Kunst, des Schulwesens, der Volksbildung usw. weitgehend zu überhören. Ich verstehe sehr wohl — ich

## 934 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

bin nicht naiv —, daß es nach dem Kriege in erster Linie notwendig war, die Wunden des Krieges zu heilen und den Menschen, die hier in Österreich sind, eine Existenz und die Möglichkeit zu geben, leben zu können. Ich weiß auch — das wissen nicht alle Hochschulprofessoren, die oft maßlos und unverständlich über diese Dinge sprechen, sie verstehen das nicht —, daß es die erste und wichtigste Aufgabe dieses Parlaments und der Regierung ist, diesen österreichischen Staat politisch, wirtschaftlich und sozial zu verteidigen. Würde das nicht geschehen, dann würden das gerade diese Herren Universitätsprofessoren zu spüren bekommen. Sie brauchten sich dann um ihre Wissenschaft nicht weiter zu kümmern. Ich bin mir auch darüber im klaren, daß es unsere wichtigste Aufgabe ist, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und daß das am besten durch Investitionen geschieht. Aber jetzt muß ich doch auch sagen: Ich glaube, daß langsam die Zeit kommt, nein, ich glaube, es ist hoch an der Zeit, daß nun auch auf dem Gebiete der Kultur, im Kultursektor, mehr geschieht, als bisher geschehen ist. Es ist ein großer Nachholbedarf vorhanden in den Schulen, in den Bibliotheken, in den wissenschaftlichen Instituten, bis zu den Schülerbibliotheken. Aber ich glaube nicht, daß viel getan ist, wenn das Bundesministerium gelegentlich irgendwelche Bücher, die sonst nicht gut verkäuflich sind, den Mittelschulen für ihre Schülerbibliotheken schenkt.

Der Zustand unserer Mittelschulen ist tatsächlich außerordentlich schlecht. Wenn man in eine Provinzstadt kommt und sich so die Häuser anschaut — es gibt schöne Häuser und schöne Auslagen, es hat sich ja vieles gebessert, es gibt Neonröhrenbeleuchtung usw. —, dann sieht man auf einmal ein altersgraues Gebäude mit blinden Fenstern, und man glaubt schon, es ist ein Gefängnis. Wenn man aber näher hinschaut, so steht über der kleinen Eingangspforte ein schwarzes Schild, wo mit ehemals weißen Buchstaben das hohe Wort steht: Bundesrealgymnasium, und wenn es noch höher geht: Bundesgymnasium.

Ich war vor kurzer Zeit in einer Wiener Mittelschule bei einer kleinen Veranstaltung. Diese finsternen Gänge, diese schmutzigen Klassenzimmer, diese windschiefen Einrichtungsgegenstände, die nicht verschiebbaren Tafeln, das gleicht doch wirklich eher einer Räuberhöhle als einem Bildungsinstitut für die Jugend, und ich weiß, daß es in vielen Mittelschulen so ist. Ich sage es noch einmal: Ich will den Unterrichtsminister unterstützen; diese Gebäude sind unhygienisch, unzulänglich, unfreundlich und freudlos. Gestern hat ein Herr von der Schönheit der Arbeit bei den Gerichten

gesprochen. Ich verstehe, dort ist es auch nicht schön; ich habe zwar nichts damit zu tun, erinnere mich aber, daß es schon früher nicht schön war. Schönheit der Arbeit ist also in diesen Schulen unter diesen Umständen nicht zu erwarten. Da kommen die Deputationen und wollen, daß ich Abhilfe schaffe. Sie glauben, ich kann das. Ich kann es nicht, der Stadtschulrat hat kein Geld, er kann sich nur bittend an die zuständige Stelle wenden, und das tut er halbjährlich mit einem ausführlichen Schreiben.

Aber gerade jetzt, seit der Budgetdebatte über Kultur waren schon wieder die Vertreter einer Mittelschule aus dem 21. Bezirk bei mir. Dort gibt es 1100 Schüler, zwei Schulen in einem Schulgebäude, drei Wanderklassen, der Luftschutzkeller ist ein Klassenzimmer nur mit künstlicher Beleuchtung, es gibt für die 1100 Schüler nur einen Turnsaal, aus dem Zeichensaal wurden zwei Klassenzimmer gemacht, dadurch gibt es keinen Versammlungsraum. Die Elternversammlungen müssen in der Jutefabrik abgehalten werden. Dabei wurlt es in den Pausen nur so von Schülern, man kann überhaupt nicht gehen. Das geht hinauf und hinunter, selbstverständlich, es sind zu viele Schüler in Bewegung. Am Abend sind noch drei Klassen der Wirtschaftsschule im Schulgebäude. Die Schule hat ein großes Einzugsgebiet, die Bautätigkeit ist groß, die Schülerwelle ist erst in der 5. Klasse, es werden also noch mehr Schüler die Schule besuchen müssen. Ich frage, wie das weitergehen soll.

Das ist aber nicht nur an einer Schule so. Ich gebe zu, daß die Verhältnisse in Graz vielleicht noch schlechter sind, und ich trete zurück, wenn sie schlechter sind. Schlecht ist es auch in Linz. Ich weiß, daß es dort und da ebenso schlecht steht, und wenn ich hauptsächlich von Wien gesprochen habe, dann bitte ich, mir das zu verzeihen. Aber in Wien gibt es eben viele Schulen, die notleidend geworden sind. Darauf wurde schon hingewiesen.

Die Eltern kommen und verlangen Abhilfe. Zuerst hat man sie getröstet, hat gesagt, wir müssen zuerst die Wunden des Krieges heilen, dann hat man ihnen gesagt, es geschieht schon etwas, es wird schon besser. Aber es geschieht fast nichts. Was bleibt einem übrig, als einen Zettel zur Hand zu nehmen und die Klagen aufzuschreiben? Das beruhigt die Leute, weil sie glauben, jetzt geht die Sache vorwärts. Ich kann aber nichts anderes machen, als diese Klagen hier vorzubringen. Es ist ja keinem Abgeordneten möglich, ein fertiggestelltes Budget von einem solchen Gesichtspunkt aus um-

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 935

zustoßen. Vielleicht nützen aber Bitten etwas. Daher bitte ich besonders den Herrn Finanzminister, in das zarte Lämpchen Kultur etwas mehr Öl zu gießen, damit dieses Lämpchen mehr leuchten kann, damit es heller wird in den Köpfen und wärmer in den Herzen. Es ist meine Überzeugung, daß mit den materiellen Dingen allein das Glück der Menschen nicht geschaffen werden kann und daß der Mensch, wenn er etwas sein will, doch auch das Geistige suchen muß, und daß es die geistigen Dinge sind, die unser Leben reicher, schöner und edler machen.

Das Interesse an Schul- und Erziehungsfragen ist in den letzten Jahrzehnten sehr gestiegen, bei den Arbeitern, bei den Bauern, bei den Gewerbetreibenden, ja, ich möchte sagen, bei der ganzen Bevölkerung, und der Zuzug zu den Mittelschulen ist außerordentlich groß geworden. Daher kommen auch fortwährend von kleineren Städten Wünsche nach Errichtung von Mittelschulen. Das könnten aber nur Zergeschulen sein, was sich auch jetzt schon überall zeigt, Schulen, wo in den Oberklassen nur sehr wenige Schüler sind. Dieser Zustand ist ja für die Schüler der Oberklassen gar nicht so schlecht, weil die Lehrer dann nicht prüfen müssen, daß ein Schüler durchfallen soll, sondern darauf, daß alle, auch die, die nichts können, aufsteigen, weil sonst die Klassen eingehen. Aber ein befriedigender Zustand ist das nicht.

Es ist eigentlich erstaunlich, daß man hier nicht nach dem einzigen möglichen Ausweg sieht, nämlich in allen solchen Orten Schulen nach einem Typus zu schaffen, der den Erfordernissen der Wirtschaft Rechnung trägt und dabei auch den befähigten Schülern die Chance gibt, in Obermittelschulen überzutreten. Wenn der Schüler heute in die Mittelschule eintritt, ist er zehn Jahre alt, beim Eintritt in die Obermittelschule wäre er 14 Jahre. Man spricht so viel von der Familie, die Kinder sollen bei den Eltern bleiben; aber wie es heute ist, muß doch schon der Zehnjährige, wenn er die Mittelschule besuchen will, von der Familie weg. Er muß seinen Heimatort verlassen, er muß sich in einer fremden Stadt zu einer fremden Kostfrau oder in ein Internat begeben und ist damit der Familie entfremdet. Das ist doch kein erwünschter Zustand.

Nach meinem Vorschlag, der besonders für das Land wichtig ist, wäre es möglich, daß die Schüler bis zum 14. Jahr zu Hause bleiben und daß die Eltern und die Lehrer dann erkennen können, ob der Schüler das oder jenes werden soll, oder ob es sich wirklich auszahlt, ihn als Vierzehnjährigen in eine größere Stadt zu schicken, um eine Ober-

mittelschule zu besuchen. Leider beschäftigt man sich wenig mit solchen Fragen.

Die Schule kann zwar nicht aus jedem Schüler einen Gelehrten machen, aber jedem Schüler in Stadt und Land muß seine Chance gegeben werden. Es kommt mir vor, als ob sich das Unterrichtsministerium mit diesen Fragen am allerwenigsten beschäftigen würde. Ich habe den Eindruck, ja ich kann mich dem Eindruck gar nicht entziehen, daß sich die Herren im Unterrichtsministerium in Wirklichkeit nur für das humanistische Gymnasium interessierten. Das ist das Kind ihrer Sorge. Sie haben die Meinung, daß einer, der das humanistische Gymnasium nicht besucht hat, nur ein halber Mensch sei, und einer, der gar nicht Latein gelernt hat, das sei überhaupt keiner. (*Heiterkeit.*) Und da darf man sich dann nicht wundern, wenn in einem Lehrbuch für Latein auf der ersten Seite im Vorwort zu lesen ist, die unbedingte Voraussetzung für jede höhere Bildung sei die Kenntnis der lateinischen Sprache. Meine Damen und Herren! Ich frage: Wie lange wird sich das die Bevölkerung noch gefallen lassen? Wie lange werden sich das Professoren der Technik und anderer Hochschulen gefallen lassen, die nicht das humanistische Gymnasium besucht haben? Wie lange werden sich das die Herren Diplom-Ingenieure gefallen lassen, die nur aus der armseligen Realschule gekommen sind? Wie werden sich die Wirtschaftsgrößen und auch die Personen des öffentlichen Lebens mit einer solchen Stellungnahme abfinden, und wie lange werden sie sich das wirklich noch gefallen lassen?

Ich für meinen Teil bin ein Freund der lateinischen Sprache und habe auch nichts gegen das humanistische Gymnasium. Wer seine Kinder dorthin schicken will, damit sie Latein und Griechisch lernen, dem soll diese Chance gegeben werden. Aber ich bin doch der Meinung, daß sie in der Zeit des Europa-Gedankens, der UNESCO, der Kongresse und des gesteigerten Verkehrs, also des geistigen Zusammenrückens der Menschen, die Kenntnis moderner Fremdsprachen erwerben sollten, und zwar nicht nur literarisch, sondern so, daß sie die Sprache auch auf einer höheren Ebene sprechen können. Das wäre notwendig! Es sollte keinen Menschen im öffentlichen Leben und an hervorragender Stelle geben, der nicht auch eine, womöglich zwei moderne Fremdsprachen sprechen kann. Wie ist das in der Schweiz? Dort kann fast jeder eine, ja zwei Fremdsprachen, viele sogar eine dritte oder sogar eine vierte Fremdsprache. Aber das würde sich auch in hohem Maße im Fremdenverkehr auswirken. Auch bei uns sollten der Straßenbahnschaffner, der

## 936 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Kondukteur, der Wachmann, alle diese Leute sollten doch wenigstens eine Ahnung von modernen Fremdsprachen haben. Deswegen trete ich für das Erlernen moderner Fremdsprachen ein, wenn ich auch die klassischen Sprachen nicht völlig missen möchte.

Aber was verlangt man heute von den armen Schülern? Das soll er lernen, das andere soll er lernen, der Bereich der Naturwissenschaften hat sich erweitert, der Schüler soll nicht nur die unmenschliche Geographie, sondern auch die menschliche Wirtschaftsgeographie lernen, nicht nur politische Geschichte, sondern auch Wirtschaftsgeschichte. Er soll auch Kunsterziehung erhalten, und was es da noch alles gibt. Was soll also der arme Schüler machen? Es ist begreiflich, daß die Eltern über die Überbelastung der Schüler klagen. Wenn das so weitergeht, dann wird es noch dazu kommen, daß in den Stundenplan eine besondere Stunde für „Luftschnappen“ eingeführt werden muß, denn dazu haben die Schüler heute fast keine Zeit mehr, und man muß doch einem Schüler zubilligen, daß er auch das Recht hat, gewisse eigene Interessen zu verfolgen.

Vielleicht wird man sich mit diesen Fragen bei der Schulgesetzgebung beschäftigen können, die ja jetzt ein bißchen in die Nähe gerückt ist. Es war eigentlich nicht meine Absicht, über diese Frage zu sprechen. Ich hätte es delikater und zweckentsprechender gefunden, wenn man sich während der Verhandlungen über diese Frage vorläufig nicht weiter geäußert hätte. Aber da hat schon die Frau Abg. Solar im Ausschuß gleich nach mir über die Streitfragen bei der Schulgesetzgebung gesprochen und Forderungen gestellt. Und nun gibt es im Handelsministerium einen Staatssekretär, der eine neue Beschäftigung bekommen hat: er ist Obmann der Katholischen Elternvereinigung, die Versammlungen veranstaltet, wo schon Zahlen bekanntgegeben werden, und er führt auch Deputationen zum Unterrichtsminister, damit die katholischen Lehrerbildungsanstalten erhalten bleiben, obwohl wir derer viel zu viele haben.

Ich muß sagen, im gegenwärtigen Zeitpunkt ist keine Ursache, ein Siegesgeschrei anzustimmen, und es besteht auch keine Ursache, die Interessenten schon an die Klagemauer zu führen. Am allerwenigsten wird es zweckmäßig sein, wenn auf die Verhandlungspartner ein Druck ausgeübt wird. Da kann nichts Ordentliches herauskommen. Druck erzeugt Gegendruck, und das führt nur dazu, daß sich die Fronten verstießen und daß die radikalen Elemente mit den radikalsten Forderungen hervortreten. Ich

würde also wirklich empfehlen, in dieser Beziehung etwas mehr Zurückhaltung zu zeigen. Wir haben nicht mit den Veröffentlichungen in den Zeitungen begonnen, das ist von der anderen Seite geschehen. Wir konnten schließlich nicht schweigen, weil es schon geheißen hat: Wer schweigt, hat etwas zu verschweigen.

Daher möchte ich kurz unsere Stellung nochmals kennzeichnen. Bekanntlich war der Stein des Anstoßes die konfessionelle Schule. Wir sind für eine umfassende und endgültige Regelung dieser Frage mit Einschluß des Burgenlandes, wo bekanntlich überhaupt die konfessionelle Schule war. Ich erkläre daher: Was am 5. März 1933 gewesen ist — zur Zeit Glöckels —, das kann wieder so sein. Der ganze Komplex der Schulfragen bildet eine Einheit. Wir wollen den Weg zur Schulgesetzgebung freimachen. Die Regelung bezüglich der konfessionellen Schule aber, wie ich sie gekennzeichnet habe, hätte die Kirche schon längst haben können. Dazu hätte sie nicht einmal die Protektion der ÖVP gebraucht. Der Finanzminister ist opferbereit. Wir wollen den kulturellen Frieden. Aber was wir nicht wollen, das soll auch gesagt werden: Wir wollen nicht, daß das öffentliche Schulwesen nach und nach unterminiert und schließlich zerstört wird, und wir wollen nicht, daß die Schulorganisation durch ein Nebeneinander von kleinen Schulen herabsinkt, weil für zwei Schulen nicht genug Schüler da sind. Wir wollen vor allem, daß kein Gesinnungzwang entsteht; das ist ungefähr das Letzte, was wir wünschen könnten. Wir wollen auch nicht, daß weltliche Lehrer ihren Dienstposten beim öffentlichen Dienstgeber verlieren. Das wollen ja auch die katholischen Lehrer nicht, darin sind wir mit ihnen einig, auch wenn sie es nicht immer aussprechen. Schließlich wollen wir auch nicht, daß die weltlichen Lehrer — die an den konfessionellen Schulen wirken — ausgebettet werden und bis zu 40 Stunden Unterricht in der Woche erteilen müssen. Auch das wollen wir nicht. Nur sollen die braven und fleißigen Klosterfrauen nicht immer neue Schulen gründen. (Zwischenruf des Abg. Polcar.) Ich wiederhole: Die braven und fleißigen lieben Klosterfrauen sollen nicht immer neue Schulen errichten, für die kein Bedarf ist. Ist das unvernünftig? (Abg. Polcar: Die Klosterschulen sind alle überfüllt! Sie müssen neue errichten!) Darf ich sagen, Herr Kollege ... (Andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe bei den Regierungspartheien.) Herr Kollege! In den fünf Lehrerbildungsanstalten ... (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Warten Sie, lassen Sie mich einmal reden! In den fünf konfessionellen Lehrerbildungs-

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 937

anstalten, die man jetzt aufgebaut hat, wäre Platz genug gewesen. Diese Schulen sind gänzlich überflüssig. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Und jetzt, weil Sie so hervortreten, muß ich Ihnen etwas Schärferes sagen, ich muß Ihnen nämlich sagen, daß ich es fast als gewissenlos ansehe, wenn dort jetzt 500 Lehrer ausgebildet worden sind, für die es keine Stellen gibt. Wir haben einige Abgänger dieser Schulen angestellt, aber 500 kann kein Mensch anstellen! 500 Leute sind also ausgebildet, die gar keine Hoffnung haben, in Wien je eine Stelle zu bekommen, weil nicht einmal die Abgänger von den staatlichen Anstalten unterkommen können. (Abg. Prinke: *Es handelt sich ja nicht allein um die Lehrerbildungsanstalten!*) Ich sage nur, daß dort Platz gewesen wäre für andere Schularten und daß sie überflüssigerweise aufgebaut wurden. Ich würde nicht davon reden, wenn nicht die Klosterfrauen jetzt schon wieder eine Schule im 3. Bezirk, eine Handelsakademie, errichten wollten. Sie haben eine Freude darüber, aber wir haben in Wien drei Handelsakademien, und wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß die jungen Männer verhältnismäßig leicht unterkommen, bei den Mädchen aber schon jetzt Schwierigkeiten bestehen. Ich glaube nicht, daß die Klosterfrauen eine Knabenschule für Schüler von 14 bis 18 Jahren eröffnen wollen (*Heiterkeit bei der SPÖ*), sondern sie wollen doch auch nur eine höchst überflüssige Mädchenhandelsakademie errichten. Also wenn sie Platz haben, ist ja kein Hindernis, daß sie den Platz für Schularten benützen, bei denen Platzmangel herrscht. (Abg. Polcar: *Nur deutlich werden, Herr Präsident! Das wahre Gesicht zeigen, Herr Präsident!*) Aber schauen Sie, ich meine, wenn sie den Platz ausnützen für solche Schulen ... (*Andauernde Zwischenrufe.*) — Abg. Weikhart: *Der Polcar wird schon nervös!*

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich möchte die Herren Abgeordneten ersuchen, keine Debatten innerhalb der Bänke zu führen!

Abg. Dr. Zechner (*fortsetzend*): Ich glaube, Sie haben verstanden, worum es sich handelt. Schauen Sie, das alles, was ich hier sage, hat viele Gründe. Ich glaube, ich bemühe mich, ganz sachlich zu sein, und das ist doch sachlich. (Abg. Weikhart: *Das geht ja dem Polcar auf die Nerven!*) Ich rate nur ab, so etwas zu machen, weil das ja keinen Sinn hat und weil da Kosten entstehen. Oder will man dort so hohe Geldbeträge einkassieren, daß sich diese Schulen selbst erhalten können?

Was geschieht mit den Abgängern, wenn keine Stellen da sind? Also lassen wir diese Frage. Sie hat doch wirklich nichts mit Glauben, Frömmigkeit und Religiosität zu tun. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Bitte, ich habe geglaubt, Sie werden mich verstehen, aber wenn es nicht so ist, dann kann ich auch nichts machen. (*Heiterkeit und Beifall bei den Sozialisten.*) — Abg. Polcar: *Ein schlechter Lehrer, den die Schüler nicht verstehen!* — Ruf bei den Sozialisten: *Ein schlechter Schüler!* Der Unterrichtserfolg hängt nicht nur vom Lehrer, sondern bekanntlich auch vom Schüler ab. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

Aber damit wir ganz klar sehen, möchte ich sagen: Wir Sozialisten — und das wird Sie ja hoffentlich beruhigen — bringen der Religion die gebührende Achtung entgegen. (Abg. Dengl: *Zeitweise!*) Das war früher vielleicht anders, aber das hat seine guten Gründe gehabt: Wir haben die Kirchen meistens nur auf der Seite der Besitzenden und sehr selten oder nie auf der Seite des Proletariats gesehen. (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*) — Abg. Polcar: *Frei nach Oscar Pollak!* Ich weiß nicht einmal, wo er das geschrieben hat, ich habe unglücklicherweise den Sonntagsartikel nicht gelesen.

Nein, wir wissen, was die Religion für Sitte und Moral, für das Gemeinschaftsleben und für das innere Glück der Menschen bedeutet. Wir wissen das, und wer es weiß, wird nicht religionsfeindlich sein. Nur soll man von uns nicht immer verlangen, daß wir uns bei Beurteilung jeder Schulfrage von vornherein auf den streng religiösen Standpunkt stellen. (Abg. Dr. Maleta: *Ihr seid gute Katholiken!*) Sie wissen ganz genau, wie es mit den guten Katholiken bei Ihnen steht. Vielleicht schauen Sie sich einmal in einer Statistik an, wieviel wirklich aktive Katholiken es gibt. (*Neuerliche Zwischenrufe.*) Das sagt der Herr Professor Mauer, der ja Ihr Fachmann auf diesem Gebiete ist.

Wir begrüßen es also, wenn in der Schulfrage eine Einigung zustandekommt und wenn die deutsche Gesetzgebung verschwinden kann. Aber bei den Verhandlungen ergibt sich eine merkwürdige Situation. Es sieht manchmal so aus, wie wenn wir für alles, was nur nach Schulfortschritt reicht, etwas zu bezahlen hätten. Das wundert mich deswegen, weil ich die naive Anschauung habe, daß der Schulfortschritt und die Modernisierung unseres Schulwesens in erster Linie der Ehrgeiz des Unterrichtsministers sein müßte. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Im Nebensaal hängt ein schönes Bild Leopold Ritter von Hasners.

## 938 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Da sollte man doch eigentlich ehrgeizig werden: Der hat nämlich das Reichsvolksschulgesetz geschaffen. Dieses Reichsvolksschulgesetz ist jetzt 84 Jahre alt, und das Organisationsstatut für das Gymnasium und die Realschule von Exner und Bonitz ist 104 Jahre alt. Diese Grundlagen unseres Schulwesens waren seinerzeit wirklich Wunderwerke schulpolitischer und schulorganisatorischer Weisheit, Kunst und Voraussicht. Seither sind wir weniger wundergläubig geworden. Aber davon müssen wir doch wohl überzeugt sein, daß Schulgesetze nicht für heute, morgen und übermorgen, sondern für einen längeren Zeitraum geschaffen werden müssen, und das legt Verpflichtungen auf. Ich glaube, daß ein bloßer Wiederabdruck alter Schulgesetze eine große Enttäuschung in der Öffentlichkeit hervorriefe, wo doch schon so viel von den neuen Schulgesetzen geredet wurde; zumindest müssen doch gewisse Entwicklungsmöglichkeiten für die spätere Zeit offen gehalten werden. Die kommenden Generationen werden unsere Leistungen auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung ebenso prüfen und beurteilen, wie die ehrwürdigen Grundlagen unserer gegenwärtigen Schulorganisation von drei Generationen geprüft und lobend beurteilt wurden.

Große Aufgaben stehen vor uns. Wenn wir alle den ernsten Willen haben, ohne Kleinlichkeit und ohne Hintergedanken, ohne Ressentiments das Beste für unsere Jugend zu schaffen und ihr wirklich moderne, fortschrittliche Schulgesetze zu geben, dann ist auch die Möglichkeit vorhanden, daß die ehrenvolle Aufgabe, die uns zukommt, von uns auch ehrenvoll gelöst wird! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

**Präsident:** Ich unterbreche nunmehr die Debatte, um die Abstimmung über die bereits erledigten Gruppen des Bundesvoranschlages durchzuführen. Ich werde bei jeder einzelnen Gruppe auch über die eingebrachten Entschließungsanträge abstimmen lassen.

**Bei der Abstimmung wird den Gruppen**

**I:** Kapitel 1: Bundespräsident und Präsidentenstabskanzlei, Kapitel 2: Organe der Bundesgesetzgebung, Kapitel 3: Gerichte des öffentlichen Rechtes, und Kapitel 3 a: Rechnungshof,

**II:** Kapitel 7: Bundeskanzleramt, Kapitel 26 Titel 5: Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten, und Kapitel 28 Titel 6: Staatsdruckerei,

**III:** Kapitel 8: Äußeres,

**IV:** Kapitel 9: Inneres, Kapitel 26 Titel 2: Ausländerbetreuung, und Kapitel 26 Titel 2 a § 2: Heimkehrerfürsorge, sowie

**V: Kapitel 10: Justiz,** in der beantragten Fassung — unter Ablehnung des Abänderungsantrages Dr. Pfeifer zu Gruppe IV (S. 837) — mit Mehrheit die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

**Die Ausschussentschießungen werden angenommen, und zwar**

die Entschließung zu Gruppe I (S. 759) und die Entschließung 1 zu Gruppe IV (S. 806) einstimmig,

die Entschließung 2 zu Gruppe IV (S. 806) und die Entschließung zu Gruppe V (S. 893) mit Mehrheit.

Die Entschließungsanträge Dr. Pfeifer zu Gruppe I (S. 774), zu Gruppe II (S. 786, S. 788 und S. 789), zu Gruppe IV (S. 831 und S. 837) sowie zu Gruppe V (S. 904) werden abgelehnt.

**Präsident:** Damit ist die Abstimmung über die bisher behandelten Gruppen I bis V abgeschlossen.

Wir fahren in der Spezialdebatte zu Gruppe VI fort.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. Dr. Pfeifer. Ich erteile ihm das Wort. (*Unruhe.*)

**Präsident Böhm (den Vorsitz übernehmend):** Der Herr Abg. Dr. Pfeifer hat das Wort. Ich bitte um Ruhe!

**Abg. Dr. Pfeifer:** Hohes Haus! Zu der Gruppe Unterricht haben schon zwei Redner ausführlich gesprochen, und von beiden Seiten wurde auch die budgetäre Seite berührt. Auch ich will von dieser Seite her die Dinge behandeln. Der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Kamitz hatte, als er das Finanzgesetz am 28. Oktober hier im Hause einbrachte, auch zu der Frage des Kulturbudgets einige Worte gesagt. Und zwar sagte er uns damals, daß das Kulturbudget ... (*Anhaltende Unruhe.*)

**Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend):** Meine Herren! Zwiegespräche sollen möglichst draußen abgewickelt werden, sonst kann sich der Redner nicht verständlich machen.

**Abg. Dr. Pfeifer (fortsetzend):** Da sagte uns damals der Finanzminister Dr. Kamitz, daß nach dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1954 das Kulturbudget 10,3 Prozent des Gesamtaufwandes der Hoheitsverwaltung ausmache. Ich sagte mir damals schon, daß man ja mit der Zahl allein noch nichts beurteilen kann, weil man wissen muß, wie es in den früheren Jahren war, wieviel Prozent in den früheren Jahren der Aufwand für Kultur im Gesamtaufwand der Hoheitsverwaltung ausgemacht hat.

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 939

Ich habe dann im Ausschuß schon darauf hingewiesen, daß diese vom Herrn Finanzminister angegebene Ziffer von 10,3 Prozent einen Rückschritt gegenüber vergangenen Jahren bedeutet, insbesondere einen Rückschritt gegenüber dem Jahre 1951, in welchem die Ziffer 11,8 Prozent betragen hat. Diese meine Ausführungen, die auf Angaben, die seinerzeit Bundesminister Dr. Hürdes zum früheren Budget gemacht hatte, beruhten, finden Sie nunmehr auch in dem gedruckten Ausschußbericht bestätigt, der ja — und das ist zu begrüßen — hier offene Karten auf den Tisch legt und einen Überblick über die Entwicklung des Kulturbudgets im Gesamtrahmen des Budgets beziehungsweise des Budgets der Hoheitsverwaltung ziffernmäßig darlegt. Hier werden Sie auch sehen, daß nach der besonderen Depression, die knapp nach dem Kriege eingetreten war, ein allmäßlicher Anstieg zu verzeichnen war und zweimal schon, und zwar im Jahre 1949 und im Jahre 1951, der Anteil des Kulturbudgets immerhin einen Hundertsatz von 11,8 erreicht hatte, der aber nun im Jahre 1954 wieder auf 10,3 Prozent herabsinkt. Auch dies wird durch den Ausschußbericht bestätigt.

Wenn wir nun von diesem Gesamtüberblick über den Anteil des Kulturbudgets überhaupt einen Schritt zu dem Aufwand für das Hochschulwesen weitergehen, so ist auch hier, im großen und ganzen gesehen, und zwar insbesondere im Vergleich zu den besseren Jahren der Ersten Republik, ein bedeutender Rückgang festzustellen. Im Jahre 1930 betrug der Anteil des Aufwandes für die Hochschulen am Gesamtaufwande 1,23 Prozent. Im Jahre 1952, dem letzten ordnungsgemäßen Budget, betrug aber dieser Anteil nur mehr 0,68 Prozent, ist also im Vergleich zu der früher genannten Ziffer für das Jahr 1930 um 55 Hundertstel, also fast um die Hälfte zurückgegangen. Erst heuer beziehungsweise im Budget für das Jahr 1954 ist wieder in dieser Hinsicht erfreulicherweise eine kleine Verbesserung festzustellen. Der Aufwand beträgt nun für das Hochschulwesen im kommenden Jahr 0,78 Prozent, also ein Mehr von 6 Hundertstel gegenüber dem Jahre 1952, bleibt aber immerhin noch weit hinter dem zurück, was in der Ersten Republik vorgesehen war. Das sind nüchterne Zahlen und Tatsachen.

Ebenso wird das nun näher klar, wenn wir etwa die Zahl der Lehrkanzeln an den Hochschulen betrachten. Es ergibt sich auch hier, natürlich in Übereinstimmung mit den budgetmäßigen Ziffern, für die Hochschulen ein Rückgang. Im Jahre 1931 betrug die Zahl der Ordinariate und Extraordinariate an den

österreichischen Hochschulen 542, im Jahre 1937, einer Zeit der Depression der Ersten Republik, war sie bereits auf 457 gesunken. Im Jahre 1952 haben wir nur mehr 429 ordentliche und außerordentliche Lehrkanzeln, und für das Jahr 1954 haben wir die gleiche Zahl von 429. Diese bleibt also weit hinter der Zahl der Lehrkanzeln von 1931 zurück. Die einzige Verbesserung gegenüber dem Jahre 1952 ist die, daß die Zahl der Ordinariate etwas größer, die Zahl der Extraordinariate etwas kleiner geworden ist. Hier müssen wir uns aber vergegenwärtigen, daß die Wissenschaft überhaupt nicht rastet und nicht rasten soll, sondern sich fortentwickelt und weiter spezialisiert, daß es daher in der Natur der Sache liegt, daß die Zahl der Lehrkanzeln steigt und nicht fällt. Wenn aber diese Zahl so bedeutend gefallen ist wie bei uns, so ist das ein Zeichen eines sehr bedauerlichen Rückschrittes der Pflege der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Lehre.

Etwas günstiger ist das Bild auf dem Gebiete der sonstigen Hochschullehrkräfte, nämlich der Assistenten und der wissenschaftlichen Hilfskräfte. Bei den Assistenten — hier fehlen uns die Daten aus den früheren Jahren, weil die Akten beim Brand des Philippshofes zugrunde gegangen sind, wir haben nur Vergleichsziffern von 1938, die wir mit dem Jahre 1954 in Vergleich setzen können — verhält es sich folgendermaßen: Wir hatten im Jahre 1938 einen Stand von 589 Assistenten, während nunmehr im Jahre 1954 eine Zahl von 602 vorgesehen ist. Also ein geringfügiger Anstieg der Zahl der Assistenten, der zum Teil durch Umwandlung von Posten wissenschaftlicher Hilfskräfte in solche von Assistenten erzielt wurde.

Bei den wissenschaftlichen Hilfskräften ist ebenfalls im Vergleich zum Jahr 1938 eine Besserung festzustellen; ihre Zahl betrug damals 201, und im Jahre 1954 ist die entsprechende Zahl 325.

Eine gleichartige Entwicklung ist endlich noch hinsichtlich der klinischen Hilfsärzte festzustellen, deren Zahl auch in früheren Jahren geringer und jetzt etwas höher ist; sie hat — ich habe hier eine Vergleichsziffer vom Jahr 1934 — 140 betragen und beträgt jetzt 274 plus 50 Aspirantenstellen an den Wiener Universitätskliniken. Es ist — man muß jeden kleinen Fortschritt verzeichnen — geglückt, eine langjährige Forderung endlich zu erfüllen, indem nun im Budget für das Jahr 1954 die Zahl der Hilfsärzte an den Universitätskliniken Graz und Innsbruck erhöht wurde, und zwar wurden in Graz 10 und in Innsbruck 15 Hilfsarztstellen zusätzlich

## 940 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

vorgesehen. Dagegen ist die Forderung, daß die in Wien bestehenden 50 Aspirantenstellen in 50 Hilfsarztstellen umgewandelt werden sollen, nicht erfüllt worden, obwohl diese 50 Aspirantenstellen ja nur das Ergebnis des damaligen Umzuges der Spitalsärzte waren, der vor zwei oder drei Jahren stattgefunden hat. Man hat damals einfach erklärt, man könnte nicht mitten im Jahr neue systemisierte Posten schaffen, es soll das aber beim nächsten ordentlichen Budget nachgeholt werden. Leider ist das in dieser Form bisher nicht geschehen.

Wenn ich hier noch etwas als dazugehörig erwähnen darf, so das, daß neben den vorgesehenen klinischen Hilfsärzten an den Universitätskliniken wie auch sonst an den Spitäler noch andere Ärzte beschäftigt sind, nämlich diejenigen, die im Sinne des Ärztegesetzes verpflichtet sind, ihre praktische Ausbildung nach ihrem abgeschlossenen Universitätsstudium an zugelassenen Krankenanstalten zu absolvieren. Und hier ist es leider so, daß die meisten der Ärzte, die nun auf Grund des Ärztegesetzes, wenn sie praktische Ärzte werden wollen, drei Jahre, wenn sie Fachärzte werden wollen, sechs Jahre noch an der Klinik praktischen Dienst leisten müssen, keine planmäßige Stelle, auch nicht als Hilfsarzt, vorfinden, sondern nur als Gastärzte dort arbeiten können, weil eben nicht genug Stellen vorhanden sind. Nun ist es so, daß sie in den Gemeinde- und Landes-spitälern wenigstens Stipendien bekommen, an den Universitätskliniken sieht es aber auch in dieser Hinsicht am ungünstigsten aus, ebenso auch hinsichtlich der Versicherung dieser Gastärzte.

Diese Ärzte leisten in Wirklichkeit wie die anderen Hilfsärzte vollen Dienst und sind allen Gefahren ausgesetzt, die eben einem Arzt in einem Spitalsbetrieb drohen, vom Unfall angefangen bis zu der sehr naheliegenden Ansteckung etwa mit Tuberkulose. Für diese Ärzte ist nichts vorgesorgt, und sie sind nicht versichert, sodaß es geschehen kann und auch schon geschehen ist, daß sie sich im ärztlichen Dienst für die Öffentlichkeit im Spital eine schwere Krankheit holen, während sie nicht krankenversichert sind.

Ich habe darum schon vor längerer Zeit — am 17. Juni dieses Jahres war es — eine Anfrage an den Herrn Unterrichtsminister gerichtet und neuerlich auf diese Übelstände hingewiesen. Der Herr Unterrichtsminister hat uns im Finanz- und Budgetausschuß gesagt, daß, was den letzteren Punkt anbelangt, nämlich die Sozialversicherung oder sonstige Versicherungen, die man da vorsehen will, noch Verhandlungen schwelen. Ich

möchte nur hoffen, daß das bald zu einem positiven Abschluß gelangt.

Das ist einmal das, was ich zu dem Personal, das in verschiedener Gestalt im Dienst der Wissenschaft steht, zu sagen hatte.

Aber ich kann dieses Kapitel der Hochschullehrer und Hilfspersonen des Hochschulbetriebes nicht abschließen, ohne einer Gruppe zu gedenken, die auch den zuständigen Regierungsstellen, dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Unterrichtsminister, in letzter Zeit eine gedruckte Denkschrift überreicht hat. Es ist das die Notgemeinschaft ehemaliger Hochschullehrer. Ich habe im Ausschuß nicht näher davon gesprochen, weil damals die Denkschrift noch nicht überreicht war und ich dieser Sache nicht vorgreifen wollte, die von einer eigenen Organisation ausgeht. Aber nun, da die Denkschrift überreicht ist, ist es wohl die Pflicht des Abgeordneten, berechtigte Wünsche, die in einer solchen Denkschrift einer Organisation enthalten sind, auch zu unterstützen.

Ich möchte daher mit wenigen Worten auf diese Denkschrift eingehen. Sie schildert die Not, die materielle und die geistige Not jener Hochschullehrer, die im Jahre 1945 plötzlich aus ihrem Amte enthoben und vertrieben wurden. Es war der erste Redner des heutigen Tages, der damalige Staatssekretär Ernst Fischer, der dies in ganz großzügiger Weise getan hat, nämlich ohne jede gesetzliche Grundlage, indem alle diese Hochschullehrer damals einfach ein Dekret bekamen, auf dem stand: „Ich sehe mich veranlaßt, Sie mit sofortiger Wirksamkeit von Ihrem Dienst zu entheben“, ohne daß irgend eine gesetzliche Grundlage dafür vorhanden gewesen wäre. Ich muß das feststellen, weil man sich sonst immer wieder, wenn es sich darum handelt, dieses Unrecht von 1945 gutzumachen, auf die Autonomie der Hochschulen beruft. Aber damals hat man von der Autonomie der Hochschulen nichts gewußt, sondern damals hat man einfach diktatorisch verfügt! (Zustimmung bei der WdU.)

Ich will das nur deswegen sagen, weil heute meiner Meinung nach jemand Klagen in dieser Richtung erhoben hat, der gerade auf diesem Gebiet nicht berufen ist, sie zu führen, auch nicht in der Hinsicht, daß wir heute so sehr an materieller Not leiden und nicht die nötigen Mittel für unsere Hochschulen und Hochschullehrer haben; denn die materielle Not unseres Vaterlandes ist nicht zuletzt durch die Besetzung und dadurch, daß uns die eigenen Naturschätze, die wir im Land besitzen, vorenthalten werden, bedingt und verursacht. Könnten wir über unsere Erdölquellen, und was sonst noch unser Land an Reichtümern

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 941

besitzt, frei verfügen, dann könnten wir tatsächlich ein weit besseres Kulturbudget, einen weit besseren Anteil des Kulturbudgets im Gesamtbudget haben. Auch das muß ich dem ersten Redner vorhalten. Auch hier scheint er mir nicht der Berufene zu sein, er, der immer so tut, als ob sie die einzigen wären, die für das Wohl und Wehe der Hochschulen Sorge tragen.

Aber ich muß hier an diese bedauerliche Tatsache anknüpfen und sagen, daß man damals zweifellos weit übers Ziel geschossen hat und daß heute noch eine große Gruppe von Hochschullehrern von ihrem Beruf ferngehalten wird, den diese schließlich und endlich aus ihrer ganzen Liebe zur Wissenschaft und zur wissenschaftlichen Forschung und zur Jugend, der sie ja ihr Wissen vermitteln wollen, ergriffen haben und nicht aus dem Grunde, um irgendwelche materielle Vorteile zu erreichen. Es ist klar, daß gerade ein solcher Beruf mehr als alle anderen an Vorbereitung, an Fleiß und an Ausbildung erfordert, und es stellt einen Raubbau an wertvollsten Kräften dar, wenn man sie in ihren besten Jahren dauernd von diesem einmal ergriffenen und erlernten Beruf fernhält.

Darum muß ich die Worte unterstreichen, die in der Denkschrift, die auch dem Herrn Unterrichtsminister überreicht wurde, enthalten sind, daß man all dies berücksichtigen möge und das, was zuviel des Guten an diesen Dingen geschehen ist, wieder gutmacht. Wir haben ohnedies eine Not an Hochschullehrern. Das wurde schon von anderen gesagt. Es gehen selbst Kräfte, die nicht durch politische Maßnahmen gelitten hatten, ins Ausland, und es lehnen Ausländer aus den bekannten schlechten finanziellen Verhältnissen heraus eine Berufung nach Österreich ab. So sollen wir wenigstens die, die wir in unseren eigenen Grenzen beherbergen und die nichts als Liebe zu ihrem Beruf haben und wieder arbeiten und frei forschen und lehren können wollen, wieder berücksichtigen, wenn sie jetzt acht, fast neun Jahre nach Ende des Krieges mit einer Denkschrift an die zuständigen Stellen und an die Öffentlichkeit treten.

Sie verweisen auch darauf, daß in unseren Nachbarstaaten, sei es in Italien oder sei es in der Bundesrepublik Deutschland, die Verhältnisse wesentlich anders und günstiger liegen, daß etwa in Italien eine solche sogenannte Säuberung der Hochschulen überhaupt nicht stattgefunden hat, sondern nur gewisse Veränderungen im Unterrichtsministerium selbst, und daß auch in der Bundesrepublik Deutschland die Verhältnisse wesentlich anders liegen und sehr viele von

denen, die, sei es von alliierter Seite, sei es von anderen Stellen, vorübergehend entfernt wurden, wieder in ihr Amt eingesetzt wurden, da ja die Bundesrepublik Deutschland — und das habe ich in einem größeren Rahmen, als ich das ganze Beamtenrecht behandelt habe, schon öfters erwähnt — auf Grund des Art. 131 des Bonner Grundgesetzes ein eigenes Gesetz erlassen hat, das eben die Rechtsverhältnisse dieser entfernten oder verdrängten — aus der Heimat oder vom Amt verdrängten — Personen geregelt hat, das grundsätzlich einen Stand der Beamten zur Wiederverwendung kennt und eine prozentuelle Verpflichtung zu ihrer Wiedereinstellung festsetzt, und wenn es nicht geschieht, dann vorsieht, daß diese Personen nach dem letzten Rang und Stand, den sie bekleidet haben, in Ruhestand versetzt werden. An all dem fehlt es aber bei uns.

Hier, auf dem Gebiet des Hochschulwesens und des Hochschullehrers tritt dies nun am deutlichsten, klarsten und krassesten in Erscheinung, denn es ist eben bei den Hochschullehrern nicht so, daß sie eine so ganz normal vorgezeichnete Laufbahn wie irgendein Beamter haben, der soundso viele Jahre in der einen Dienstklasse und soundso viele Jahre in der anderen verbleibt, sondern beim Hochschullehrer ist es eben so, daß vor allem sein Wissen, sein Können und seine Leistung von dem berufenen Körper der Hochschullehrer, der Fakultät, beurteilt und gewürdigt wird, und wenn man findet, daß der Mann den Anforderungen, die man an einen Hochschullehrer in wissenschaftlicher Hinsicht stellt, entspricht, wenn diese immer mit größter Gründlichkeit von den autonomen akademischen Behörden durchgeführte Beurteilung zu einem positiven Ergebnis geführt hat, dann erst kann der Betreffende mit staatlicher Sanktion sein Amt erreichen. Hier kann man also andere Maßstäbe gar nicht so sehr anlegen.

Aber es ist eben in Auswirkung der österreichischen Beamten gesetzgebung vom Jahre 1945, die man nachher erst, nachdem Herr Fischer seine gesetzlosen Dekrete herausgegeben hatte, erlassen hat, um diese gesetzlosen Maßnahmen im nachhinein auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, durch das Beamten-Überleitungsgesetz dann die bekannte Situation geschaffen worden, daß man nur das anerkennt, was bis zum 13. März 1938 war. Und wenn einer, eben weil er jünger war, erst nach dieser Zeit etwa vom Dozenten zum Professor vorgerückt ist oder von auswärts als Professor berufen wurde, dann wird das als nicht vorhanden betrachtet. Hier ist das Unrecht beim Hochschullehrer besonders schwer.

## 942 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Es drängt sich nun nach dem letzten Stand der Entwicklung, worauf auch wieder diese Denkschrift verweist, mit besonderer Penetranz, möchte ich fast sagen, ein Vergleich auf, wenn wir an das letzte, zwischen der deutschen und österreichischen Regierung abgeschlossene Bonner Pensionsabkommen denken. Nach diesem ist es nämlich so, daß die Versorgung nach der dienst- und versorgungsrechtlichen Stellung vom 8. Mai 1945 gewährt und berechnet wird. Das ist also der Stichtag. Wenn jemand in der Zeit bis dahin Professor geworden ist, dann wird er eben auch als Professor in den Ruhestand versetzt. Bei uns aber ist es so, daß man auf den 13. März 1938 zurückgreift und sagt: Ja, wenn du damals nicht Professor gewesen bist, dann bist du eben für uns keiner, auch wenn du tatsächlich soundso viele Jahre als Professor gelehrt hast. Das sind natürlich Dinge, die auf die Dauer kaum nebeneinander bestehen können, weil die Betroffenen mit Recht sagen: Was für den volksdeutschen Professor, der aus Prag oder sonstwo bei uns Zuflucht gesucht hat, recht und billig ist, das muß für uns Österreicher auch recht und billig sein. Es muß daher auch hier eine Änderung in den Verhältnissen angestrebt werden.

Es ist noch eine zweite Hauptforderung hier in dieser Denkschrift enthalten, nämlich die Sache mit der Lehrbefugnis, mit der *venia legendi*. Es wird darauf hingewiesen, daß in Deutschland die *venia legendi* grundsätzlich unberührt geblieben ist und anerkannt wird. Auch auf diesem Gebiet sind die Verhältnisse in Österreich ganz anders.

Nun ist insbesondere das Sonderbare zu verzeichnen, daß in der Habilitationsnorm vom 9. Juli 1945, die auch Ernst Fischer in autoritärer Weise erlassen hat — sie hat ja früher als das Beamten-Überleitungsgesetz das Licht der Welt erblickt —, nur für gewisse Fälle etwas vorgesehen ist. Für den Fall, daß zum Beispiel ein Dozent in der deutschen Zeit außerplanmäßiger Professor geworden ist, sieht die Habilitationsnorm, da diese Einrichtung der außerplanmäßigen Professoren aufgehoben wurde, ausdrücklich vor, daß derjenige, der vorher österreichischer Dozent war, die Dozentur wieder ausüben kann, ebenso für den Fall, daß ein österreichischer Dozent deutscher Honorarprofessor geworden ist. Nur der dritte Fall, daß ein österreichischer Dozent nach 1938 planmäßiger Professor geworden ist, wurde nicht ausdrücklich dahingehend geregelt, daß er dann wieder seine österreichische Dozentur ausüben kann, wie es sich nach der Analogie ergeben würde. Dies hat die Habilitations-

norm 1945 — ohne daß man dafür jemand die Schuld geben kann — damals nicht vorgesehen, weil, wie ich schon sagte, zu der Zeit das Beamten-Überleitungsgesetz noch nicht bestand und daher die Möglichkeit noch nicht gegeben war, jeden nach Belieben von seinem rechtmäßigen Amt zu entfernen, sondern damals gab es nur unter gewissen Voraussetzungen, die im Verbotsgebot genau umschrieben waren, eine Entlassung oder vorzeitige Pensionierung, immer nach dem letzten Stand, nicht aber nach dem Stand vom 13. März 1938.

Ich glaube, wenn man auch hier den Dingen objektiv gegenüberstehen und übermäßig zugefügte Wunden heilen will, dann könnte man auch hier eine Möglichkeit darin sehen, daß man eben diese tatsächlich bestehende Lücke in der Habilitationsnorm ausfüllt und für diese analogen Fälle, die hier eben nicht behandelt sind, dasselbe gelten läßt, was man für die, die außerplanmäßig Professoren oder Honorarprofessoren geworden sind, gelten läßt.

Endlich ist in der Denkschrift auch darauf hingewiesen, daß man in Deutschland noch einen anderen Weg beschritten hat. Es ist ja in Deutschland so, daß dort nicht nur aus politischen Gründen Leute aus ihrem Amt entfernt wurden, sondern daß zahlreiche andere aus den Ostgebieten, aus der Sowjetzone und aus den noch ferner im Osten liegenden verlorenen Gebieten nach Westdeutschland geströmt sind, sodaß dort ein viel größerer Zudrang an aus dem Amt verdrängten Professoren zu verzeichnen ist als bei uns. Aber man hat dort auch Mittel und Wege gesucht und gefunden. Man hat eben die Jahrgänge ab 1890 zu Forschungsprofessoren gemacht. Wenn für die Lehrtätigkeit keine Möglichkeit gegeben war, hat man sie für die Forschung eingesetzt. Auch das wäre bei uns ernstlich in Erwägung zu ziehen.

Ich habe dann, was die Lehrkräfte anlangt, noch ein Kapitel zu behandeln, das sich hier vielleicht am besten einfügt. Es betrifft die volksdeutschen Lehrkräfte. Es ist auch davon im Ausschuß schon gesprochen worden. Es sind ja bekanntlich so viele aus der Heimat vertrieben worden; sie fanden bei uns Aufnahme und sie fanden bei der ernsten Not, die bei uns war, bei dem als Folge des schweren Krieges, den wir überstanden haben, zunächst herrschenden Mangel an Lehrpersonal zum Teil auch Verwendung im öffentlichen Schuldienst. Aber man hat sie äußerst ungünstig behandelt. Man hat ihnen die Dienstzeit, die sie in ihrer Heimat zurückgelegt hatten, nur zu einem Drittel angerechnet, man hat sie zum Teil nicht pragmatisiert, sondern

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 943

als Vertragsbedienstete beschäftigt, obwohl sie in ihrer Heimat pragmatisiert waren. Es ist auch darüber geklagt worden — mir ist nachträglich, nach der Ausschußsitzung, eine Darstellung zugekommen —, daß man nämlich, was die Zulassung der Lehrkräfte anlangt, nach äußerst strengen Gesichtspunkten und kleinlichen Maßstäben vorgeht, daß man die Schulzeugnisse, die Reifezeugnisse, die sie, sagen wir, in ihrer sudetendeutschen Heimat erlangt haben und die noch auf einer österreichischen Ministerialverordnung von 1908 beruhen, nicht anerkennt, daß sie, obwohl diese Zeugnisse in Deutschland ohne weiteres anerkannt werden, zahlreichen Prüfungen unterworfen werden, obwohl sie schon 20 bis 30 Jahre im Schuldienst gestanden sind. In dieser Hinsicht möchte ich bitten, ebenso wie ich es auf anderen Gebieten schon zugunsten der Volksdeutschen getan habe und tue, bei den Rechtsanwälten und Gewerbetreibenden oder wer immer es war, daß man nicht so kleinlich, sondern großzügig sein soll, da man auch in der Vergangenheit großzügig und nicht kleinlich gewesen ist.

Was die volle Dienstzeitanrechnung anlangt, so ergibt sie sich meiner Ansicht nach daraus, daß für die, die nicht in den aktiven Dienst übernommen worden sind, die Dienstzeit, die sie in der Heimat zurückgelegt haben, nach dem Bonner Pensionsabkommen voll angerechnet wird. Ich habe im Bundeskanzleramt schon diesen Standpunkt vertreten.

Ich komme nun, dieses Kapitel des Hochschulwesens abschließend, noch zu spezifischen Stätten der Wissenschaft, und zwar zunächst einmal zu der Akademie der Wissenschaften, und habe, weil die Akademie selbst einen Notruf an alle Parteien gerichtet hat, einen diesbezüglichen Entschließungsantrag im Haus eingebracht, der bescheiden gehalten ist und nur das Notwendigste vorsieht, was die Akademie der Wissenschaften begehrte. Es ist so, daß die Akademie der Wissenschaften eine Dotationsum von 893.000 S gewünscht hat, daß vom Unterrichtsministerium eine nicht viel zurückbleibende Summe von 850.000 S geplant war, daß dann aber, nach der achtprozentigen Kürzung, die zum Schluß bei der Fertigstellung des Budgets bei allen Ressorts durchgeführt werden mußte, auch die Akademie der Wissenschaften um diesen Betrag gekürzt wurde, sodaß die Dotationsum nur mehr 782.000 S ausmacht. (Abg. Horn: Herr Professor, können Sie nicht auch kürzen? — Gegenrufe bei den Unabhängigen.)

Da nun die Akademie der Wissenschaften schon im vorausgegangenen Jahr infolge des Budgetprovisoriums ganz gewaltige Einbußen

erlitten hat, ist unser Antrag dahin gerichtet, ihr diese Dotationsum 100.000 S zu erhöhen, also den vorgesehenen Betrag für die Akademie der Wissenschaften, die Förderungsausgaben, zu erhöhen. Der Entschließungsantrag lautet also:

Der Kredit „Förderungsausgaben“ für wissenschaftliche Anstalten usw. in Kapitel 12 Titel 2 § 2 ist zugunsten der Akademie der Wissenschaften um 100.000 S zu erhöhen.

Damit käme man ungefähr auf den Betrag, den die Akademie selbst in ihrem Voranschlag als notwendig betrachtet hatte. Dieser geringfügige Betrag von 100.000 S ist nach unserem Vorschlag aus Verwaltungseinsparungen und, wenn das nicht möglich sein sollte — ich glaube aber, daß das selbst im Rahmen des Sektors des Unterrichtsministeriums durchaus möglich ist, bei den Förderungsausgaben 100.000 S hereinzubringen —, aus dem Aufkommen aus den Besatzungskostenbeiträgen zu decken, wenn der erstere Weg nicht reichen sollte.

Einen zweiten Antrag hatten wir ebenfalls im Ausschuß eingebracht, der ganz verwandter Natur ist, der die Einbringung einer Gesetzesvorlage zur Schaffung eines Forschungsrates wünscht. Wir haben ihn in die Form einer Entschließung gekleidet, unter Hinweis darauf, daß ähnliche Einrichtungen in den anderen europäischen Staaten, sei es in der Schweiz, sei es in Deutschland, sei es in Frankreich oder in Italien, überall bestehen und daß man ja nur auf die Weise in die Höhe kommen kann, daß man die wissenschaftliche Forschung auch von Staats wegen entsprechend unterstützt. Wir haben in dem Entschließungsantrag gesagt, daß das Gesetz auch die Bedeckung des finanziellen Erfordernisses vorsehen soll und daß dafür zwei Wege möglich sein werden: erstens staatliche Dotationen, zweitens Spenden von privater Seite. Wir haben in dieser Hinsicht hinzugefügt, letzterer Weg sei aber wohl nur dann gangbar, wenn die privaten Spenden für die österreichische Wissenschaft zu einem nicht zu niedrig gehaltenen Prozentsatz die Steuerbegünstigung der Abzugsfähigkeit erhalten. Auch das ist unsererseits keine neue Forderung gewesen, denn ich hatte ja schon gemeinsam mit anderen Klubkameraden am 21. Mai 1953 einen Antrag bezüglich der Steuerfreiheit für freiwillige Zuwendungen für bestimmte kulturelle und wohltätige Zwecke im Hause eingebracht, er war auch dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen, wurde als letzter Punkt auf die Tagesordnung der vorletzten Sitzung der Frühjahrssession gesetzt und, als endlich die Behandlung des Punktes

## 944 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

heranrückte, ohne eine Begründung von der Tagesordnung wieder abgesetzt. Das ist die berühmte demokratische Methode, mit der man hier Initiativanträge zu behandeln pflegt. Aber umso mehr konnten wir hier, an diesen Gedanken anknüpfend, auch diesen Vorschlag machen.

Nun, das weitere Schicksal dieses Entschließungsantrages ist gewesen, daß die zwei großen Parteien ausnahmsweise erklärt haben, sie würden diesen Antrag auch unterstützen und einen gleichen oder ähnlichen für das Haus stellen, aber die Sache über die Art der Finanzierung sollte nicht näher ausgeführt werden, und in bezug auf die Reihenfolge der antragstellenden Abgeordneten hatte man auch andere Wünsche. Bitte, das ist uns alles gleich, uns ist die Hauptsache, daß etwas geschieht und daß ein Gesetz geschaffen wird, wodurch ein Forschungsrat in Österreich entsteht, und daß er die nötigen Mittel bekommt. Und von diesem Gesichtspunkte aus haben wir natürlich erklärt: Bitte formulieren Sie den Antrag so ähnlich wie unseren, wie Sie ihn formulieren wollen, wir werden uns auch an letzter Stelle anreihen — und das ist ja geschehen —, und der Kollege Mark wird Ihnen ja, wenn er spricht, diesen Antrag formell vorbringen. Ich wollte nur die Vorgeschichte dazu festgehalten haben.

Ich komme dann zu einem dritten Antrag, den ich ebenfalls schon im Budgetausschuß eingebracht hatte und der diesmal nicht dem Hochschulwesen, sondern dem Mittelschulwesen gewidmet ist, und zwar einer bestimmten Bundeserziehungsanstalt. Es handelt sich um die Bundeserziehungsanstalt für Mädchen Schloß Traunsee bei Gmunden.

Wir haben dazu den Entschließungsantrag gestellt:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Unterricht und der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau werden ersucht, dafür zu sorgen, daß die in gesundheitsschädlicher Weise überfüllte Bundeserziehungsanstalt für Mädchen Schloß Traunsee bei Gmunden noch im Jahre 1954 erweitert und dadurch der Überbelag beseitigt wird.

Das finanzielle Erfordernis wolle aus dem in Kapitel 21 Titel 3 § 2 vorgesehenen Kredit von 17,296.000 S für „Hochbauten, Sonstige Schulen“ gedeckt werden.

Wir haben dazu also auch einen ganz klaren Bedeckungsvorschlag gemacht. Nun hat uns der Herr Unterrichtsminister in langer und sehr interessanter Rede ausgeführt, wie sehr er bemüht ist, die überaus vielen

notleidenden und zerbombten oder nicht mehr genügenden Mittelschulen zu erneuern und zu verbessern, und daß nun einige ganz vordringliche Projekte im Vordergrunde stünden — es waren, glaube ich, meines Erinnerns acht, die aus dem vorgesehenen Kredit nun einmal, weil es besonders dringend ist, neugestaltet werden sollen — und daß es immerhin nicht leicht wäre, diesem Wunsche Rechnung zu tragen.

Der Herr Minister hat sich immerhin nicht negativ verhalten; in seiner Antwort, die er uns gegeben hat, hat er sogar schon erklärt — ich habe mir ja Notizen über die Ausführungen gemacht —, mit Rücksicht auf den Erziehungsnotstand, wie er sagte, der bei uns besteht — weil nämlich viele Kinder keine richtige elterliche Versorgung und Erziehung haben, weil die Ehen der Eltern auseinandergegangen sind, weil die Kinder verwaist sind oder wegen anderer Umstände, die eben die Zeit mit sich gebracht hat —, sei ein besonderer Bedarf nach solchen Erziehungsanstalten mit Internatsabteilung, noch dazu für Mädchen, gegeben. Nun ist ja bekannt, daß in den westlichen Bundesländern diese Bundeserziehungsanstalt im Schloß Traunsee bei Gmunden die einzige Anstalt mit einer Unterbringungsmöglichkeit für junge Mädchen ist. Der Herr Minister hat also selber erklärt, die Sache sei aus diesem Gesichtspunkt besonders berücksichtigungswürdig, und er hat zu erkennen gegeben, wenn auch noch kein voller Ausbau erfolgen könne, so werde doch mindestens das Notwendige geschehen, um einigermaßen über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Das soll also im nächsten Jahr geschehen, und es hat mich sehr gefreut, daß eine Delegation der Eltern dieser Mädchen beim Minister erschienen ist — sie ist ja auch bei den Parteien gewesen und so auch bei uns erschienen — und auf Grund der Vorsprache, die stattgefunden hatte, berichten konnte, daß in dieser Sache eine positive Lösung gefunden werde. Es soll nämlich ein Nebengebäude, ich glaube, es ist ein Stallgebäude, ausgebaut werden — und nichts anderes hatten wir mit unserem Entschließungsantrag beabsichtigt —, es sollen zwei Stockwerke aufgesetzt werden, und damit soll genügend Platz für 112 Betten zur Unterbringung der Mädchen geschaffen werden. Das heißt also praktisch, daß dem Wunsch, der in unserem Entschließungsantrag ausgesprochen wird, Folge geleistet wird. Wenn nun aber ein solcher Entschließungsantrag — und er ist ja nichts anderes als eben ein in feierliche Form gekleideter Wunsch — dazu beiträgt, eine Sache zu fördern und zu einem positiven Abschluß zu führen, dann sehen wir nicht ein, daß er nur deswegen

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 945

der Ablehnung verfallen soll, weil er von einer Oppositionspartei kommt.

Und darum, eben aus diesen Gründen, weil wir es für unwürdig halten, das Parlament und damit seine Abgeordneten derart herabzusetzen, wiederholen wir diesen Entschließungsantrag, der einem guten Zweck dient, auch hier im Hause.

Nun komme ich zu einem letzten, aber besonders bedeutungsvollen Kapitel, nämlich zu den unteren Schulen, zu den Pflichtschulen, mit denen sich bekanntlich das Reichsvolksschulgesetz aus dem Jahre 1869 befaßt hat. Das Reichsvolksschulgesetz hat ja das Pflichtschulwesen zum ersten Male großzügig und gut geregelt; wir wissen, daß dieses Reichsvolksschulgesetz — es betrifft sowohl die allgemeine Volksschule als auch die Hauptschule, wie sie später genannt wurde, ursprünglich war es die „Bürgerschule“ — die Schulpflicht geregelt hat. Dieses Gesetz wurde später durch Novellen und dann mit der deutschen Gesetzgebung durch ein Schulpflichtgesetz in den und jenen Punkten geändert, sodaß wir nun ein durchlöchertes Schulgesetz haben; aber das Reichsvolksschulgesetz gilt in seinen Grundzügen noch immer.

Ich will heute nur so viel sagen: Wir haben den Wunsch, daß an den Grundsätzen dieses Gesetzes nicht gerüttelt werden soll, und diese Grundsätze gehen ja dahin, daß die öffentliche Schule allen Mitbürgern in gleicher Weise zur Verfügung stehen soll. Es geht also um die Einrichtung der öffentlichen Gemeinschaftsschule, die das prägnante Zeichen dieses Schulgesetzes ist. An dieser bewährten Form, die ja auch anerkannt wurde, als wir vorübergehend zum Großdeutschen Reich gehörten, soll festgehalten werden, wir sollen sie weiter erhalten und pflegen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil mit der Gemeinsamkeit, die in dieser Art in der Schule gepflegt wird — alle Schüler, gleich welcher Konfession und welcher Weltanschauung, sitzen also in derselben Schulklasse und erleben schicksalhafte Lebensjahre gemeinsam —, unwillkürlich eine Kameradschaft angebahnt wird, die dann bis in späte Lebensjahre dauert, sodaß damit auch dem völkischen Gemeinschaftsgedanken am allerbesten gedient ist. (Beifall bei der WdU.)

Daneben enthält schon unser gutes Staatsgrundgesetz vom Jahre 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger einen eigenen Artikel, der vorsieht, daß mit Zulassung der staatlichen Behörde auch Privatschulen errichtet werden dürfen, also auch dort der Schulunterricht erteilt werden kann. Wir haben nichts dagegen, daß dieser Verfassungsgrund- satz selbstverständlich weiter aufrecht gilt,

eine andere Frage wird es sein, wieweit etwa solche private Schulen vom Staate subventioniert werden. Das ist aber eine Budgetfrage, die mit dem Schulgesetz selber nichts zu tun hat.

Damit habe ich zu diesem wichtigen Kapitel das Wesentliche gesagt; mehr können wir ja nicht sagen, weil wir nur aus den Zeitungen wissen, daß sich die beiden großen Parteien endlich — ich begrüße es — zu Verhandlungen über diese wichtige Frage zusammengesetzt haben. Aber in dieser Hinsicht habe ich den Wunsch vorzubringen, man möge uns bei so einem grundlegenden Gesetzgebungsakt nicht, wie es leider so oft geschieht, erst im letzten Moment vor die fertigen Tatsachen stellen, sondern auch uns Einblick in den Entwurf und auch ein Mitspracherecht geben, denn die Schule ist eine Angelegenheit, die alle angeht, auch unsere Wähler; darauf bestehen wir. (Beifall bei der WdU.)

Endlich haben wir den Wunsch, daß auch andere Dinge, deren gesetzliche Regelung schon lange geplant, aber noch nicht verwirklicht ist, so unter anderem ein Landeslehrer-Dienstgesetz, möglichst bald, noch in der VII. Gesetzgebungsperiode, hier in diesem Hause wieder eingebracht, sorgsam, wie es immer sein sollte, behandelt und zu einem positiven Abschluß gebracht werden. (Beifall bei der WdU.)

Präsident Böhm: Die beiden vom Abg. Dr. Pfeifer eingebrachten Anträge sind genügend unterstützt und können in Verhandlung gezogen werden.

Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Dr. Koren zum Wort.

Abg. Dr. Koren: Hohes Haus! Wir reden heute zur Gruppe X des Bundesvoranschlages 1954. In dieser Gruppe sind die Mittel vorgesehen, die der Staat der Unterrichtsverwaltung zur Verfügung stellt. Wir sprechen also von jenem Ressort der Regierung, dem die Sorge um die Bildung, die Kultur und die Wissenschaft unseres Volkes anvertraut ist und das zugleich auch die Verpflichtung hat, den lebendigen Trägern dieser Bereiche, den Lehrern, den Forschern und den Künstlern, das Leben und die Arbeit möglich zu machen.

Kunst und Wissenschaft sowie das kulturelle Leben in seinem ganzen Umfange bilden gewiß einen Bezirk, in dem es nicht so sehr auf Reglementierung als vielmehr auf Begabung und natürliches Wachstum und auf die organische Entfaltung menschlicher Anlagen ankommt. Aber die Kultur eines Volkes ist nichtsdestoweniger ein Anliegen der Öffentlichkeit, eine wahre res publica. Es besteht die Pflicht, von Staats wegen für die Bewahrung

## 946 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

des überkommenen Kulturbesitzes zu sorgen, die wissenschaftliche Forschung und künstlerische Tätigkeit der Gegenwart zu fördern und vor allem die Teilnahme an allen Kulturgütern möglichst vielen Menschen zu erschließen, und zwar jedem einzelnen in der seinem Lebenshorizont entsprechenden Weise und Fülle. Die Unterrichtsverwaltung hat die Aufgabe, dabei Hindernisse wegzuräumen, begangene Wege zu pflegen, neue Mittel und Weisen anzuregen.

Unserer Unterrichtsverwaltung sind für ihr weites Arbeitsfeld im Jahre 1954 1406 Millionen Schilling zugewiesen. Es ist in diesen Tagen und auch heute oft genug festgestellt worden, in welchem Verhältnis dieser Betrag zur gesamten Budgetsumme steht, und es ist in diesen Tagen und auch heute gesagt worden, daß die Dotation des Unterrichtsministeriums nach allen Richtungen hin unzureichend sei. Wenn die Berechnung nach Hundertsätzen vom Gesamtbudget auch nichts anderes als eine Ziffernspielerie ist, wie es in dem vom Herrn Abg. Fischer angezogenen Bericht der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft festgestellt wird, so stehe ich doch nicht an, mich selbstverständlich zu den Sorgen zu bekennen, die zu diesen Feststellungen geführt haben, und es ist niemand unter uns, von der Spitze der Unterrichtsverwaltung angefangen, der nicht mit Sorge an diesen Zustand dächte. Die Dinge sind aber so ernst, ja da und dort derart besorgniserregend, daß wir es ablehnen müssen, hier hemmungslos loszuziehen, wie es der Herr Abg. Fischer getan hat und wie es nur aus einer mit keiner Mitverantwortung belasteten Oppositionshaltung heraus verständlich ist. (Zustimmung bei der ÖVP.) Wir müssen es aber auch ablehnen, in der Auseinandersetzung über diese ernsten Dinge überhaupt nur Worte wie „Kulturschande, Hohn und Skandal“ und ähnliche ebenso unsachliche wie effektvolle Ausdrücke zu gebrauchen, wie es die „Arbeiter-Zeitung“ vom letzten Sonntag getan hat.

Ich habe gar nicht die Absicht, über Tatsachen hinwegzureden oder sie schöner färben zu wollen, aber der Nur-Propaganda muß wohl auch die sachliche Wahrheit gegenübergehalten werden. (Beifall bei der ÖVP.) Wir sind uns darüber einig, daß die Dotierung der Unterrichtsverwaltung zu gering ist. Diese Dotierung kommt aus dem Gesamtbetrag des Bundesvoranschlages, dieser Gesamtbetrag ist fest umgrenzt und ist in dieser festen Umgrenzung vom Ministerrat zur Kenntnis genommen und, da es im Ministerrat nur einstimmige Beschlüsse gibt, von allen Mitgliedern der Regierung, also auch von den

Sozialisten, einstimmig beschlossen worden. Aus diesem so festgelegten Gesamtbetrag müssen die einzelnen Ressorts bedacht werden. Es ist also eine Aufteilung einer unveränderlichen Summe. Eine Besserstellung des Unterrichtsbudgets hätte im gegebenen Rahmen also nur erreicht werden können, wenn von anderen Ministerien Beträge dafür freigelassen worden wären. Ich frage nur: Welcher der Minister und vor allem welcher jener Minister, als deren Sprachinstrument die „Arbeiter-Zeitung“ zu gelten hat, wäre bereit gewesen, auch nur einen Schilling dem Unterrichtsminister zu überlassen und dadurch beizutragen, daß „der Skandal und die Kulturschande“ verhindert oder wenigstens gemindert worden wäre? (Beifall bei der ÖVP.)

Die Verantwortung tragen nicht nur, wie es das Zentralorgan der Sozialistischen Partei behauptet, Raab, Kamitz und Kolb, von dem wir wissen, wie zäh und klug er um jede Post gerungen hat, sondern alle Minister, die nicht bereit waren, bei ihren Forderungen nachzugeben, und alle Mitglieder des Finanzausschusses, die den Voranschlag beraten und genehmigt haben. Man muß die ganze Wahrheit sehen und sagen und nicht mit der halben Wahrheit die Dinge trüben machen, als sie sind.

Wir müssen allerdings auch fragen, ob die Klagen, die wir hören und selbst aussprechen, nicht doch tiefer begründet sind als in der Ebene unseres Staatshaushaltes. Ist es nicht so, daß es für viele Menschen selbstverständlich ist, daß die Ausgaben für Kultur, nicht nur die Staatsausgaben, immer geringer sein können oder sogar müssen als die Kosten für materielle Bedürfnisse? Freilich, die Lehrer, Forscher und Künstler wissen es jahr aus und jahrein, aber die politische Propaganda stellt es doch nur immer zu den hohen Zeiten ihrer Wirksamkeit, eben zur Budgetdebatte oder in den Wählerversammlungen fest, daß für die Kultur mehr getan werden müsse.

Wir müssen es leider sagen, daß eine breite Schicht der öffentlichen Meinung nicht gerade mit einem übertriebenen Verständnis für die Erfordernisse von Wissenschaft und Kunst ausgestattet ist. Es gibt in allen Lagern und Parteien Menschen, für die Kultur eine Luxusware und nicht ein wichtiges und unersetzliches „Lebens-Mittel“ des Volkes ist. Ich möchte nicht ausgesprochen von Bildungsfeindlichkeit reden, aber wir haben ganz gewiß eine Gleichgültigkeit und Unterschätzung der Bildungsfragen vor uns, die gar nicht von heute, sondern von gestern und von vorgestern ist. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Elternhaus entweder aus Gründen des ökonomischen Verfalls gewisser Schichten oder

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 947

der allgemeinen sozialen Bedrängnis immer weniger die Kinder zum Lernen um des Lernens willen allein anhält, sondern sie zur möglichst baldigen Sicherung der Existenz anleiten muß. Tatsache ist, daß nach der Pflichtschule der Lerneifer und der Leistungswille der Jugend sich auf unmittelbare und konkret scheinende Ziele beschränkt. Auch dem Lehrer gelingt es nicht, den Bildungswillen der Jugend auf die allgemeinen und tiefen Bildungswerke hinzulenken. Wagen wir es doch zu sagen, daß all das seinen Grund nicht nur in einem sozialen und wirtschaftlichen Notstand, sondern in einer allgemeinen, durch alle Schichten hindurch gehenden Oberflächlichkeit und Geistesfeindlichkeit hat, die als Kennzeichen unserer Zeit angeprangert werden.

Das veranlaßt uns aber, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Fragen der Volksbildung hinzulenken. Hier in der Volksbildung, wo als oberstes Prinzip der freie, der gute Wille des Bildungsgewillten maßgebend ist, wäre der Hebel anzusetzen, hier wären die vielleicht gar nicht so spärlichen Keime solcher Bejahung der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen mit allen Mitteln zu pflegen und zu fördern. Hier wäre die berüchtigte, manchmal auch wertvolle, aber doch wieder apathische Skepsis des Österreichers wirksam zu bekämpfen.

Wenn wir eine Bestandsaufnahme der Einrichtungen der Volksbildung vornehmen und den Geist betrachten, aus dem sie entstanden sind, wird das Ergebnis keineswegs deprimierend sein. Wir erkennen, daß der österreichische Geist dort, wo er ungeschoren bleibt von allzuviel Verwaltung, sich mit seltener Sicherheit gesunde Konzepte schafft und sich in gesunden Bahnen bewegt.

Die Ansätze der österreichischen Volksbildung liegen im 19. Jahrhundert, in dem der Liberalismus, der Klassenkampf und der Nationalismus mit voller Dynamik am Werke waren und andere geistige Erscheinungen kaum sichtbar werden ließen. Und trotzdem tritt uns aus den volksbildnerischen Bestrebungen dieser Zeit, gleichgültig, ob sie parteipolitisch oder national gefärbt waren, ein respektables Maß von Klugheit und ein gesunder Idealismus entgegen. Heute, da, wie wir trotz allem und allem immer wieder glauben möchten, Liberalismus, Klassenkampf, Kulturkampf und Nationalismus weitgehend einer Kooperation gewichen sind, müßte der echten Volksbildung der Weg in ein freies Feld der Betätigung offen sein. Jedenfalls muß jeder, dem es ernst ist um Bildung und echte Gemeinschaftsgesinnung, im ganzen Volk für die Freigabe dieses Weges eintreten. Die Volksbildung gibt uns, was wir so notwendig

brauchen wie das tägliche Brot: freie und selbstverantwortliche Bürger. Der Staat handelt in seinem ureigensten Interesse, wenn er die freie Volksbildung, also die vielen Volksbildungsvereine, die kleinen Zellen der Volksbildungsbewegung, unterstützt durch hinreichende Zuwendungen und durch ein Gesetz für die finanzielle Sicherung der Volksbildungsbewegung. Österreich muß und wird ein kulturell schöpferisches Land sein und darf nicht nur ein Land mit Kulturgeschichte bleiben.

In diesem Zusammenhang darf ich darauf verweisen, daß die Abteilung 8 des Bundesministeriums für Unterricht, die mit den allgemeinen Angelegenheiten der Kulturpflege und einer zeitnahen Volksbildung betraut ist, ein Volkshochschulgesetz im Entwurf ausgearbeitet hat. Für die Vorlage eines Büchereigesetzes hat das Ministerium das Einvernehmen mit den zuständigen Organisationen hergestellt. Diese Abteilung 8, die ihre Hauptaufgabe eben in der Förderung aller lebendigen Volksbildungsbestrebungen sieht, kann für die Zeit von 1945 bis heute trotz beschränkter Mittel immerhin auf beachtenswerte Leistungen verweisen. Dazu gehört auf organisatorischem Gebiet der Verband der Volkshochschulen, der 1950 gegründet worden ist, der Verband der österreichischen Volksbüchereien, deren es im Jahre 1953 schon 1700 gegen 8 im Jahre 1938 gibt, und schließlich der Zusammenschluß der Bildungswerke in Oberösterreich, Burgenland, Salzburg, Kärnten und Niederösterreich. In allen diesen Fällen heißt Organisation nicht Bürokratisierung, sondern Zusammenarbeit, Vereinfachung, Ersparung und vermehrte Wirkungskraft. In der Summe von 50.000 S, die in diesem Voranschlag zum erstenmal für die Volksbüchereien angesetzt ist, dokumentiert sich wohl die Erkenntnis des Staates von der Förderungswürdigkeit dieser Bildungseinrichtungen. Es ist zu begrüßen, daß die vom Ministerium als Behelf für Neuanschaffungen herausgegebene Zeitschrift „Buch und Bücherei“, im Umfang und thematisch erweitert, zu einer Zeitschrift für Erwachsenenbildung ausgestattet werden soll.

Zu den segensreichsten Einrichtungen des Ministeriums gehört das bundesstaatliche Volksbildungsheim Graschnitz bei St. Marein im Mürztal, eine wahre Heimstätte heimverbundener und weltoffener Menschenbildung, wo zur Winterszeit Kurse für Bauernmädchen und -burschen abgehalten werden. Im Sommer zeigt sich Graschnitz als Ort verschiedener, den einzelnen Sachgebieten der Volksbildung gewidmeter Tagungen und damit als Zentralarbeitsstätte der österreichischen Volksbildung.

## 948 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Bei den auch anderswo abgehaltenen, vom Ministerium geförderten Tagungen wurde neuerdings der Familienpolitik besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Die in diesem Jahr in St. Martin bei Graz so erfolgreich verlaufene Tagung für Familienfragen hat in ganz Österreich lebhaften Widerhall gefunden, und sie soll in der nächsten Zeit auch in den anderen Bundesländern wiederholt werden. Mit vollem Recht nimmt sich gerade die Volksbildung der Familienpolitik an, denn ihr Kernproblem liegt ja nicht nur in einer finanziellen Besserstellung der Familie, sondern vor allem in der Stärkung und Wiedererweckung einer geistigen und seelischen Haltung.

Ich muß hier abermals gegen einen Satz in dem schon zitierten Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ Stellung nehmen. Es stimmt nicht, wie es dort heißt, daß echte Familienpolitik nur „gleiches Recht, gleiche Möglichkeit und gleiche Fürsorge für alle Kinder“ bedeutet. Natürlich bedeutet es das auch. Aber mit dem häßlichen Wort „Prämien für möglichst viele Kinder“ läßt sich der Ruf nach mehr Kindern nicht ersticken. Selbstverständlich wollen wir mehr Kinder in Österreich, selbstverständlich wollen wir, daß die natürliche Kinderfreude in unserem Volke wieder erstarke. Darum fordern wir doch den Familienlastenausgleich, den familiengerechten Lohn, den familiengerechten Wohnraum, weil wir der Vergreisung unseres Volkes und dem errechenbaren Volkstod entgegenwirken wollen. Nicht nur deshalb — und ich schließe mich hier den Ausführungen des Abg. Kandutsch vom heurigen Sommer in diesem Hause an — darf Österreich nicht auf seinem gegenwärtigen Geburtenstand verharren, weil es einmal Leute geben muß, die uns in unseren alten Tagen die Renten und Pensionen erarbeiten, sondern deshalb, weil noch in 50 und in 80 Jahren in diesem Lande Österreich unsere Muttersprache vorherrschend gesprochen werden soll und weil Geist und Gesittung, die uns seit über tausend Jahren zugewachsen sind, auch fernerhin von unserem Fleisch und Blut behütet werden sollen. (*Lebhafter Beifall bei ÖVP und WdU.*) Wir glauben, daß Vaterland, Volk und Volkstum keine Phrasen, sondern uns verpflichtend anvertraute Güter sind, für deren Bestand wir auch in der Zukunft zu sorgen haben.

Ich fühlte mich veranlaßt, auf den Bereich der Volksbildung hinzuweisen, weil ich seit 20 Jahren dieser Arbeit verpflichtet bin, und aus dem gleichen Grunde beruflicher Beziehungen erlaube ich mir, Ihre Aufmerksamkeit nun auf die Lage unserer hohen Schulen zu lenken. Das Jahr 1954 soll für das

Hochschulwesen in Österreich im Zeichen der Begegnung von Schule und Staat bei der Lösung gemeinsamer Reformaufgaben stehen. Dabei wird auch der materiellen Verfassung unserer Hochschulen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden sein. Die Erwartungen, die sich an das Budget 1954 knüpfen, haben gerechterweise die Schwierigkeiten zu würdigen, die zu überwinden waren, um ein ausgeglichenes Budget zu erstellen und aufrechtzuerhalten. Daher muß jeder Fortschritt in der Richtung einer Erhöhung des Budgets für Wissenschaft und Forschung dankbar begrüßt und anerkannt werden. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß das Hochschulbudget nach wie vor Mängel aufweist, daß die Lage der Hochschulen zurzeit zur Sorge Anlaß gibt und daß wirksamere Abhilfen, als sie das vorliegende Budget 1954 bringen soll, schon in naher Zukunft notwendig sein werden.

Man müßte in der Reihung der vordringlichsten Staatsaufgaben solchen Maßnahmen einen aussichtsreicheren Rang einräumen als bisher. Gegenüber dem Jahre 1952 wird das Hochschulbudget 1954 eine Gesamterhöhung um 26.31 Millionen Schilling erfahren. Die Zunahme des Personalaufwandes — das sind 17.75 Millionen — resultiert zum Teil aus den seit 1952 eingetretenen Gehaltserhöhungen und zum Teil daraus, daß für 1954 erstmalig der Aufwand für Arbeiterentlohnungen aus dem Sachaufwand in den Personalaufwand übertragen wurde. Die effektive Erhöhung des Personalaufwandes reduziert sich auf 8.78 Millionen, während die effektive Erhöhung des Sachaufwandes 17.53 Millionen beträgt. Freilich kommen von diesem Betrag nur 2.98 Millionen unmittelbar der Ausweitung des Lehr- und Forschungsbetriebes der Hochschulen zugute, 5.7 Millionen kostet nämlich die Erhöhung des klinischen Mehraufwandes. Dabei handelt es sich um die Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung.

Bei näherer Betrachtung des Sachaufwandes der Hochschulen zeigt es sich, daß im Jahre 1954 ein erheblich größerer Betrag als bisher aufgewendet werden wird, um den sogenannten äußeren Betrieb der Hochschulen auf eine solidere Grundlage zu stellen, um für die konstanten Kosten künftig eine sichere Bedeckung zu finden, daß die unmittelbar dem Lehr- und Forschungsbetrieb zufließenden Beträge aufgebessert werden müßten und daß dafür rechtzeitig vorzusorgen sein wird.

Bei den wissenschaftlichen Anstalten ergibt sich für 1954 gegenüber 1952, wenn wir den UNESCO-Betrag von 665.000 S abziehen, eine Erhöhung des Budgets um 1.120.000 S.

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 949

Berücksichtigt man die Übertragungen des Aufwandes für Arbeiter aus dem Sachaufwand in den Personalaufwand und läßt man anderseits die Summe aller Beträge, um die der Sachaufwand nur, wie es heißt: „nach Maßgabe größerer Einnahmen“ eine Erhöhung erfährt, weg, dann verbleibt eine reale Erhöhung des Sachaufwandes von 376.000 S. Was aber hier in Zukunft nachzuholen sein wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß dieser Mehrbetrag vor allem als zusätzliche Dotation für die Nationalbibliothek und für die Studienbibliotheken in Salzburg, Klagenfurt und Linz dienen soll, die damit zunächst ihr Auslangen finden sollen.

Der Dienstpostenplan der österreichischen Hochschulen weist im Vergleich zu 1952 wenig Veränderungen auf. Das entscheidende Faktum ist, daß der Stand der Lehrkanzeln gegenüber 1932 um 70 gesunken ist. Solange dieser seit der Krise des Jahres 1931 eingetretene Verlust nicht wenigstens in den wichtigsten Wissensgebieten aufgeholt werden kann, bleibt die Situation — das muß ich als verantwortungsbewußter Mann sagen — prekär.

Die mit der Neuregelung des Hochschultaxenwesens vorgenommene Novellierung des Gehaltsüberleitungsgesetzes ermöglicht es der Hochschulverwaltung, bei Berufungen auch eine Zulage zu den normalmäßigen Bezügen in Aussicht zu stellen. Hoffentlich wird eine liberale Handhabung dieser Vorschrift manche Schwierigkeiten überwinden, die sich heutzutage der Besetzung freier Lehrkanzeln mit hervorragenden Gelehrten entgegenstellen.

Besondere Aufmerksamkeit und Obsorge verdient der wissenschaftliche Nachwuchs. Das Hochschultaxengesetz 1953 hat für ihn wohl gewisse Vorteile gebracht. Daß es bei dieser Gelegenheit noch nicht zur Schaffung der Forschungsstipendien gekommen ist, muß bedauert werden. Ich darf daran erinnern, daß der Herr Abg. Dr. Gschnitzer bei der Verabschiedung dieses Gesetzes in diesem Hohen Hause diese Klage ausgesprochen und begründet hat. Jedenfalls wird die Hochschulverwaltung bei der Vorbereitung gewisser Reformmaßnahmen nicht versäumen dürfen, auf die Einführung dieser Stipendien zurückzukommen. Denn gerade die Forschungsstipendien könnten manches wissenschaftliche Talent zur Entfaltung bringen und in vielen Fällen zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen führen.

Dankbar begrüßen wir es, daß es bei den Dienstpostenplan-Verhandlungen gelungen ist, die Stellen für klinische Hilfsärzte an den medizinischen Fakultäten in Graz und Innsbruck um 10 beziehungsweise 15 Stellen zu vermehren. Der Wunsch der Hochschulen,

daß in naher Zeit eine ähnliche Aufbesserung auch den anderen Hochschulen und Fakultäten zugute kommen kann, ist verständlich. Die fortschreitende Differenzierung der Wissenschaften verlangt die bessere Ausstattung der Lehrkanzeln mit wissenschaftlichem Personal im Interesse der Forschung und des Unterrichtes. Jede künftige Studienreform wird auf dem Papier bleiben, wenn sie keine Verstärkung der unterrichtenden Funktion der Hochschule bringt. Diese aber ist ohne Vermehrung des wissenschaftlichen Personals nicht denkbar. Unsere Lehrkanzelnvorstände und ihr wissenschaftliches Personal sind immer mehr mit administrativen und manipulativen Verrichtungen belastet. Das ist eine Folge der teilweise ungenügenden Ausstattung der einzelnen Lehrkanzeln mit administrativen und sonstigen Hilfskräften.

Diesen Personalanforderungen der Hochschulen an den Staat steht allerdings auch eine Forderung an die Hochschulen gegenüber: Die Hochschulen und ihre Lehrkanzeln müßten in einem — wenn der Ausdruck gestattet ist — „innerbetrieblichen Ausgleich“ einerseits gewissen unausweichlichen Gegebenheiten Rechnung tragen und anderseits von sich aus bei der Verteilung der Mittel die tatsächliche Belastung der verschiedenen Lehrkanzeln mit Aufgaben aller Art besser berücksichtigen, als das bisher geschehen ist. Das bedeutet, daß vielleicht da und dort Personal abgezogen und an einer anderen Lehrkanzel innerhalb derselben Hochschule besser und wirkungsvoller verwendet werden könnte. Das bedeutet auch, daß die Verteilung der Dotationen nicht länger nach einem Schlüssel erfolgen sollte, der dem heutigen Umfang und der Bedeutung einzelner Fächer im Rahmen der Fakultät oder Hochschule nicht mehr entspricht. Es sind Aufgaben, die die Hochschule im Rahmen der Autonomie zu lösen imstande ist.

Von den Budgetposten des Sachaufwandes möchte ich nur auf die Pauschalerfordernisse der wissenschaftlichen Anstalten hinweisen. Von dem präliminierten Betrag von 586.000 S gegen 515.000 S im Jahre 1952 sind 450.000 S für die Unterstützung wissenschaftlicher Unternehmungen und Reisen und 136.000 S für sechs Stipendien des Österreichischen Kulturinstitutes in Rom bestimmt.

Von diesen 450.000 S bleiben nach Abzug von 30.000 S für Stipendien an Ausländer, die eine Verpflichtung aus den Kulturabkommen sind, 420.000 S für Reisekostenzuschüsse übrig, die die Teilnahme österreichischer Wissenschaftler an Kongressen und Tagungen erleichtern sollen. Es sind um 20.000 S mehr als im Vorjahr. Freilich ist der Mehrbetrag durch die inzwischen eingetretene Bahn erhöhung wieder wettgemacht.

## 950 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Über die Bedeutung der Teilnahme der Wissenschaftler an Kongressen, vor allem an Kongressen im Auslande, brauche ich nichts Weiteres anzuführen. Die Teilnahme ist besonders nach der jahrelangen Abgeschlossenheit im Interesse der Wissenschaft, aber auch aus staatspolitischen Gründen notwendig und förderlich. Von den Großmachtstellungen des alten Österreich ist die kulturelle zuletzt allein verblieben. Die Wissenschaftler zählen zu den berufensten und wirkungsvollsten Botschaftern dieser Großmacht.

Es darf hier nicht verschwiegen werden, daß die österreichische Akademie der Wissenschaften mit einem Jahresbudget von 782.000 S ihr Auslangen finden muß und trotzdem immer noch fruchtbare wissenschaftliche Arbeit verrichtet. Hier ist wahrhaft österreichischer wissenschaftlicher Geist am Werk. Der Wunsch der Akademie nach neuen Subventionen ist berechtigt und verdient tatkräftige Würdigung.

Bei dieser Gelegenheit freue ich mich auch, auf den Entschließungsantrag hinweisen zu dürfen, der in dieser Sitzung von den Abg. Dr. Gschnitzer, Mark und Dr. Pfeifer eingebracht wurde, nach dem der Nationalrat die Bundesregierung auffordern soll, einen Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend die Schaffung eines Forschungsrates, vorzulegen, der auch Sorge für die notwendige Finanzierung einer solchen wichtigen Einrichtung zu tragen habe.

Bevor ich noch auf die Möglichkeiten einer Verbesserung des Budgets der Hochschulen und wissenschaftlichen Anstalten zu sprechen komme, muß ich auf eine besorgniserregende Erscheinung verweisen. Es ist klar, daß Wissenschaft und Lehre an der Hochschule eine untrennbare Einheit bilden. Es ist weiterhin klar, daß die Loslösung oder Verkümmерung der Forschungstätigkeit der Hochschulen die Grundlagen der Hochschulen zerstört. Damit wird nicht geleugnet, daß auch außerhalb der Hochschulen staatliche und private Forschungsstätten, unternehmer-eigene Forschungseinrichtungen der Wirtschaft und verschiedene Organisationen mit wissenschaftsfördernder Forschungsarbeit erfolgreich beschäftigt sind. Aber es gibt zu denken, daß diese Anstalten zum Teil eine bessere Förderung erfahren als die Hochschulen. Darunter leiden die Hochschulen, sie werden weniger effektiv, ohne daß andere Anstalten aber imstande wären, die den Hochschulen aufgetragenen Verpflichtungen, insbesondere jene der Grundlagenforschung, zu übernehmen. Man beobachtet seit langem mit steigender Besorgnis, daß die zu den verschiedenen staatlichen Wirtschaftsministerien gehörigen Versuchs- und For-

schungsanstalten unvergleichlich besser dotiert werden als die Hochschulinstitute.

Es konnte festgestellt werden, daß die Industrie und die zuständigen Fachverbände verschiedenen Versuchs- und Forschungsanstalten, die in den letzten Jahren und auch erst in jüngster Zeit mit staatlicher Förderung errichtet wurden und werden, durchaus nicht jenes Interesse entgegenbringen, das auch mit der notwendigen Bereitwilligkeit zu einer entsprechenden finanziellen Beitragsleistung zu den Kosten für die Errichtung und den Betrieb dieser Anstalten verbunden wäre. Es ist bekannt, daß von 37 verstaatlichten Unternehmungen 32 die Einladung, sich der auf dem Arsenalgelände befindlichen Versuchsanstalt für Wärme-, Kälte- und Strömtechnik zu bedienen, abgelehnt haben. Es ist weiters bekannt, daß das eben errichtete Holzforschungsinstitut, das man uns in der Steiermark nicht vergönnen wollte, mit Hilfe bedeutender ERP-Mittel erbaut und eingerichtet wurde. Und nun fehlen die notwendigen Mittel für die Betriebsführung, weil sich die seinerzeit gehegte Erwartung, daß die am Institut interessierte holzverarbeitende Industrie für die Kosten der Erhaltung aufkommen würde, nicht erfüllt hat. Man bemüht sich da natürlich wieder, eine staatliche Subvention zu erhalten, wobei davon die Rede ist, daß die Betriebskosten jährlich mindestens 2 1/2 Millionen Schilling betragen.

Die staatlichen Wasserkraftwerke haben modernste Laboratorien eingerichtet. Das Bundesministerium für Unterricht ist aber mit seinen kargen Budgetmitteln nicht einmal in der Lage, die für die österreichische Wasserkraftwirtschaft wichtigen Lehrkanzeln für Wasserbau und Grundbau an der Technischen Hochschule in Graz und für Wasserkraftmaschinen und Pumpen an der Technischen Hochschule in Wien den modernen und wissenschaftlichen Grundsätzen entsprechend einzurichten.

Die Gefährlichkeit dieser Entwicklung darf nicht verkannt werden. Wo Armut herrscht, muß die gebotene Sparsamkeit so geübt werden, daß die verfügbaren Mittel jeweils am zweckmäßigsten verwendet werden. Das heißt: nicht fortgesetzt kostspielige Neugründungen, die, wie sich zeigt, schon unmittelbar nach ihrer Schaffung in Not geraten, und nicht fortgesetzte Vernachlässigung des Urquells aller Wissenschaft und Forschung, der Hochschulen. Wenn die Hochschulen von ihrem Wert verlieren, müssen auch die anderen Anstalten zugrunde gehen, denn sie können nur bestehen, wenn ihnen tüchtige, wissenschaftlich gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Diese Fachkräfte aber können nur von den Hochschulen kommen.

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 951

Es ist daher keine egoistische Forderung der Unterrichtsverwaltung und der Hochschulen selbst, sondern ein Gebot der Selbsterhaltung für Volk und Staat, die verfügbaren Budgetmittel in erster Linie dort einzusetzen, wo die Quelle liegt, aus der die gesamte Wirtschaft neue Kraft schöpft. Es ist nicht nur notwendig, sondern auch möglich, dem finanziellen Notstand der Hochschulen dadurch teilweise abzuhelfen, daß entsprechende Budgetmittel von den Wirtschaftsministerien auf das Unterrichtsministerium übertragen werden. Weil aber mit diesen Maßnahmen eine volle Befriedigung des finanziellen Bedarfes der Hochschulen nicht möglich sein wird, muß darüber hinaus zur Erschließung weiterer Geldmittel auch auf die endliche Erfüllung der schon seit Jahren auch vom Bundesministerium für Unterricht vertretenen Forderung gedrungen werden, daß Spenden für Wissenschaft und Forschung bis zu einer gewissen Höhe steuerrechtlich als Abzugsposten anerkannt werden. Was in anderen Ländern und Kulturstaaten möglich ist, darf in Österreich nicht unmöglich sein.

Hohes Haus! Es soll kein billiger Zweckoptimismus sein, wenn ich nach diesem Überblick über die Sorgen gewisser Kultur- und Bildungseinrichtungen mich dennoch aus tiefer und innerer Überzeugung gegen einen allgemeinen Pessimismus stelle. Dabei verweise ich auf die Hingabe und den Fleiß, mit dem in unserer Unterrichtsverwaltung gearbeitet und getrachtet wird, mit den gegebenen Mitteln das Optimum zu erwirken. Dabei verweise ich auch auf die zum Teil großzügige Förderung, die die einzelnen Bundesländer der Wissenschaft und Kunst zuwenden.

Es liegt mir nahe, an die Steiermark zu erinnern, deren Landesregierung über alle verfassungsmäßig gegebenen Verpflichtungen hinaus der Wissenschaftspflege jährlich einen höchst beachtlichen Budgetposten zur Verfügung stellt. Namhafte Druckkostenbeträge für wissenschaftliche Publikationen werden ebenso gewährt wie Stipendien für Studierende. Die Volksbildungsheime St. Martin und Retzhof erfreuen sich für ihre tiefwirkenden Bildungsarbeiten angemessener Dotierungen. Die Landesbibliothek und das Landesmuseum mit seinen Abteilungen haben seit 1945 einen Aufschwung genommen, der sie auf vielen Gebieten weit über den Durchschnitt provinzialer Einrichtungen hinausgehoben hat. Für sie sowie für eine sinnvolle und moderne Denkmalpflege ist das aus seiner Verwüstung in neuer Herrlichkeit entstandene Schloß Eggenberg ein eindrucksvolles Zeugnis geworden.

Ich weiß, daß auch von anderen Ländern vieles zu sagen wäre, aber es scheint für einen steirischen Abgeordneten eine Pflicht zu sein, gerade auf sein Land hinzuweisen und damit zu sagen, daß das rauhe Bergvolk hinter dem Semmering heute doch nicht mehr in Höhlen wohnt und daß meine Landsleute von sich bekennen möchten: Wir Steirer sind doch, wenn schon nicht bessere, so doch immerhin auch Menschen. (Beifall bei der ÖVP.)

Gegen den allgemeinen Pessimismus stellen wir auch die Tatsache, daß seit 1945 in diesem Lande Österreich über 700 Volks- und Hauptschulen neu gebaut worden sind, daß die beste seit den Tagen der Kaiserin Maria Theresia sich immer wieder erneuernde österreichische Tradition, nach immer neueren und besseren Methoden des Unterrichts und der Erziehung zu suchen, wie in der Zeit der Ersten Republik, in der, wie wir gerne zugestehen, unter anderem auch einem Otto Glöckel fördernde Gedanken und Tatsachen zu danken sind, daß diese österreichische Tradition sich auch jetzt lebendig und tätig zeigt in den Bemühungen um einen neuen Typ der Landschule und in der verantwortungsvollen Arbeit zu einem neuen Schulgesetz, das eine der dringendsten Forderungen der Gegenwart ist. Es wird an allen Ecken und Enden experimentiert, und wir loben dieses Experimentieren, denn: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“

Es wird von tausenden Lehrern aller Kategorien tagaus, tagein gelehrt und unterrichtet und es wird von hunderttausenden Kindern und jungen Menschen in diesem Lande tagaus, tagein gelernt, und das nicht erst wieder, seit die Sorge um das tägliche Brot die Schwere der ersten Nachkriegszeit verloren hat. Kaum war der Krieg in Rauch und Trümmern zusammengebrochen, haben die Schulen wieder ihre Tore aufgemacht in jenen trüben Monaten, denen nach dem Ausweis der Zeitungen nur die Schieber und die Schleichhändler mit ihren Rieseneinkünften das Gepräge zu geben schienen; in jenen Zeiten sind, genau so wie die Arbeiter und Handwerker, die Beamten und Bauern, entsagungsvoll um einen kargen Lohn auch die Lehrer zu ihrer Pflicht gegangen, die Schüler und Lehrer haben die Klassenzimmer und die Lehrsäle gefüllt und ihre Arbeit getan. Von alldem wurde nicht gesprochen und geschrieben; von den selbstverständlichen Dingen spricht man nicht. Es sind die stillen Dinge, die ihren Wert in sich selbst beschlossen tragen. Heute aber denken wir an sie, weil sie uns Zuversicht geben, weil sie Zeugnis geben von der Grundanständigkeit und von der Lebenskraft unseres Menschenschlages, mit der wir auch das

## 952 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

überwinden werden, was uns an Sorge und Not aus den Jahren der Heimsuchung noch verblieben ist. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Böhm:** Herr Abg. Reimann kommt als nächster Redner zum Wort.

**Abg. Dr. Reimann:** Meine Damen und Herren! Wenn ich das Resümee aus den Reden ziehe, die heute gehalten wurden, dann komme ich zu folgender Erkenntnis. Wir hörten von der Notlage der Schüler und der Lehrer, wir hörten von der Notlage des wissenschaftlichen Nachwuchses, wir hörten von der Notlage der Künstler, und wir hörten von der Notlage der freien Berufe. Aus allen Gebieten der Kultur kommt dieser Notruf, er wird in diesem Hause gehört, es werden tränenerische Reden gehalten, morgen aber geht man wieder zur Tagesordnung über, denn die Not der Kulturschaffenden ist für die Mehrzahl der Politiker keine Frage ersten Ranges. Die Kultur ist etwas, auf das man sich beruft, für die man aber nicht bereit ist, Opfer zu bringen. Sie kann einem kaum den Sitz im Parlament kosten.

Die Akademie der Wissenschaften als das angesehenste wissenschaftliche Forum des Landes erhält im Vergleich zur Bedeutung seiner Aufgabe einen Bettel, um seine Arbeiten durchzuführen. Auf den Hochschulen gibt es, wie wir gehört haben, zuwenig Lehrkanzeln und Assistentenstellen, die außerdem noch elend bezahlt sind. Die wissenschaftlichen Institute erhalten oftmals jährliche Zuwendungen, die kaum die monatliche Aufwandsentschädigung eines Abgeordneten ausmachen. Daß trotzdem noch so große Leistungen hervorgebracht werden von der Akademie, von den Universitäten, von den wissenschaftlichen Instituten ist das einzige wirkliche Wunder, das in Österreich seit 1945 vollbracht wurde.

Doch gehen wir weiter. Wir benötigen neue 68 Mittelschulen wie einen Bissen Brot, doch ist nur für sechs das Geld vorhanden. Der Unterricht in den Schulen ist — wie wir auch heute schon gehört haben — bereits gesundheitsgefährdend. Ich führe nur Graz als ein Beispiel für viele an, wo in sechs Mittelschulen 190 Klassen und drei Schulen in einem Gebäude untergebracht sind. Flüchtlinge belegen die Schulen, und die Schüler haben keinen Schulraum. So kreist der Zirkel des Elends unaufhörlich. Die Lehrkräfte sind überanstrengt und schlecht bezahlt, und wir müssen in Österreich feststellen, daß die Erzieher unserer Jugend und die Hüter des Gesetzes zu den Parias unseres Staates gehören.

Nun, alle diese Dinge sind Ihnen schon lange bekannt. Aber an Ihnen, meine sehr geehrten Frauen und Herren, liegt es, sie zu

ändern. Ich kenne Ihre Ausrede. Erstens ist an allem Adolf Hitler schuld. Dabei ist Adolf Hitler für Sie, meine Damen und Herren von der Koalitionspartei, direkt zu einem Glück geworden (*Widerspruch bei der SPÖ*), weil Sie ihn zum Sündenbock für Ihr Versagen seit 1945 machen konnten. (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist unerhört!*) Zweitens liegen Ihnen alle anderen Berufsgruppen mehr am Herzen als die Kulturschaffenden. Aber ist der Lehrer, ist der wissenschaftliche Arbeiter, der Künstler, der Schriftsteller, sind die weniger wichtig als die anderen, oder sind sie nur weniger gefährlich, weil sie ihre Rechte nicht mit Gewaltmitteln fordern? Es ist der schlechte Geist, der in diesen Fragen die Mehrheit der Politiker beherrscht. (*Zwischenrufe.*)

Wenn einmal ein feiner Kopf wie der Abg. Gschnitzer unter Ihnen weilt, dann mißbrauchen Sie selbst diesen und schicken ihn nur dann vor, wenn die Lage besonders brenzlig ist. Gegen Vorschläge aber zeigen Sie sich, meine Herren von den Regierungsparteien, taub, ob sie nun von uns kommen oder von Vertretern der Kulturschaffenden. Sie stehen auf dem Standpunkt, den Ludwig Thoma so unvergleichlich in Worte gefaßt hat: „Die G'scheiteran san ma net, aber die Mehrarn“. (*Beifall bei der WdU.*)

Es ist der Geist, der, nachdem schon der Staat nichts tut, auch die private Hand hindert, kulturelle Zuwendungen zu machen. Es ist der Geist, der aus kleinlichem Parteidenkern heraus österreichische Künstler in der Parteipresse herabsetzt und politisch verdächtigt, anstatt froh zu sein, Dirigenten und Künstler von Weltreuf in unserem Lande zu haben. Es ist der Geist, der für alles Interesse aufbringt, nur nicht für die Kultur; hier zeigt man sich kleinlich und knauserig. Und es ist der Geist, der die Kultur als Anhängsel statt als eine Lebensnotwendigkeit betrachtet. Kann es Sie dann wundern, wenn selbst einem aus Ihren Reihen die Nerven reißen und er die Worte sagt: Ja, warum konnte man denn im Krieg alles, jetzt aber gar nichts?

Sicherlich, es ist nicht möglich, von heute auf morgen die Zustände zu ändern. Doch es wäre schon viel, endlich einmal die Forderungen aller Kulturschaffenden ernstlich anzuhören und zu prüfen und nicht mit schönen Versprechungen abzutun. Es wäre noch viel mehr, den Unterrichtsminister und den Finanzminister zu beauftragen, die Voraussetzungen zu schaffen, das Kulturbudget bis zum nächstenmal, sagen wir, um das Doppelte zu erhöhen. Jammern Sie nicht von Jahr zu Jahr über die geringe Höhe des Kulturbudgets, sondern schaffen Sie endlich die Basis, die es

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 953

ermöglicht, daß Österreich, was die Niedrigkeit des Kulturbudgets betrifft, nicht mehr Drittletztes von allen Ländern Europas ist, sondern mehr nach vorne rückt, damit es des Namens eines Kulturstaates nicht verlustig gehe!

Nach diesen allgemeinen Ausführungen möchte ich mich, da mein Kollege Professor Pfeifer schon über die Schulfrage gesprochen hat, dem Kapitel Bundestheater zuwenden. Ich halte das für umso notwendiger, als der Herr Abg. Fischer behauptet hat, daß der VDU seit Jahren ein Kesseltreiben gegen den gewesenen Sektionschef der Bundestheaterverwaltung, Dr. Hilbert, betrieben hat.

Nun, meine sehr Verehrten, wir haben kein Kesseltreiben betrieben, sondern ich habe einige Male in diesem Hause zum Kapitel Bundestheater Stellung genommen und habe die Fehler aufgezeigt, die der gewesene Leiter der Bundestheaterverwaltung, Sektionschef Dr. Hilbert, gemacht hat. Herr Dr. Hilbert ist nicht das Opfer irgendeines Kesseltreibens, sondern er mußte einfach deshalb gehen, weil er die Lage nicht beherrscht hat, weil er seinen Posten nicht voll ausfüllen konnte, und bei aller Demokratie ist es doch eine Selbstverständlichkeit, daß der verantwortliche Minister einen Beamten, der seiner Aufgabe nicht voll gewachsen ist, entläßt.

Es freut mich daher, daß meine damaligen Voraussagen, gegen die sich Dr. Hurdes, der damalige Unterrichtsminister, so heftig gewehrt hat, nun eingetroffen sind. All das, was ich damals gegen die Leitung der Staatstheater anführte, hat der gegenwärtige Unterrichtsminister Dr. Kolb hundertprozentig bestätigt.

Man soll einem Gefallenen — auch wenn sich das Fallen auf Beruf oder Politik bezieht — nichts Böses nachreden. Ich möchte diesen Grundsatz auch bei Dr. Hilbert anwenden; nur zwei Dinge scheinen mir von Wert zu sein, klargestellt zu werden. Auf eines hat schon der Unterrichtsminister im Ausschuß hingewiesen; es handelt sich um die sogenannte Hilbert-Legende. Legenden haben im allgemeinen der Wahrheit voraus, daß sie lieber geglaubt werden als diese. Man sagt immer, Dr. Hilbert habe in den schwersten Jahren die Oper wieder zu ihrer früheren Höhe geführt. Dazu möchte ich einmal feststellen, daß Dr. Hilbert ein Ensemble übernommen hat, das von Karl Böhm auf die vorerwähnte Höhe gebracht worden war. Zu diesem Ensemble stieß noch ein Teil des Ensembles der Münchner Staatsoper, die unter Clemens Krauss zur ersten deutschen Opernbühne aufgestiegen war. Die Wiener Philharmoniker aber hatte Clemens Krauss durch alle Schrecknisse der ersten Besetzungswochen hindurchgeführt.

Dr. Hilbert fand also, als er im Herbst 1945 nach Wien kam und ein einmaliges Ensemble übernahm, Möglichkeiten vor, die vor ihm keiner gehabt hatte. Außerdem erhielt er Vollmachten, über die gleichfalls vor ihm kein Leiter der Bundestheater verfügte. Dazu kam die Tatsache, daß die deutschen Künstler durch das harte Schicksal, das über Deutschland hereingebrochen war, sehr interessiert an der österreichischen Staatsbürgerschaft waren, um sich über diese wieder in das internationale Kunstleben einschalten zu können.

Dr. Hilbert tat nun das, was wahrscheinlich jeder Laie getan hätte. In dem Glauben, die Künstler alle beisammenhalten zu können, züchtete er ein Starwesen, das nicht nur das Theaterbudget übermäßig beanspruchte, sondern auch dem Nachwuchs keine Gelegenheit bot, sich wenigstens in kleinen Rollen zu erproben.

Er kannte jedoch nicht das Künstlervolk. Kaum winkten die Metropolitan Opera und andere gut zahlende Häuser, zerstoben die Künstler in alle Richtungen und kehrten nach Wien zurück, wenn die anderen Häuser ihre Tore schlossen. In Wien studierten sie ihre Rollen ein, mit der Marke „Wiener Staatsoper“ zogen sie in alle Welt und konnten Triumphe feiern. Es kam so, daß man fünf Monate im Jahr gute Aufführungen zu hören bekam, in den eigentlichen fünf Theatermonaten aber gab es Aufführungen von einem ausgesprochen tiefen Niveau. Dazu kam, daß insbesondere nach Abgang von Professor Kripps die Oper jedes Gesicht verloren hat. Wie überall in Österreich herrschte Planlosigkeit vor, und da begann Dr. Hilbert das zu tun, was jeder andere tut, der nicht mehr durch sein Format die Stellung halten kann: er spielte einen gegen den anderen aus. Es kam so, daß beispielsweise Österreichs begabtester Dirigent, Herbert Karajan, für die Oper und die Salzburger Festspiele verloren ging, desgleichen Clemens Krauss und viele andere Künstler. Jeden, bei dem er fürchten mußte, daß er seinem System trotzen könnte, hielt Dr. Hilbert fern, wobei er sich auch manchmal des nicht sehr fairen Mittels bediente, Künstler politisch zu diffamieren. Allmählich aber führte dieses System zum Niedergang der Oper.

Das zweite aber, das ich vorbringen möchte, ist ein Vorwurf gegen den Herrn Unterrichtsminister. Dr. Kolb verhängte seinerzeit eine Untersuchung über Dr. Hilbert. Als dieser dann nach etlichen Schlachten, bei denen die Entscheidung sehr ungewiß war — man wußte lange Zeit nicht, ob Kolb über Hilbert oder Hilbert über Kolb stürzen wird —, endlich

## 954 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

ging, hob der Unterrichtsminister, wohl aus Freude über seinen Sieg, mit nobler Geste die Untersuchung auf. Das geht nun doch nicht an. Man soll nicht nachfragen, aber man kann eine Untersuchung, eine amtliche Untersuchung, die schwer belastendes Material auslöste, nicht plötzlich abblasen. Dr. Hilbert ging zwar, aber seine Vasallen blieben, und man hört aus Zeitungsmeldungen, daß einer von ihnen wegen Devisenschmuggels verfolgt wird. Es scheint mir doch notwendig, eine endgültige Klärung in den Bundestheatern herbeizuführen, weil dort das Sprichwort geht: Der Herzog ging, aber der Mantel blieb. Ich möchte hier Dr. Hilbert ganz herausnehmen, aber unter seiner Ära haben sich in der Staatsoper Fälle ereignet, die früher nie vorgekommen sind. Ich erinnere nur an den Fall Sittek, und es gäbe noch eine ganze Reihe von anderen Fällen.

Leider hat mir auch der Herr Unterrichtsminister im Ausschuß meine Frage bezüglich der sogenannten Russenspende für die Wiener Staatsoper nicht beantwortet. Was ist mit den Ziegeln geschehen, deren Zahl nach fachlichen Schätzungen genügte, um Oper und Burgtheater aufzubauen? Angeblich scheinen auf der Rechnung noch immer Beträge für Ziegel auf.

Meine Damen und Herren! Gewöhnen wir uns in Österreich ab, Dinge zu vertuschen, in die der eine oder der andere Prominente verwickelt ist. Es untergräbt das Ansehen des Staates und des Politikers, das in unserem Lande sowieso nicht in hohem Kurs steht. Es wäre bedauerlich, wenn es in unserem Land so weit käme wie in Frankreich, wo das Wort „Deputé“ das ärgste Schimpfwort ist, das man überhaupt kennt und das ein Taxichauffeur nur dann gebraucht, wenn man ihm zuwenig Trinkgeld gibt — und Taxichauffeure sind bekanntlich nicht verlegen um Schimpfworte.

Was uns aber noch mehr als die Vergangenheit interessiert, ist die Zukunft unserer Staatstheater. Mit Ing. Marboe ist, glaube ich, ein Mann in die Verwaltung eingezogen, der, wie ich hoffe, die guten Eigenschaften eines österreichischen Beamten besitzt und noch mehr Qualitäten hat, als daß er CVer ist. Ich möchte hier auch feststellen, daß der Leiter der Bundestheater kein Genie zu sein braucht, sondern ein wirklich guter Beamter, der gewissenhaft ist. Ein Genie muß der künstlerische Leiter der Theater sein, aber nicht der Leiter der Bundestheaterverwaltung.

Es erhebt sich nun die Frage, wer Direktor der Oper und des Burgtheaters wird und was mit der Volksoper geschehen soll. Die Volksoper müßte eigentlich — das ist schon vom Herrn

Unterrichtsminister ausgesprochen worden — die Gemeinde Wien übernehmen, wie es früher der Fall war. Die Gemeinde Wien hat das niedrigste Kulturbudget von allen Landeshauptstädten Österreichs, was bestimmt nicht wünschenswert ist.

Bei der großen Oper, die in zwei Jahren in Betrieb genommen werden soll und deshalb spätestens im Herbst einen Direktor erhalten muß, ist man sich nicht im klaren, ob man die Wiener Tradition fortsetzen soll oder das System der Mailänder Scala oder der Metropolitan Opera, also das Stagione-System, übernehmen soll. Das Herz spricht zweifellos für die Wiener Tradition, der Verstand für das andere System, denn ebenso wie man heute in der Europäischen Stahl-Union eine Gemeinschaft hat, so gibt es auch eine europäische Sängergemeinschaft.

Es kommt noch dazu, daß auf Grund unserer Besteuerung ein Künstler eigentlich kaum länger als sechs Monate zu halten ist, denn wir haben jetzt erst kürzlich in der Oper folgendes Beispiel erlebt. Einige von Ihnen werden wissen, daß Künstler, die bis zu sechs Monaten an der Wiener Staatsoper oder überhaupt an einem Theater wirken, steuerlich so begünstigt sind, daß sie nur 20 Prozent ihrer Gage versteuern müssen. Wenn sie aber länger als sechs Monate an einem Theater wirken, dann kommen sie in das normale Steuersystem hinein. Nun haben wir an der Wiener Staatsoper einen guten Bariton, der länger gebraucht wurde und seine sechs Monate überschritten hat. Kaum hatte er drei Vorstellungen hinter sich, bekam er die Nachzahlung für die ganze Steuer vorgeschrieben, auch für die vergangenen sechs Monate. Daß man auf diese Weise und mit einem solchen System die Künstler nicht halten kann, ist selbstverständlich.

Wie immer man auch die Frage des künstlerischen Leiters lösen mag, es steht fest, daß ohne Zweifel auch ein Managerdirektor für das neue Opernhaus notwendig ist, mit Rücksicht auf alle technischen Einrichtungen — ich denke hier an die Television-Einrichtung und dergleichen. Man muß in Österreich künftig bestrebt sein, die Marke „Wiener Oper“ zu etikettieren und ihrem Wert nach zu verkaufen. Man hat in dieser Hinsicht in Österreich viel versäumt, wie überhaupt die Zersplitterung des Wiener Kulturlebens sich nicht günstig auf das gesamte Niveau ausgewirkt hat.

Eines muß aber unbedingt durchgesetzt werden: Wer immer von den großen Direktoren künstlerischer Leiter werden wird, ob Karajan, Krauss, Böhm oder Kleiber, ungeachtet dessen müssen alle

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 955

Dirigenten für das Haus gewonnen werden, und ich appelliere deshalb noch einmal insbesondere an die Parteizeitungen, künftig hin österreichische Künstler nicht zu verunglimpfen. Seien wir froh, daß wir Künstler von Weltformat besitzen, und zerstören wir nicht ihren Ruf, wie es gerade in Ihrer Zeitung geschehen ist. (Abg. Horn: *Treten Sie ab, Pater Eberhard!*) Ja, in Ihrer Zeitung, in der „Arbeiter-Zeitung“ und dergleichen. Zerstören wir nicht ihren Ruf, und lassen wir es bei der traurigen Erscheinung allein bewenden, daß die Politiker in unserem Lande vogelfrei sind.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch kurz auf die Salzburger Festspiele zurückkommen. Ich möchte auch hier ein stiller Mahner sein, wie ich es vor Jahren bei den Bundestheatern war, und ich hoffe, daß man vielleicht aus der Vergangenheit klug geworden ist, gewisse Mahnungen doch ernst zu nehmen, auch dann, wenn sie nur von einem Oppositionspolitiker stammen. (Abg. Probst: *Stiller Mahner, redet zwei Stunden!* — Abg. Stendebach: *Das hat mit der Zeit nichts zu tun!* — Abg. Horn: *Auf den können Sie stolz sein!*) Herr Horn! Der Herr Abg. Ebenbichler hat Ihnen einmal das Richtige gesagt. Ich möchte es nicht wiederholen. (Weitere Zwischenrufe. — Abg. Probst: *Seien Sie still, setzen Sie sich nieder!*) Die Freude mache ich Ihnen nicht!

Präsident Hartleb (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Bitte keine Zwiespräche!

Abg. Dr. Reimann (fortsetzend): Meine Damen und Herren und insbesondere Herr Unterrichtsminister! Die Salzburger Festspieleleitung ist in ihrer derzeitigen Zusammensetzung nicht geeignet, künftig hin die Probleme zufriedenstellend zu meistern. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Horn.) Lassen Sie doch Ihre widerliche Stimme! — Lassen wir uns durch die erfreulichen Erfolge der heurigen Opernaufführungen nicht täuschen! Auch in Salzburg ist das Gesicht verloren gegangen (anhaltende Zwischenrufe), und nur noch die Tradition ist erhalten geblieben, die, Gott sei Dank, so stark ist (anhaltende Zwischenrufe — *Präsident Hartleb gibt das Glockenzeichen*), daß sie die Probleme bis heute noch meistern konnte.

Ich möchte auch die Frage des Salzburger Festspielhauses anschneiden. Ich sagte schon im Ausschuß, daß vorerst die genaue Kostenberechnung für das Projekt vorliegen muß, ehe man an die Verwirklichung des Projektes denken kann. Ich kann mich persönlich absolut mit dem Projekt des Prof. Holzmeister befreunden, weil es durch die enge

Zusammenlegung aller Bühnen größere Vorteile bietet, doch möchte ich betonen, daß die Stadt Salzburg selbst kaum in der Lage sein wird, sich an der Finanzierung in größerem Ausmaß zu beteiligen. Dort, wo eine katastrophale Wohn- und Schulraumnot herrscht, würde es die Bevölkerung nicht begreifen, wenn öffentliche Mittel der Stadt für ein solches Projekt direkt zum Einsatz gebracht würden.

Zuletzt aber möchte ich an die Wiener Abgeordneten, insbesondere an die, die auch in der Stadtvertretung sind, das Ersuchen richten, die Wiener Symphoniker, die ein großartiges Orchester geworden sind, doch zur Wiener Staatskapelle mit allen Verpflichtungen, die daraus entstehen, zu machen. Es wäre das einer Stadt wie Wien würdig, umso mehr, als alle europäischen Großstädte solche Einrichtungen haben.

Zum Schluß möchte ich das Wiener Kulturamt ersuchen — obwohl es nicht ganz hieher gehört, aber der gesamtösterreichischen Bedeutung wegen doch auch von hier aus gesagt werden soll —, den Wiener Symphonikern die Südamerikareise mit Karajan zu ermöglichen und für die Wiener Festwochen ein anderes Arrangement zu treffen. Eine solche Reise, die Österreich nichts kostet, wäre doch von größter propagandistischer Wirkung für unser Land, umso mehr, als es die erste Südamerikareise eines Wiener Orchesters nach 20 Jahren wäre und als sich die Reise der Wiener Philharmoniker nach Nordamerika leider zerschlagen hat.

Zurückkommend auf meine Ausführungen zu Beginn meiner Rede möchte ich Ihnen, meine Frauen und Herren, noch einmal dringend ans Herz legen, die Kultur als ein Zentralproblem und nicht als ein schönes Beiwerk des Lebens zu betrachten. Dann bin ich auch überzeugt, daß das Budget jene Höhe aufweisen wird, die notwendig ist, um die dringendsten Fragen auf dem Gebiete der Kultur in Österreich zu lösen. (Beifall bei der WDU.)

Präsident Hartleb: Als nächster Redner ist gemeldet der Herr Abg. Dr. Neugebauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Neugebauer: Hohes Haus! Ich möchte mich zunächst mit den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Pfeifer befassen. Herr Dr. Pfeifer beklagt sich über die Enthebung von Lehrpersonen in der Zeit nach dem Kriege. (Abg. Probst: *Er redet von sich selber!*) Er stellt dies so hin, als ob die damals existierenden politischen Parteien eine gewisse Schuld trüfe. Ich muß feststellen, daß nach den Überprüfungen, die in jedem Bezirk

## 956 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

vorgenommen wurden, fast alle als zur Wiedereinstellung geeignet angesehen wurden. Kurze Zeit darauf aber verlangten die Alliierten die Entfernung aller jener, die Mitglieder der NSDAP gewesen sind. (*Zwischenrufe bei der WdU.*) Herr Dr. Pfeifer, Sie können dies hundertmal in Abrede stellen, ich bin Lehrer und weiß, wie es geschehen ist! (*Abg. Slavik: Er weiß vieles nicht!*) Meine Damen und Herren! Die Alliierten gaben den Auftrag, und wer ist denn daran schuld, daß die Alliierten in Österreich sind? Nicht wir (*Zustimmung bei der SPÖ*), sondern eben jene Herren, die Ihr Redner Dr. Reimann immer wieder zu verteidigen sich anschickt! (*Erneute Zustimmung bei der SPÖ.*)

Herr Dr. Pfeifer reklamiert ferner die Priorität, betreffend die Einrichtung eines Forschungsrates, für sich. (*Abg. Dr. Pfeifer: Im Ausschuß!*) Ich möchte ihm auch hier sagen, daß vor etwa sechs Jahren eine Enquête im Institut für Wissenschaft und Kunst stattgefunden hat, und in dieser Enquête hat man sich mit dem Forschungsrat beschäftigt. Ihr Eifer und Ihr Fleiß ist anerkennenswert, aber in diesem Punkt haben Sie sich übernommen! (*Abg. Ebenbichler: Warum hat man nichts gemacht? — Abg. Doktor Pfeifer: Warum haben Sie keinen Antrag eingebracht? — Abg. Slavik: Er ist ein ewig Zuspätkommender! — Abg. Kandutsch: Sie kommen aber jetzt zu spät!*)

Herr Dr. Koren von der konservativen Seite des Hohen Hauses hat anerkennend über die Bemühungen Otto Glöckels gesprochen. Es ist wohl das erstemal, daß im Parlament ein solches Wort von dieser Seite her gesprochen wurde. Ich erblicke darin ein gutes Zeichen sachlicher Zusammenarbeit und hoffe, daß es nicht etwa nur eine Schwalbe bleibt, die bekanntlich keinen Sommer macht.

Und nun möchte ich mich in der Hauptsache mit jenen Angelegenheiten befassen, die die Lehrerschaft betreffen, und dabei namentlich die Lehrerschaft der Volks- und Hauptschulen. Die schulgesetzgeberischen Leistungen in den Parlamenten nach dem zweiten Weltkriege sind ja, wie bekannt, nicht sehr groß, es ist eine sehr dürftige Ernte, die eingebracht werden konnte. Aber ein Gesetz muß man doch als eine anerkennenswerte Leistung bezeichnen, und das ist das Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz, durch das die Befugnisse des Bundes und der Länder in der Schulverwaltung — also in allen Angelegenheiten, die die Lehrer betreffen — geregelt werden. Dieses Gesetz stellt die Vereinheitlichung des Dienstrechts in Aussicht, anderseits aber wurde auf Grund dieses Gesetzes das Landeslehrergehaltsgesetz beschlossen, wodurch die

Besoldung in allen Bundesländern für alle Lehrer gleich festgesetzt worden ist. Das bedeutet zweifellos einen großen Fortschritt gegenüber den Verhältnissen in der Ersten Republik.

Um die Bedeutung dieses Gesetzes richtig zu würdigen, ist es notwendig, sich jene Verhältnisse ins Gedächtnis zu rufen, die in der Ersten Republik bestanden haben. Damals hat jedes Bundesland die besoldungsrechtlichen und die dienstrechtlichen Verhältnisse der Lehrer im eigenen Land selber geregelt. Es gab also neun verschiedene Landtagsbeschlüsse über das Dienstrecht und über die Besoldung. In dem einen Land war die Besoldung gut, im anderen war sie schlecht, und im dritten war sie noch schlechter. Die Besoldung und die Grundlagen für die Pensionierung waren verschieden. Die Teilnahme der Lehrer an Einrichtungen der Schulverwaltung wurde in dem einen Lande gewährt, in dem anderen wieder nicht, so etwa bei den Qualifikationskommissionen, wo in einem Land die Lehrer mitwirkten, in einem anderen die Schulinspektoren die Qualifikation allein besorgten. Ganz besonders kraß aber waren die Verschiedenheiten in der Behandlung der Lehrerinnen. In Wien zum Beispiel durfte sich eine Lehrerin verehelichen, in einem anderen Lande herrschte das Zölibat, und wenn sich eine Lehrerin verehelichte, dann wurde sie aus dem Dienst entlassen. Ja selbst die Lehrstundenverpflichtung war in den einzelnen Ländern verschieden. Es bot sich also ein bunter föderalistischer Strauß, und dies in einem Staate, in dem alle Lehrer nach den gleichen Bestimmungen vorgebildet wurden, in dem alle Lehrer den gleichen Prüfungen unterworfen waren und alle Lehrer den Unterricht nach den gleichen Lehrplänen gestalteten.

Es darf unsere Föderalisten nicht wundern, wenn die Lehrerschaft das Ende dieses sinnwidrigen Zustandes herbeisehnte. Das Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz brachte nun diese Möglichkeit. Die Besoldung wurde gleich, und auch das Dienstrecht soll gleich werden.

Aber in diesem Gesetz befand sich auch eine Andeutung, die die Pessimisten mit Sorge betrachteten. Es war jener Punkt, in dem gesagt wurde, daß die Besoldung durch den Bund so lange erfolge, bis eine gesetzliche Änderung beschlossen werde. Nun blieb zunächst der Zustand, wie er im Gesetze festgelegt war, unbestritten. Vor zwei Jahren aber schon versuchte der Bundesfinanzminister, eine Änderung durchzusetzen, und bei den Verhandlungen über den Finanzausgleich für das Jahr 1954 wurde ernstlich vorgeschlagen, die Länder sollen die Bezahlung der Pflicht-

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 957

schullehrer wieder übernehmen, dann verzichte der Finanzminister auf das Bundespräzipuum.

Die gesamte Lehrerschaft, gleichgültig welcher Richtung, hat energisch dagegen Stellung genommen, und da sich auch einzelne Bundesländer dagegen zur Wehr setzten, kam diese Änderung nicht zustande. Aber es besteht die Gefahr, daß aufgeschoben nicht aufgehoben bedeutet. Man kann doch Angelegenheiten, die die Schule betreffen, nicht vom fiskalischen Standpunkt aus lösen!

Die älteren Lehrer erinnern sich noch an die merkwürdigen Zustände, die es einmal gegeben hat. Da war zum Beispiel im Bundesland Niederösterreich eine Biersteuer, die man zur Deckung der Lehrergehälter verwendete. Wer also viel Bier trank, war ein schulfreundlicher Mensch, und die Trinker haben es daher nicht unterlassen können, ihre boshaften Bemerkungen zu machen. Sie bestellten also statt eines Krügels Bier ein „Oberlehrerbier“ und statt eines Seidels ein „Unterlehrerbier“. Man kann sich vorstellen, daß das das Ansehen der Lehrer und damit das Ansehen der Schule außerordentlich schädigte.

Wenn man tröstend bemerkt, die Länder würden zahlen, aber die bundesgesetzlichen Bestimmungen über das Gehalt der Lehrer würden bleiben, dann täuscht man sich. Wenn die Länder zahlen, dann wollen sie auch anschaffen, dann wird sich nach und nach alles das, was die Lehrer im Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz erfreut hat, in das Gegenteil verkehren, und die früheren Zustände, die wir überwunden glaubten, werden wiederhergestellt werden, was man sicherlich nicht als einen Vorteil, sondern nur als einen Nachteil für die Schule bezeichnen könnte. Man mag über die Dinge denken, wie man will: das wichtigste an der Schule ist die Schularbeit an sich. Diese Schularbeit leistet der Lehrer, und es ist sehr wesentlich, ob wir es dabei mit zufriedenen oder mit unzufriedenen Menschen zu tun haben.

Ich habe schon bei den Besprechungen im Finanzausschuß das bundeseinheitliche Dienstrecht urgirt. Ich möchte diese Mahnung hier mit allem Nachdruck wiederholen. Wenn es so weitergeht, daß die Entwürfe ungeeignet sind, dann wird dieser Zustand allmählich unerträglich. Der erste Entwurf eignete sich nicht als Diskussionsgrundlage, der zweite Dienstrechtsentwurf paßte den Landesfinanzreferenten nicht, und nun wird der dritte fertiggestellt. Wir hoffen, Herr Unterrichtsminister, daß dieser neue Entwurf nicht nur die dritte, sondern die dritte verbesserte Auflage ist. (Zwischenrufe.)

Es wäre sehr wünschenswert, wenn das Dienstrecht Bestimmungen über die Ernennungen der Lehrer enthielte. Das sogenannte „freie Ermessen“ ist doch im Grunde genommen ein anderer Ausdruck für „Willkür“. Heute ist es so, daß die Landesregierungen die Lehrer bestellen. Wenn sie also wollen, dann können sie sich an Grundsätze, die sie sich selber geben, halten; wollen sie nicht, dann gibt es eben keine solchen Grundsätze. Sie können sich mit den politisch Andersdenkenden in der Landesregierung einigen, sie können aber auch von der Macht der Mehrheit Gebrauch machen, und sie können, wenn sie wollen, Strafsanktionen gegen jeden Lehrer vornehmen, der politisch nicht so denkt, wie es die Mehrheit im Lande will. Diese Willkür paßt nicht in unsere Demokratie. Der Lehrer soll wissen, daß er bei guten Leistungen das Recht auf eine Anstellung hat (Abg. Dr. Misch: Sehr richtig!), aber auch das Recht auf eine Gesinnung und eine politische Meinung. (Beifall bei der SPÖ.)

Es hat ja immer Ernennungen gegeben, die politisch orientiert waren, aber gerade wir — die jetzt lebende Generation, die drei Umstürze in den letzten 20 Jahren erlebt hat — wissen, daß es flinke, wendige Menschen gibt, Karrieremacher, die überall ihren Vorteil zu wahren wissen. Was läßt sich schließlich gegen eine solche Einrichtung, wie sie das freie Ermessen ist, tun? Man kann die Menschen kaum ändern — es wird immer Anständige und Wendige geben —, aber wir können den Unanständigen den Boden entziehen, indem wir bessere Einrichtungen schaffen. Gerade der Lehrer muß als Erzieher eine aufrichtige Persönlichkeit sein; er muß seine Handlungen nach sittlichen Grundsätzen bestimmen. Das freie Ermessen aber birgt die Gefahr unsachlicher Ernennungen in sich, und zwar, wie die Praxis zeigt, auch zum Schaden der Demokratie.

Im Budgetausschuß hat der Herr Minister mitgeteilt, daß ihm auch die neuen Titel nicht gefallen, die den Lehrern „humoris causa“ verliehen werden. (Heiterkeit.) Es ist zu hoffen, daß hier etwas Besseres gefunden wird, wenn es schon nicht ohne Titel gehen kann. Die Lehrertitel sollen nicht nur ein fruchtbare Feld für die Journalisten der Witzblätter sein. Sie sind aber auch ein Mittel der Arbeitsbeschaffung, denn die Landesschulräte, die nichts versäumen dürfen, wenn jemand „Hauptschuloberlehrer“ oder gar „Hauptschulhauptlehrer“ wird, müssen die Dekrete rechtzeitig auf einem schönen Bogen ausfertigen und einen Durchschlag dem Bezirksschulrat schicken. Man kann also sagen, man braucht in den größeren

## 958 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Ländern fast einen neuen Beamten, damit diese Arbeit bewältigt wird. Diese Titel schaffen also Arbeit und sind auch ein dankbares Gebiet für jene Damen und Herren, die sich mit der Verwaltungsreform befassen.

Ich möchte auch einen Blick auf die Leitung der Schulen werfen. Mir scheint es nahezu besser, man würde Hauptschulen und Volkschulen nicht unter eine Leitung stellen. In den mittleren Orten trifft das heute zumeist zu. Aber wer diese Einrichtung und ihre Auswirkungen genau beobachtet, wird feststellen, daß die Volksschule meist doch nachgeordnet ist. Ich glaube sagen zu können, daß eine solche Änderung sachlich gerechtfertigt wäre, daß sie aber anderseits auch die Möglichkeit zu einem kleinen Aufstieg für eine Anzahl von Lehrern gäbe.

Schließlich halte ich es für außerordentlich notwendig, die Schulinspektoren nach sehr strengen Gesichtspunkten auszuwählen, wobei nicht nur überragendes Können gefordert werden soll, sondern auch Takt und kluge Menschenbehandlung. Auch hier halte ich den politischen Agitator für unnütz am Platze. (Abg. Dr. Migsch: Sehr richtig!)

Das Fehlen eines Schulaufsichtsgesetzes ist ein sehr großer Mangel. Die Befugnisse des Landesschulrates, der eine Körperschaft war, sind an den Landeshauptmann, der eine Person ist, und die des Bezirksschulrates auf den Bezirkshauptmann übergegangen, also von einer Körperschaft auf eine einzelne Person. Wo man diese Körperschaften wieder eingeführt hat, ist die Einführung keinesfalls gesetzlich, sondern es ist eine Behelfsmöglichkeit, bis ein neues Schulaufsichtsgesetz kommt. Durch das Fehlen der Schulkörperschaften gibt es keine richtige Kontrolle, und man hat in der Schulverwaltung dadurch Zustände geschaffen, die man ohne weiteres als nahezu autoritäre Verwaltung ansehen kann.

Nun noch einiges, den Lehrernachwuchs betreffend. Es gibt Bundesländer, die ihre Maturanten jedes Jahr unterbringen, aber es gibt auch andere Bundesländer, zum Beispiel Niederösterreich, wo man erst mit der Anstellung der 1950er begonnen hat. Man erweckt in den jungen Menschen durch die Aufnahme in eine Lehrerbildungsanstalt Hoffnungen, die niemals erfüllt werden können. Wenn die staatlichen Lehrerbildungsanstalten eine Drosselung des Nachwuchses vornehmen, so genügt das noch nicht; die privaten Lehrerbildungsanstalten müssen das gleiche tun. Faßt man den Rückgang der Zahl der Schüler ins Auge, dann wird die Situation noch katastrophaler werden. Wenn hier die Schulverwaltung nicht bald etwas unternimmt, dann wird man ihr schwere Vorwürfe machen müssen.

Bei den Hauptschulen fehlt es an geprüften Fachlehrern; die Hälfte der an Hauptschulen unterrichtenden Lehrer ist ungeprüft. Es gibt Hauptschulen mit einer einzigen geprüften Lehrkraft, dem Direktor. Nun ist aber die Hauptschule auf das Fachlehrersystem aufgebaut, und ohne Fachlehrer gibt es keine gute Hauptschule. Was soll man hier tun? Man muß den Anreiz, und zwar den materiellen Anreiz, diese Prüfung abzulegen, steigern. Wenn der Hauptschullehrer für seine Bemühungen — und die Prüfung ist immerhin eine Leistung — nur einen lächerlichen Betrag bekommt, dann wird kaum jemand mehr die Prüfung machen. Die Mehrzahl der Hauptschullehrer sind ältere Lehrkräfte. Wenn sie in Pension gehen und man nichts eingerichtet hat, um eine größere Anzahl zur Ablegung dieser Prüfung zu veranlassen, dann wird in einigen Jahren nur mehr ein Drittel geprüfte Lehrkräfte an unseren Hauptschulen sein, und das bedeutet den Niedergang einer sehr wichtigen Schultypen. Was nützen alle die schönen Gebäude für Hauptschulen in Österreich, wenn es an geeigneten Lehrern fehlt!

Bei den Mittelschulen ist auch eine viel stärkere Planung hinsichtlich des Nachwuchses notwendig, als dies bisher der Fall war. Manche Lehramtsanwärter, die eine nicht günstige Zusammenstellung ihrer Gruppe haben, können sich ausrechnen, daß sie vielleicht in einem Jahrzehnt dran kommen und in einem Jahrzehnt eine Stelle erlangen können. Auch hier wird der Schülernachwuchs geringer werden, und dann wird es Lehrer geben, zum Beispiel für Deutsch und Geschichte — da gibt es eine Menge Lehramtsanwärter —, die überhaupt nicht mehr dran kommen und überhaupt nicht mehr Mittelschullehrer werden können. Hier kann man wirklich sagen: Vorsicht wäre besser als Nachsicht gewesen. Aber da die Schulverwaltung keine Vorsicht geübt hat, haben die Lehramtsanwärter die Nachsicht.

Man gebraucht oft — bei der Behandlung des Kapitels Unterricht im Finanz- und Budgetausschuß ist das einmal geschehen — die bekannte Redensart, man solle doch nicht vergessen, daß die Schule eine Sache des Volkes sei, nicht der Lehrer. Natürlich trifft diese Tatsache zu. Die Schule ist eine Sache des Volkes, aber meistens gebraucht man diesen Satz dann, wenn man damit die berechtigte, aber unangenehme Kritik eines Schulmannes unwirksam machen möchte. Man merkt die Absicht und man wird verstimmt. Die Schule ist eine Sache des Volkes, aber der Lehrer, seine Freude und sein Arbeitseifer, sein Verständnis für die Schüler und seine Liebe

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 959

zu ihnen — die machen den Inhalt der Schule aus. Das bedenke man, damit man nicht Entscheidungen treffe, die der Schule nur schädlich sein können.

Deshalb: Keine Veränderung der Schule, Besoldungsrecht und Dienstrecht bleiben Sache des Bundes, ebenso die Auszahlung der Gehälter, ehesten Vorlage eines Lehrerdienstrechtes und Einschränkung des freien Ermessens bei Lehrerernennungen! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.*)

Präsident Hartleb: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abg. Solar. Ich erteile es ihr.

Abg. Lola Solar: Hohes Haus! Bevor ich meine Ausführungen beginne, möchte ich gerne eine kleine Berichtigung vorbringen. Es wurden heute die Beratungen im Hause dazu benutzt, den Wiederaufbau der Oper in der Debatte über die Gruppe Unterricht zu besprechen. Ich möchte feststellen, daß dies keine Angelegenheit des Unterrichtsressorts ist, sondern eine Angelegenheit des Handelsressorts.

Kaum an einem anderen Ressort haben alle Staatsbürger so gemeinsamen Anteil und so gemeinsames Interesse wie am Ressort des Unterrichtes, weil sie doch im wichtigsten Teil ihres Lebens, und das ist die Zeit ihrer Bildung und Reife, in engste Berührung mit diesem Ressort gekommen sind. Die Schule hat die Aufgabe, den Menschen mit den fürs Leben notwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten und im weiteren ihn für die Ergreifung eines Berufes zu befähigen.

Da in einem demokratischen Staat die Schule allen Lebensanforderungen seiner Staatsbürger Rechnung tragen muß, ist Objektivität die Grundforderung in Urteil und Führung für alle mit dem Unterrichtswesen beschäftigten Verantwortlichen. Diese Objektivität wollen wir auch bei der Beurteilung der Leistungen im Schulwesen anwenden, wobei gesunde Kritik immer am Platze ist und zu Positivem führt. Dies sei besonders an die Vertreter der linken Opposition gesagt.

Wenn sich heute hier der Abg. Fischer bemüßigt fühlt, das Unterrichtsbudget in den Kot zu zerren, mit Beschuldigungen vorzugehen und auch den Unterrichtsminister zu beschuldigen, daß er seine Pflicht nicht erfülle, daß er sich um das Schulwesen nicht kümmere, daß er die in Österreich zu bauenden Schulen nicht kenne, so möchte ich an die Zeit erinnern, da der Abg. Fischer selbst Staatssekretär für Unterrichtswesen war. Damals tat er eine Reise nach Freistadt in Oberösterreich, saß dort aber nur zu Tisch, er hat sich aber nicht verpflichtet gefühlt, das Schulgebäude zu besichtigen.

Unser Unterrichtsminister, dem wahrhaftig eine große Last gerade durch die Zertrümmerung unserer Heimat auf die Schulter geladen wurde, ist bemüht, bei jedem einzelnen Bauvorhaben persönlich nachzusehen, und wir konnten mit Staunen feststellen, wie er in seiner Rede im Unterrichtsausschuß über jeden einzelnen Fall genau orientiert war. Wahrhaft ein Musterbeispiel eines Ministers! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir müssen vielmehr anerkennen, daß gerade auf dem Gebiet des Schulwesens seit 1945 so viel geleistet wurde, wie kaum in einer Zeit vorher in Österreich (*neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*), mußte es sich doch besonders in den dichtest besiedelten Gebieten Österreichs buchstäblich aus den Trümmern und aus dem Nichts erheben. Eine zerstörte Heimat wurde in unsere Hände gegeben. Wieviel kam es da auf die Initiative der Lehrpersonen an, daß in vielen Schulen in den ersten Anfängen überhaupt unterrichtet werden konnte! Darum sei ihnen nach acht Jahren pflichtbewußter Arbeit hier besonderer Dank gesagt.

Die österreichische Erzieherschaft, wo immer sie steht, hat in beispielgebender staatsbürgerlicher Verantwortung und in bewunderungswertem Verständnis der Situation unserer Heimat Rechnung getragen, die ja nur durch die fremde Schuld in diese bedauernswerte, drückende Lage gekommen ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Gott sei Dank haben wir heute noch Menschen, die aus Idealismus arbeiten, sonst könnte sich niemals ein Volk aus den Trümmern seiner Erniedrigung erheben. Wir wissen aber, daß immer und überall gerade der Lehrstand zu jenen Berufen gehört, die zum Erfolg der Arbeit die ideale Grundlage brauchen.

Wieviel leisteten aber auch bisher Länder und Gemeinden, um den Wiederaufbau und den Neubau von Schulen zu ermöglichen und auch die notwendigen Lehrmittel hiezu zu beschaffen! Eine kurze Darstellung für das Land Niederösterreich, wie sie in ähnlichem Maße auch für die übrigen Bundesländer gilt, zeigt uns anschaulich die Leistungen auf diesem Gebiete und den Kulturwillen unseres Volkes:

Niederösterreich hat von 1946 bis 1948 in 85 Gemeinden Schulbauvorhaben mit 1.8 Millionen Schilling unterstützt. Seit der Schaffung eines Schulbaufonds im Jahre 1948 konnten bereits 55 1/2 Millionen an bisher insgesamt 482 Gemeinden bereitgestellt werden, mit denen bis heute 97 Bauvorhaben durchgeführt werden konnten. Besonders erwähnenswert sind für das Land Niederösterreich die seit 1945 errichteten 236 Landeskinderäte, von

## 960 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

denen 154 unter weltlicher und 82 unter geistlicher Leitung stehen. Da auch die geistlichen Landeskinderärten öffentliche Anstalten sind und die Schwestern den weltlichen Kindergärtnerinnen besoldungsrechtlich gleichgestellt sind — sie erhalten nur keine Pension —, ist hier die Subventionierung der konfessionellen Schulen gegeben.

Dem Bundesressort stehen für die Bautätigkeit leider nicht so viele Mittel zur Verfügung, daß es auch in diesem Ausmaß seiner großen Aufgabe nachkommen könnte. An Mittelschulen allein sind in den Bundesländern 68 Bauvorhaben notwendig. Mit Ausnützung aller Möglichkeiten wird man dieser Aufgabe nur schrittweise gerecht werden können. Wir appellieren hier an den Herrn Finanzminister und bitten ihn, irgendwelche finanzielle Möglichkeiten zu schaffen, sonst bräuchten wir nach dem eingeschlagenen Tempo noch mindestens zehn Jahre, um diese Bauvorhaben zu aktivieren.

Als Niederösterreicherin denke ich besonders an die Mittelschulen in Bruck an der Leitha, Amstetten und Gmünd; Zwettl wurde ja vom Unterrichtsminister bereits im Ausschuß bewilligt. Wie wir aus dem Munde des Herrn Ministers hören, sind Planungen für das kommende Jahr in einer schönen Anzahl schon aufgenommen. Die beiden Regierungsparteien haben schon erwogen, ob aus den reich fließenden Erträgnissen des Sporttotos nicht auch die Kultur ein wenig gespeist werden könnte. Heißt es doch: Nur in einem gesunden Körper kann ein gesunder Geist wohnen. Jawohl, aber der gesunde, vom Sport ertüchtigte Körper bildet nur die Voraussetzung für das Innewohnen des Geistes, nicht aber den Endzweck des Lebens. Jedenfalls wäre diese Verwendung eine dem ganzen Volke zukommende Kapitalsverwertung.

Auf dem Gebiete der Lehrbücher — das habe ich auch schon im Ausschuß erwähnt — mußte von Grund auf neu aufgebaut werden. Nicht weniger als 1000 verschiedene Lehrbücher konnten bisher geschaffen und über 5 Millionen Bücher abgesetzt werden. Bis auf wenige Arten wurden die Lehrbücher vollständig erneuert. Um die noch fehlenden Lehrbücher baldmöglichst zu schaffen, mußte man den zur Bearbeitung in Betracht kommenden Lehrpersonen durch eine Befreiung vom Unterricht auf die Dauer der Bearbeitung entgegenkommen, da ja leider eine finanzielle Entlohnung bei dem immer wieder knappen Budget nicht möglich ist, obwohl diese Lösung sicher mehr Anreiz zu einer besseren Leistung böte und auch begrüßens- und wünschenswert wäre.

Trotz des um 16 Prozent erhöhten Budgets der Kapitel 11 bis 13 gegenüber dem Jahre 1952

gleicht es infolge der steigenden Anforderungen und der immer noch zu geringen Dotierung des Unterrichtsbudgets einem heranwachsenden Jungen, dem sein Anzug von Jahr zu Jahr kürzer wird. Freilich muß das tägliche Brot gesichert sein, aber gleichzeitig muß dafür gesorgt werden, daß auch morgen verantwortungsbewußte Menschen im Staate leben, die imstande sind, in der Zukunft dem Volke das tägliche Brot zu sichern. Darum ist trotz aller berechtigten wirtschaftlichen Sorgen die Ertüchtigung des Nachwuchses die beste Vorsorge des Staates.

Durch die Folgen des Krieges und anderer Entwicklungseinflüsse nimmt die Erziehungsnot unserer Jugend immer mehr zu. Zerrüttete Familienverhältnisse, die Berufstätigkeit der Mütter usw. machen das Kind heute heimlos. Dieser für die geistige und moralische Entwicklung unserer Jugend gefährlichen Situation müßte von Staats wegen Abhilfe geschaffen werden. Diese Abhilfe bestünde in der Schaffung von Schülerinternaten. In solchen Mittelschülerinternaten fände die Jugend das, was heute das Elternhaus oft nicht mehr zu bieten in der Lage ist. Auch wäre an Orten mit Sprengelschulen, ob Haupt- oder Mittelschulen, eine Einrichtung zu schaffen, die die Fahrschüler untertags in den Schulen betreuen würde. Hier gilt der gesunde Grundsatz: Vorsorge ist besser als Fürsorge.

Eine für die bestehende Erziehungsnot unserer Jugend bedeutsame Einrichtung bilden die Bundeserziehungsanstalten, die sich eines immer größeren Zustromes erfreuen. Der Ausbau dieser Bundeserziehungsanstalten sowie die Neueinrichtung solcher in den verschiedenen Bundesländern wäre eine dringende Aufgabe unserer Tage. Die in diesen Anstalten durchgeführte Familienerziehung in Schülergruppen bietet die Möglichkeit, die Anstaltserziehung an die Familienerziehung anzulegen, ein moderner Grundsatz unserer heutigen Heimerziehung. Der große Andrang zu diesen Anstalten zeigt die Notwendigkeit dazu. Gegenwärtig muß zum Beispiel eine große Anzahl von Bewerbern von diesen Anstalten abgewiesen werden.

Besonders zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhang nochmals die einzige Bundeserziehungsanstalt für Mädchen in Schloß Traunsee. Es hat sich heute schon vor mir der Abg. Pfeifer ihrer angenommen, weil alle Abgeordneten dieses Hauses eine diesbezügliche Zuschrift erhalten haben; ich aber lege besonders vom Standpunkt der Mädchenerziehung großes Gewicht darauf. Die Raumausnutzung dieser Anstalt ist an der Grenze des Möglichen. Es wäre dringend erforderlich,

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 961

das Bauprojekt zur Erweiterung dieser Anstalt ehestens in Angriff zu nehmen. Die Elternschaft hat ein eigenes Aktionskomitee gebildet, um den Ausbau dieser Anstalt zu erreichen. Da diese Anstalt auch besonders zur Unterbringung von Schülerinnen aus familiärem Notstand dient, ist diese Forderung auch vom Standpunkt der Mädchenerziehung und der Forderung der Eltern aus mit allem Nachdruck zu unterstützen, und wir bitten den Herrn Minister, dies berücksichtigen zu wollen.

Ich will meine Ausführungen und Forderungen aus den Budgetberatungen im Ausschuß nicht wiederholen, doch glaube ich, heute noch einmal betonen zu müssen, daß eine Differenzierung der Lehrpläne der Mittel- und Hauptschulen unbedingt erforderlich ist, um den Hauptschulen ihren charakteristischen Zweck, die Vermittlung abgeschlossenen Wissens, wieder zu geben. Der Herr Abg. Dr. Neugebauer hat ja eben vor mir auf die Notwendigkeit dieses Schulbetriebes hingewiesen. Für die Hauptschule besteht doch bei der bestehenden Überfüllung der Mittelschulen nicht mehr die Notwendigkeit, in ihrem Lehrplan auf eventuelle Einzelfälle, in denen Schüler von der Hauptschule in die Mittelschule übertragen werden, Rücksicht zu nehmen, sondern sie hat die für diese Schule in Betracht kommende Jugend zu berücksichtigen, die sich dem Gewerbe, der Landwirtschaft und anderen manuellen Arbeiten zuwenden will. Diese Jugend soll aber ein in allen Unterrichtsfächern abgeschlossenes Wissen erhalten. Wir wollen, daß das zur Verhandlung stehende Schulgesetz dieser Notwendigkeit Rechnung trägt.

Es liegt auch im Interesse des gesamten Volkes, die Hauptschule zu fördern. Seit dem Kriegsende macht sich jedoch der Mangel an geprüften Hauptschullehrkräften besonders bemerkbar. Es ist nicht verwunderlich, daß sowohl Dr. Neugebauer als auch ich als Mitglieder des Unterrichtsausschusses dieselben Forderungen stellen, sitzen wir doch in der niederösterreichischen Lehrervorschlagskommission einander gegenüber. Wir haben gleichzeitig dieselbe Bemerkung getan und auf denselben Notstand hingewiesen.

Der Prozentsatz ungeprüfter Hauptschullehrer an den Hauptschulen steigt ständig. Die Ursache liegt in dem zu geringen Bezahlungsunterschied zwischen Volks- und Hauptschullehrern. Die Hauptschulzulage wurde kaum valorisiert. Welcher Volksschullehrer wird sich also unter diesen Umständen neben seiner vollen Lehrverpflichtung noch dem mühsamen zweijährigen Studium hingeben? Diese Übelstände müßten ehestens durch Erhöhung der Hauptschulzulage be-

hoben werden. Wir haben bei den einzelnen Ausschreibungen einen Mangel von 40 bis 60 Hauptschullehrern, also 40 bis 60 Hauptschullehrstellen bleiben jeweils ohne Bewerbung.

Wenn wir die Zeit des Provisoriums im Schulwesen gerecht beurteilen wollen, so müssen wir anerkennen, daß trotzdem viel Anerkennenswertes und Positives geleistet wurde, was bei den Beratungen eines endgültigen Schulgesetzes Berücksichtigung finden soll. So hat sich beispielsweise seit dem Jahre 1945 die Lehrerbildung günstig entwickelt. Die ehemalige Vorbereitungsklasse wurde zum ersten Jahrgang umgestaltet, Latein und Mathematik, aber auch alle anderen Gegenstände zur Hochschulreife ausgebaut. Somit wurde die Grundlage für eine Ideallösung der geschlossenen Lehrerbildung geschaffen. Wir sind durchaus dafür und begrüßen es, wenn in einer sechsjährigen Lehrerbildung besonders Latein und Mathematik wieder einer besseren Vertiefung zugeführt werden können, ohne daß die für den Beruf notwendige pädagogische und methodische Ausbildung darunter leidet. Wir müssen jedoch in Anbetracht der für diesen Beruf besonders notwendigen Vertiefung der Persönlichkeitsbildung des Lehrers zum Menschenbildner — und das ist der Lehrer, und er muß das auch in Zukunft bleiben — auf die geschlossene Lehrerbildung hinweisen, die den zukünftigen Lehrer ohne Unterbrechung in organischem Studiengang seiner Berufung zuführen muß.

Die Lehrerbildung sollte auch in der Zukunft mehr Rücksicht auf die Heranbildung des Mädchens zur Hausfrau und Mutter nehmen. Als Frauenvertreterin nehme ich daher die Budgetberatungen zum Anlaß, um die Forderung nach einer ausgeweiteten Heranbildung unserer Handarbeitslehrerinnen anzumelden.

Wenn unsere Mädchen heute die Schule verlassen, können sie dankenswerterweise wohl stenographieren und maschinschreiben und haben manche andere Fertigkeiten, aber in den seltensten Fällen können sie auch kochen und Kinder pflegen. Das ist ihnen im Zeitpunkt der Schulentlassung meistens fremd. In den seltensten Fällen lernen dies die Mädchen heute zu Hause. Wir haben ja vorhin schon erwähnt, daß wir oft zerrüttete Familienverhältnisse haben und eine Anzahl aus sozialen Bedrängnissen heraus berufstätige Mütter. Viele Ehen gehen heute aber auseinander, weil die junge Gattin keine gute Hausfrau ist.

Die Schule hat also das Mädchen in diesen für ihr Leben grundlegenden Kenntnissen zu unterweisen. Hiezu bedarf es aber einer Lehrkraft, die das Mädchen in all dem unterrichtet, was eine Mutter können muß. Das

## 962 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

wäre der neue Typ der Handarbeitslehrerin, die Hauswirtschaft und Kinderpflege in ihre Lehrverpflichtung aufzunehmen hätte. Gegenwärtig besteht nur eine einzige Bildungsanstalt für Handarbeitslehrerinnen in Salzburg. Für diese neue Form der Handarbeitslehrerinnenausbildung wurde bereits ein Versuchslehrplan aufgestellt, der in diesem Schuljahr in der eben genannten Bildungsanstalt probeweise angewendet wird. Der Zustrom zu diesem Lehrgang war über alles Erwarten groß. Wir sehen, daß diese Möglichkeit der fraulichen Weiterbildung größten Anklang findet.

Freilich hat diese Forderung nur dann Aussicht auf den notwendigen Erfolg, wenn zugleich unsere alte Forderung nach obligatem hauswirtschaftlichem Unterricht und Kleinkindpflege erfüllt wird. Jahrzehntealt ist der Kampf um den verbindlichen Hauswirtschaftsunterricht. Schier unbegreiflich scheint es, daß in dieser Hinsicht bis heute kein Erfolg zu verzeichnen war, umso mehr, als doch das männliche Geschlecht der Nutznießer guter Kochkunst ist.

Eine Statistik soll zeigen, wie es mit der Berücksichtigung dieser Forderung in den Bundesländern aussieht. Ich möchte hier nur einiges herausgreifen. Niederösterreich hat zum Beispiel für 10.976 austretende Mädchen 1076 Nähmaschinen und 226 Schulküchen, Oberösterreich für 9889 austretende Mädchen 701 Nähmaschinen und 111 Schulküchen, Burgenland für 2427 austretende Mädchen 143 Nähmaschinen und 18 Schulküchen, Vorarlberg für 1727 austretende 192 Nähmaschinen und 22 Schulküchen; Wien hingegen mit 10.625 austretenden Mädchen hat nur 432 Nähmaschinen und 35 Schulküchen; im Verhältnis zum Lande Vorarlberg ein verschwindender Anteil. Vergleicht man aber Wien mit Niederösterreich, das auf diesem Gebiet Vorkämpfer war, so ergibt sich bei gleicher Schülerzahl von rund 10.000 der Unterschied: 1076 Nähmaschinen in Niederösterreich stehen 432 in Wien und 226 Schulküchen in Niederösterreich 35 in Wien gegenüber. Ich glaube aber, daß die Wiener Mädchen auch kochen und nähen können müssen.

Wichtig ist, daß der Hauswirtschaftsunterricht nicht nur an Pflichtschulen, sondern auch an allen anderen Schulgattungen für Mädchen erteilt wird. Besondere Berücksichtigung und Förderung soll auch der Lebenswirtschaftsunterricht für weibliche Studierende finden, der an den Hochschulen erfolgreich begonnen wurde.

Ich möchte hier noch einen Zustand aufzeigen, der sich gerade bei den Mädchen-schulen leider entgegen unseren Wünschen

entwickelt. Die Forderung nach einer gewissen Gleichberechtigung der Frau auch im Berufsleben wird in den allerletzten Jahren wieder zurückgedrängt. Wir erleben es nicht nur bei den Ausschreibungen, sondern auch bei den provisorischen Besetzungen der Leiterstellen an Mädchenschulen immer wieder, daß männliche Bewerber eher berücksichtigt werden; ja es findet sich der sonderbare Zustand, daß sogar in gewerblichen und hauswirtschaftlichen Frauenberufsschulen männliche Bewerber bevorzugt werden. Dieser, ich möchte sagen, für uns Frauen bezeichnende Übelstand möge so bald als möglich beseitigt werden.

Wenn wir den Sinn der demokratischen Freiheit auf das Unterrichtswesen übertragen, so müssen wir auf Persönlichkeitsbildung und Persönlichkeitsentfaltung nach Eigenart, Fähigkeit und Begabung besonderen Wert legen. Jede Gleichschaltung und Uniformierung als Ausdruck des Kollektivs ist undemokratisch und wird von uns als den Vertretern der Volkspartei immer abgelehnt werden. So wie wir die Einheitsschule ablehnen, so lehnen wir die Erziehung zum gleichen Denken und zur gleichen Lebensgestaltung von Mann und Frau ab: (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mit Nachdruck fordern wir daher immer wieder Rücksichtnahme auf die Mädchenerziehung bei allen Schulgattungen und auf allen Schulstufen. In den reinen Mädchenschulen soll sich darum auch eine eigene Lehrplangestaltung nach den Anlagen und Aufgaben der Mädchen richten. Differenzierung ist ein Grundzug der persönlichen Freiheit und bedeutet für uns Fortschritt.

Ein weiterer unumstößlicher Grundsatz der demokratischen Freiheit ist das Recht der Eltern auf Erziehung und die damit zusammenhängende Berechtigung der Eltern zur Wahl der Schule für ihre Kinder. Wir wissen, daß sich gerade das Budget des Schulwesens aus den Steuergeldern rekrutiert und fast mit keinerlei Einnahmen rechnen kann. Personal- und Sachaufwand im Unterrichtswesen ergeben für jeden Schüler eine bestimmte Kopfquote, die ich in den Ausschußberatungen bereits erwähnt habe. Sie erreicht natürlich nicht den Tiefstand jener Kopfquote, die Nationalrat Fischer hier erwähnt hat, der sie mit zwei Straßenbahnfahrkarten verglichen hat. Im Gegenteil, die Kopfquote eines Pflichtschülers allein beträgt pro Jahr schon über 800 S, die bei Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten über 2000 S und ebensoviel jene bei Männer- und Frauenberufsschulen.

Die Eltern, die ihre Kinder in Privatschulen schicken, nehmen diese Kopfquote unter den schwersten Opfern auf sich und ersparen

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 963

dadurch dem Staat jährlich eine Summe von 54 Millionen Schilling. Diese Eltern müssen zu ihren Steuern, mit denen die öffentlichen Schulen erhalten werden, noch zusätzlich für ihre Kinder Schulgeld zahlen. Es entspricht daher dem Grundsatz der Gerechtigkeit, wenn bei den laufenden Verhandlungen über das Schulgesetz unserer Forderung nach Subventionierung der Privatschulen auch Rechnung getragen wird. Doch wie ich in Erfahrung brachte, ist in dieser Hinsicht bereits der Weg zur Einigung gefunden worden.

Hohes Haus! Eine Frage, glaube ich, berührt uns als Erziehungsverantwortliche alle gleich, das ist der schlechte Einfluß so mancher krimineller und moralisch tiefstehender, ja geradezu die Sittlichkeit unserer Jugend gefährdender Filmerzeugnisse. Immer dicker wälzt sich diese Schmutzflut durch die Massen unseres Volkes und vergiftet allmählich die gesamte Atmosphäre. Den meisten dieser Erzeugnisse ist doch nicht beizukommen, da sie sich geschickt zwischen den Paragraphen des Gesetzes zum Schutz gegen Schmutz und Schund bergen. Immer wieder kommt aus den Kreisen der Eltern und besorgter Mütter die dringende Bitte um Abschaffung der die Jugend gefährdenden Filme. Das Blindblocksystem verleitet unsere Kinobesitzer, wahllos die zugewiesenen Serienfilme zu spielen. Außerdem schleicht sich immer mehr die Gewohnheit ein, daß bei jugendfreien Filmen eine Vorschau von jugendverbotenen Filmen gegeben wird. Hier müßte zum Schutz unserer Jugend endlich Wandel geschaffen werden.

Wenn wir immer wieder von veralteten Gesetzen hier in diesem Hause sprechen hören, so müssen wir uns auch einmal das Filmgesetz ansehen, das vor 40 Jahren gemacht wurde, damals, als der Film erst im Entstehen war. Seither hat sich im Filmwesen so viel verändert wie kaum anderswo. Daher kommt es, daß viele Dinge, die im Filmwesen heute anzugehen wären, in diesem Filmgesetz nicht einmal enthalten sind. Eine Reform des Filmgesetzes ist daher eine dringende Notwendigkeit zum Schutze unserer Jugend.

Hohes Haus! Für unsere Generation als die überlebende nach dem unmenschlichsten aller Kriege ist unsere Jugend das kostbarste Gut, für das wir alle gemeinsam in Verantwortung an der Arbeit sein müssen. Menschen müssen wir gestalten, die morgen fähig sind, sozial zu handeln, wirtschaftliche Leistungen zu vollbringen, Kulturträger unseres Volkes zu sein, Menschen, die auch imstande sind, in unserem Österreich die nötige friedliche Atmosphäre zu schaffen, damit unserer Jugend das Schicksal unserer Generation erspart

bleibe. (*Beifall bei der ÖVP.*) Darum richten wir an unseren Herrn Finanzminister die Bitte, bei seiner Budgetaufstellung an unsere Kinder, an die Kinder unseres Volkes zu denken. (*Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.*)

Präsident Hartleb: Als nächster Redner ist zum Wort gemeldet die Frau Abg. Pollak. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Marianne Pollak: Hohes Haus! Bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, möchte ich einiges auf das erwähnen, was von den Herren und Damen der anderen Fraktionen hier vorgebracht worden ist.

Der Hauptredner der Österreichischen Volkspartei hat über die familienliebende Politik gesprochen, die seine Partei betreibt, und hat darauf hingewiesen, daß in Salzburg eine Familientagung stattgefunden hat. Ich möchte ihn daran erinnern, daß ungefähr ein halbes Jahr vorher das Frauen-Zentralkomitee der Partei, der ich selbst angehöre, eine Familientagung unter dem Leitmotiv „Mutter und Kind“ einberufen hat. Ich lade die Herren und Damen des Hauses ein, sich im Club der Sozialistischen Partei eine Broschüre, die dort aufliegt und die darüber Bericht erstattet, anzuschauen, denn sie stellt unter Beweis, daß wir Sozialisten wirklich aktive Familienpolitik betreiben. Wir haben auch andere Beweise, während der Herr Hauptredner und später einige andere von Dingen gesprochen haben, die nicht gerade familienfördernd sind.

Wenn etwa in einzelnen Bundesländern — das war insbesondere in der Monarchie der Fall — eine Lehrerin, die geheiratet hat, damit ihren Posten automatisch verlor, so kann man das nicht gerade als eine familienfördernde Maßnahme bezeichnen. (*Beifall bei den Sozialisten.* — Abg. Lola Solar: *Der Städtebund hat diesen Beschuß gefaßt!*) Frau Abg. Solar! Ich habe, während Sie sprachen, sehr aufmerksam zugehört, aber ich habe Sie nicht einziges Mal unterbrochen.

Der Hauptredner der Österreichischen Volkspartei hat als Beweis für die familienfördernde Politik gesagt: Wir fordern Familienwohnraum! Mir tut es leid, daß der erste Bürger unserer Stadt, der Herr Bürgermeister Jonas, jetzt nicht anwesend ist; es besteht ein großer Unterschied zwischen Ihnen und uns: Sie fordern Familienwohnraum — wir bauen ihn! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.* — Abg. Wallner: *Wer zahlt das?*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch etwas anderes sagen, und mir ist es mit dem, was ich jetzt spreche, sehr ernst. (*Abg. Polcar: Bisher war es Spaß?*) Das war kein Spaß! Herr Abg. Polcar, Sie sind ein außer-

## 964 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

ordentlich geistreicher Zwischenrufer! (Abg. Horn: *Das glaube ich! Wenn der einmal stirbt, braucht er keinen Geist aufzugeben, weil er keinen besitzt! — Heiterkeit.*)

Wissen Sie, meine Damen und Herren, worauf wir ... (Anhaltende Unruhe.) Ich möchte die Abgeordneten um etwas bitten: In der Lautstärke gibt es leider keine Gleichberechtigung. Wenn das ganze Haus spricht, so werde ich mich stimmlich nicht durchsetzen können. Ich will mich ehrlich bemühen, sachlich zu sein.

Was uns Frauen der Sozialistischen Partei am glücklichsten und stolzesten macht, das ist, daß durch 60 Jahre Politik unserer Bewegung das Antlitz des Arbeiterkindes geändert, geadelt worden ist. (Beifall bei der SPÖ.) Ohne jede Polemik und ohne jede Schärfe: Ich weiß nicht, ob auch das Antlitz des Dorfkindes, des Landarbeiterkindes, des kleinen armen Bauernkindes von Ihrer Partei so gründlich geändert worden ist. (Abg. Rosa Jochmann: *Leider noch nicht!*)

Und nun noch ein Wort zum Herrn Kollegen Reimann. (Zwischenrufe und lebhafte Unruhe.)

Präsident Hartleb (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, die Frau Rednerin nicht zu unterbrechen.

Abg. Marianne Pollak (*fortsetzend*): Ich bin in der angenehmen Lage, warten zu können, denn das wird ja nicht in meine Redezeit eingerechnet. (Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Reimann gehört zu den jüngsten, aber zu den am wenigsten bescheidenen Abgeordneten dieses Hauses. Ich hätte mich mit seinen Ausführungen nicht beschäftigt, wenn er nicht hier in diesem Haus — und es ist bisher unwidersprochen geblieben —, im Wiener Parlament, den Satz gesprochen hätte: Hitler ist unser Glück geworden. Er hat das gesagt, obgleich er weiß, daß es auf Kosten dieses Mannes geht, daß Millionen Menschen vergast wurden, daß Millionen Menschen zu Krüppeln geworden sind, daß hunderttausendfach Wohnraum zerbombt wurde. Dieser Satz des Herrn Abg. Reimann ist eine Ohrfeige in das Antlitz der von Hitler geschändeten Menschheit.

Und nun hat der Herr Abgeordnete außerdem eine Reihe von Forderungen gestellt. Er begibt sich da auf die gleiche Ebene wie die Opposition auf der anderen Seite des Hauses. Man kann sehr viel fordern, wenn man dafür nichts bezahlen muß. Er hat also verlangt, die Symphoniker sollten von der Gemeinde Wien als Stadtorchester übernommen werden. Diese Forderung übernimmt die Gemeinde Wien nicht, weil sie nicht gern pragmatisierte

Künstler hat. Aber sie will die Kunst fördern! Das Symphonikerorchester — und da bin ich ganz der Meinung des Herrn Abg. Reimann, der leider augenblicklich nicht im Saal ist — ist ein Stolz von Wien; es wird zur Gänze von der öffentlichen Hand erhalten, und zwar zu zwei Dritteln von der Gemeinde Wien und zu einem Drittel vom Bund. Die Subvention der Gemeinde Wien beträgt alljährlich 1,200.000 S.

Wenn der Herr Abgeordnete weiter sagte, daß die Gemeinde Wien oder das Land Wien — er hat das nicht sehr deutlich gemacht — das kleinste Kulturbudget hat, so möchte ich ihn darauf aufmerksam machen, daß nicht alle Kulturausgaben im Budget der Gemeinde Wien auf dem Ausgabensektor „Kultur“ aufscheinen. Ein paar Beispiele mögen dies beweisen: Ein Prozent der gesamten Bau summe wird im Jahr für die künstlerische Ausschmückung der Gemeindebauten verwendet. Das macht allein 7 Millionen aus! Wir müssen ferner zur Kenntnis nehmen, daß der ganze Schulsektor im Budget nicht unter die Kulturausgaben gehört. Für Schulen allein gibt die Gemeinde Wien ungefähr 137 Millionen Schilling aus. Sie sehen auch daraus, daß die Argumentation des Herrn Nationalrates Reimann danebengeht.

Aber das wichtigste Argument ist folgendes: Wo gibt es eine andere Großstadt als Wien, die vom Schulatlas, also vom teuersten Buch, bis hinunter zum billigsten alle Lehrmittel allen Kindern unterschiedslos ganz umsonst zur Verfügung stellt? (Beifall bei den Sozialisten.) Diese Leistung ist doch wohl etwas, was wir auf das Pluskonto der Gemeinde Wien buchen können.

Nun möchte ich mich ganz kurz etwas der Frau Abg. Solar zuwenden. Sie hat lobend vom niederösterreichischen Schulbaufonds gesprochen, und Sie wissen genau so wie ich, daß der Schulbaufonds auf Initiative meines Parteifreundes, des sozialistischen Landeshauptmannstellvertreters Popp ins Leben gerufen worden ist. Die Mär geht — ich sitze nicht im niederösterreichischen Landtag, aber man hört so munkeln —, daß Ihre Parteifreunde im niederösterreichischen Landtag ziemlich oft gegen diesen Schulbaufonds im Landtag auftreten.

Und was die von der Rednerin erwähnten Nähmaschinen betrifft, so ist es wahrscheinlich wahr, daß im Verhältnis zu kleinen Gemeinden in Wien weniger Schulnähmaschinen vorhanden sind, aber die einzelnen Nähmaschinen werden in einer großen Schule viel intensiver ausgenutzt als in einer kleinen Gemeinde, wo sie tagelang unbenutzt stehen.

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 965

Auf die Koedukation, Frau Abgeordnete, kann ich heute zu meinem großen Leidwesen nicht zu sprechen kommen. Da sind wir wirklich Antipoden. Es würde zuviel Zeit wegnehmen. Nur eines: Ich bin nicht für eine Aufgliederung der Lehrpläne streng nach Geschlechtern, sondern nach Begabungen. Ich kann mir nämlich sehr gut vorstellen, daß es Mädchen mit einer, wie man allgemein meint, männlichen Begabung gibt, die sich also mehr für reale Fächer interessieren, und umgekehrt auch Knaben, die eine Vorliebe für Fächer haben, die altmodischerweise Mädchen zugeschrieben werden.

Aber jetzt zu meinem eigenen Referat, zu meinem eigenen Beitrag zu dieser Debatte. Ich war jüngst auf einer Lehrertagung, und da hat einer der Teilnehmer von der tristen Erziehungssituation unserer Zeit gesprochen. Es mag ein trauriger Trost sein, daß diese triste Erziehungssituation nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen Welt infolge der beiden Weltkriege und der Faschismen festzustellen ist. Aber diese Feststellung wäre unvollständig, wenn wir ihr nicht eine zweite hinzufügten. Ich glaube nämlich, daß es für die Erziehungssituation eines Landes nicht nur entscheidend ist, wie viele geistige Spitzenleistungen in diesem Volk zu verzeichnen sind. Österreich steht in der Reihe der Nobelpreisträger sehr, sehr weit voran. Zu der Erziehungssituation eines Landes gehört auch die allgemeine Geisteshaltung seines Volkes. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Wie nimmt der einzelne Staatsbürger teil an der Demokratie? Wie verhält er sich zu den öffentlichen Geschehnissen? Interessieren sie ihn?

In diesem Zusammenhang hat mich die Gründung des Österreichischen Bundesjugendringes außerordentlich gefreut. Wir haben erst vor wenigen Tagen in den Zeitungen davon gelesen. Das ist ein Boden, auf dem die Jugend, quer durch die Parteien und die Klassen, einander kennenlernen. Hier ist eine Gelegenheit, aktive Demokratie zu lernen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich jetzt sage, daß der kleine Bub, das kleine Mädel die Zellen des Staates sind, daß man schon in den kleinen Kindern den kommenden Staatsbürger, den kommenden Demokraten erziehen soll, so werden Sie sagen: Was erzählt sie uns da? Das sind doch Axiome, das sind doch Selbstverständlichkeiten! Eben diesen Selbstverständlichkeiten möchte ich gerade hier im Haus der österreichischen Volksvertretung eine tiefere Bedeutung geben. Ich weiß nicht, ob die Damen und Herren wissen, daß die österreichische Schule zu 56,7 Prozent niedrig organisiert ist. Das heißt, daß wir etwa in drei Klassen acht Jahrgänge

haben; und je weiter wir hinein in die kleinen Dörfer kommen, desto öfter wird es vorkommen, daß vielleicht gar keine drei Zimmer, sondern gar nur zwei oder ein Klassenzimmer zur Verfügung steht. Nun vertrete ich aber die Ansicht, daß der gebildete Bauer ebenso zu der Erziehungssituation und zu der geistigen Haltung eines Volkes gehört wie der gebildete Arbeiter. (Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!) Ich sehe ganz davon ab, wie außerordentlich wichtig der gebildete Bauer für eine Modernisierung der Agrikultur ist, ich sage nur: Wenn wir den gebildeten Bauern haben, dann weiß er auch viel besser, was in der Welt vorgeht; je mehr wir ihn geistig schulen, desto größer wird auch sein geistiger Hunger werden.

Mein Parteifreund Dr. Zechner hat über das Reichsvolksschulgesetz gesprochen und hat den gegenwärtigen Herrn Unterrichtsminister darauf aufmerksam gemacht, daß die Manen des geistigen Vaters dieses Gesetzes ihn ehrgeizig machen sollten. Ich habe in einer Broschüre einen Teil der Debatte nachgelesen, die damals vor 84 Jahren über das Reichsvolksschulgesetz im Reichsrat abgeführt worden ist. Damals hat ein Tiroler Universitätsprofessor, der dem geistlichen Stande angehörte, Pater Greuter, im Reichsrat folgendes gesagt: Es sei eine krankhafte Anschauung, daß eine so intensive Lehrerbildung Bedürfnis für den Unterricht der Kinder in irgendeinem entlegenen Talwinkel sei.

Die Herren von der Volkspartei werfen uns, den Sozialisten, doch immer Materialismus vor. Wie klingt jetzt aber das aus dem Munde eines anderen geistlichen Tiroler Professors, des Herrn Dr. Jäger, aus jener Debatte? Horchen Sie einmal: Wenn man den Lehrern so hohe Begriffe von ihrem Beruf und ihrer Stellung beibringt, würden sie materielle Forderungen stellen und diese steigern, und damit würden Hunderte, ja Tausende von mißvergnügten Lehrern geschaffen.

„Mißvergnügte Lehrer“? Ich glaube, jeder unterbezahlte Qualitätsarbeiter ist mißvergnügt. Und darum lade ich den Herrn Unterrichtsminister ein, sich schon am 2. Jänner 1954 mit dem Herrn Finanzminister ins Einvernehmen zu setzen, damit er rechtzeitig dafür vorsorgt, in das Kulturbudget — und vor allem für den Budgetposten „Lehrergehälter aller Kategorien“ — eine höhere Summe einzusetzen, denn wir sind uns doch ganz im klaren: Was wir heute zu dem diesmaligen Budget sagen, ist post festum gesprochen, ist zu spät. Wir melden also schon heute die Gehaltsforderungen der Lehrer für das Budget des kommenden Jahres an.

Und nun frage ich das Hohe Haus: Wie kann die österreichische Schule am besten zu

## 966 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

der modernen, fortschrittlichen Geisteshaltung des Volkes beitragen? Erstens, wenn in einem Klassenzimmer Vertreter aller Klassen zusammenkommen, einander kennen lernen und dadurch einander achten lernen, zweitens, wenn wir einen Lehrplan haben, der der heutigen Zeit angepaßt ist, und drittens, wenn wir einen Unterricht haben, der lebensnah ist. Ad 1: Das Zusammenführen der Kinder aller Klassen nennen die Pädagogen soziale Koedukation. Die Frau Abg. Solar ist nicht da, ich brauche also bei der Verwendung des Wortes Koedukation nicht so vorsichtig zu sein. Glauben Sie mir: die soziale Koedukation ist außerordentlich wichtig.

In der gleichen Broschüre, von der ich früher gesprochen habe — ihr Autor ist Hofrat Hans Fischl, einer der Männer, der die österreichischen Schulgesetze am besten kennt und die fortschrittliche Staatsschule am leidenschaftlichsten liebt —, sagt der Verfasser: „Wie kommt es, daß die Mittelschule nach Herkunft ihrer Schüler nicht annähernd ein Spiegelbild der sozialen Schichtung unserer Bevölkerung darstellt?“ Und er fragt weiter: „Was hält die Eltern aus den Kreisen der Arbeiter und Bauern, der kleinen Gewerbetreibenden wie der kleinen Leute überhaupt ab, auch gut begabte Kinder der Mittelschule anzuvertrauen und ihnen damit Berufsmöglichkeiten zu erschließen, die allein den Abgängern von Mittel- und Hochschulen zugänglich sind?“ Die Antwort ist leicht. Das Schulgeld? — Das ist das schwächste Argument. Denn ich glaube, 90 S im Jahr — mit den vielen Möglichkeiten der Ermäßigung — sind weiten Kreisen der Bevölkerung noch tragbar. Aber für die hohen Kosten der Lernmittel stimmt das schon nicht mehr, ebenso nicht für das Fehlen erschwinglicher guter Internate.

Was nun die Stipendien betrifft, erlaube ich mir, dem Herrn Unterrichtsminister heute von hier aus etwas zu sagen, was mir außerordentlich wichtig erscheint. Ich glaube nämlich, daß die Grundsätze, nach denen Stipendien erteilt werden, geändert werden müßten. Stipendien sollen an weniger Kinder und Schüler erteilt werden, aber diesen wenigen Kindern soll man höhere Stipendien geben. Denn es ist ganz unmöglich, mit den niedrigen Sätzen der Stipendien den Kindern unbemittelten Familien das Studium zu ermöglichen oder auch nur zu erleichtern.

Und nun zu den Lernmitteln. Es gibt reichere Länder, die die Lernmittel nicht nur den Pflichtschülern, sondern auch den Mittelschülern kostenlos geben. Bei uns ist das noch nicht möglich. Aber ich habe mir herausschreiben lassen, was die Bücher in

einer ersten Mittelschulkasse kosten. Die elf deutschsprachigen Bücher kosten 274,70 S, mit dem dazu noch nötigen Lehrbuch für eine oder zwei Fremdsprachen macht es zusammen 300 S aus. Das ist natürlich eine ungeheure Summe für kleine Leute.

Was noch weiter behindernd wirkt, ist der Mangel an Internaten. Ich sage Ihnen ganz aufrichtig, meine Herren und Damen von der Volkspartei, daß die Wichtigkeit dieses Problems nicht einmal bei uns voll verstanden wird. Ich glaube, die Zeit, in der man davon sprach, daß Internate, „Pensionate“, nur ein Problem der besitzenden Kreise sind, ist längst vorüber; denn der kleine Mann in der kleinen Stadt oder im Dorfe kann sein Kind nur dann in die Mittelschule schicken — denken Sie an Salzburg, wo nur eine einzige Mittelschule ist —, wenn in der Hauptstadt des Landes ein Internat zu erschwinglichen Preisen besteht, das pädagogisch so geführt wird, daß man sich darauf verlassen kann. Und hier sage ich in aller Offenheit: Es ist auf die Dauer unerträglich, daß es solche Internate nur für eine Geistesrichtung gibt! Deswegen fordere ich, daß der Staat endlich daran gehen soll, staatliche Internate für Kinder zu schaffen, denen es nicht möglich ist, eine solche höhere Schule am Wohnort ihrer Eltern zu besuchen.

Wenn ich früher gesagt habe — vielmehr zitierte —, daß die Mittelschule im großen und ganzen von den Mittelklassen und den oberen Klassen besucht wird, dann müssen wir hier doch auch feststellen: Es ist in einer Demokratie unerträglich, daß ihre Richter und ihre Rechtsanwälte, ihre Beamten und ihre Lehrer nicht aus dem Volksganzen geschöpft werden, sondern nur aus den besitzenden Klassen. Das starre Festhalten an gewissen Schultypen ist, wie ich glaube, auf folgendes zurückzuführen: Es ist ein Festhalten aus Klassendunkel, den Menschen gewisser Kreise ist es ein Dorn im Auge, daß — um einen mir bekannten Fall anzuführen — der Sohn eines kleinen Landarbeiters aus Oberösterreich einer der führenden Internisten und Röntgenologen Österreichs geworden ist. Wenn ich Ihnen erzähle, mit welch grauenhaften Opfern an persönlicher Jugend dieser Mann — er lebt nicht mehr — dies zuwege gebracht hat, dann wüßten Sie, welches Ausleseprinzip ich hier anprangere.

Das führt uns aber schon zur nächsten Forderung: Der Lehrplan muß unserer Zeit angepaßt sein! Die Wirtschaft — Sie wissen, daß die Unternehmer so bescheiden sind, immer zu sagen, die „Wirtschaft“, das seien sie —, also die Wirtschaft beklagt es, daß die Hauptschule zuwenig berufsnahe sei. Das stimmt in einem gewissen Ausmaß; deswegen hat man

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 967

ja auch das neunte Schuljahr zu einer Berufsvorbereitung gestaltet. Aber viel lebensfremder und berufs-fremder ist doch das humanistische Gymnasium. Mein Parteifreund Dr. Zechner hat über diesen Schultypus gesprochen, und wenn ich jetzt daran anknüpfe und etwas über das humanistische Gymnasium sage, so bitte ich die Herren und Damen, nicht etwa zu glauben, daß da der „Neid der besitzlosen Klasse“ aus mir spricht, denn ich selber habe keine Mittelschule besucht, sondern nur die Volks- und Bürgerschule. Aber ich erfasse doch die Schönheit der antiken Kunst und ich ahne die Schönheit der antiken Dichtung und der antiken Philosophie. Soweit ich weiß, heißt „human“ „menschlich“. Als ich im Fremdwörterbuch nachgeschaut habe, was unter „Humanismus“ zu verstehen ist, las ich, das sei „jene Erziehung und jenes Unterrichtswesen, das die höhere Menschenbildung vorzugsweise auf die Erlernung der alten Sprachen und ihrer Literatur aufbaut“. Und jetzt passen Sie wohl auf! Weiter steht dort: „Humanismus“ im Gegensatz zu „Philanthropinismus“. Also blättere ich weiter, um mich aufzuklären zu lassen, was „Philanthropinismus“ bedeutet. Das ist die Bildung der Zöglinge zu „praktischen, lebensfrohen und wohlwollenden Menschen“, die dies zum „Mittelpunkt der Erziehung“ macht. Wenn also „human“ „menschlich“ heißt, so müßten wir eigentlich ein „philanthropinistisches“ Gymnasium, nämlich ein Gymnasium anstreben, in dessen Mittelpunkt der Mensch und die Menschlichkeit stehen. Diese Forderung stelle ich für die Tafelklasse bis hinauf zur Promotion. Denn das, was wir in Österreich am meisten brauchen — in diesem durch politisch unglückliche Verhältnisse so sehr zerrissenem Lande —, das sind praktische, lebensfrohe, wohlwollende Menschen in allen Klassen und an allen Stellen, vom Schuldiener bis zum Herrn Unterrichtsminister! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben im österreichischen Unterrichtswesen eine Entwicklung zu verzeichnen, die von der Lernschule in der Monarchie zur Arbeitsschule in der Ersten Republik führt. Heute haben wir zum erstenmal hier im Hause aus dem Munde eines Gegners ein Lob unseres toten Freundes Otto Glöckel gehört, was uns sehr glücklich gemacht hat. Von der Arbeitsschule geht es weiter zur Erziehungsschule in der Zweiten Republik. Wir stehen vor den ersten Ansätzen dieser Erziehungsschule.

Hier stellt sich uns die Frage: Was ist wichtiger: Leistungssteigerung oder Charakterbildung? Meine Damen und Herren! Wir haben heute einen Lehrplan der Mittelschulen mit 14 Fächern und 40 Wochenstunden!

Ich bitte Sie, horchen Sie doch einmal in das Volk hinein, hören Sie, was die Eltern von der Überlastung ihrer Söhne und Töchter, die Mittelschüler sind, sagen. Es ist unmöglich, daß ein Kind 40 Stunden lang das aufnimmt, was ihm die verschiedenen Professoren zu sagen haben. Mein Freund Zechner hat recht gehabt, man müßte auch eine Stunde „Atemschöpfen“ in den Unterricht einfügen.

Es gibt da zwei nationale Extreme, die ich beide aus eigener Anschauung kenne. Es sind die amerikanische Schule: Charakterbildung, das heißt, den selbständigen Menschen, sich einordnend in die Gemeinschaft, und ihr gegenüber die französische Schule: Wissensstoff, Wissensstoff, Wissensstoff! und die Hinbildung auf das logische Denken-Können. Ich glaube nun nicht, daß es da für die österreichische Schule ein Entweder-Oder gibt. Wir haben nur die Aufgabe, sehr genau und weise abzuwählen. Jeder Jugendbildner und vor allem der für alle Verantwortliche im Ministerium müßte sich fragen, was das Primäre ist: der Charakter oder die Leistungssteigerung? Ich glaube, daß wir viel zuviel an Traditionsstoff — „Historismus“ heißt diese Richtung — mitschleppen in einer Zeit, in der die Wissenschaft ständig im Wandel begriffen ist und man also immer wieder neuen Lernstoff dazupicken muß.

Es handelt sich also darum, den Stoff zu sichten und durch diese Sichtung des Stoffes in Kern- und in Wahlfächer das Lernen der Kinder und das Lehren der Lehrer leichter zu machen.

Aber wenn wir von einem „lebensnahen Unterricht“ sprechen, dann sollten wir noch etwas nicht vergessen, was mich persönlich erschüttert hat. Ich habe nämlich, als ich Material für diese Rede vorbereitete, erfahren müssen, daß fast ein Drittel der Pflichtschullehrer Österreichs jünger als 30 Jahre ist, das heißt, daß über 12.000 dieser Männer und Frauen im Jahre 1934 — und damals hörte für uns Sozialisten die Demokratie auf — höchstens elf Jahre alt waren. Diese Menschen haben niemals als denkende Geschöpfe die Demokratie erlebt. Es wäre daher eine dringende Forderung, die auch verwirklichbar sein müßte, Kurse über Staatsbürgerkunde für Lehrer einzurichten.

Der Herr Abg. Fischer, mit dem ich mich sonst nicht auseinandersetze, hat in seinem Referat vor wenigen Tagen — wie ich glaube, mit Recht — gesagt, daß die direkte Fragestellung an den Minister eine Verlebendigung der Demokratie bedeute. Damit hat er recht, aber es ist eine namenlose Heuchelei, wenn er das sagt, denn er weiß sehr wohl, daß eine direkte Fragestellung dort, wo seinesgleichen

## 968 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

unkontrolliert und ohne jede Oppositionsgefährdung regiert, unmittelbar nach Sibirien oder ins Zwangslager führt. Trotzdem sage ich zu dem Herrn Abg. Fischer: Ich lade Sie ein, folgende direkte Frage an den ungarischen Justizminister zu richten: Wo ist Anna Kéthly? (Beifall bei den Sozialisten.) Den Herren und Damen der anderen Fraktion will ich sagen, daß Anna Kéthly eine der bedeutendsten sozialdemokratischen Kämpferinnen Ungarns ist, eine edle Frau aus dem Arbeiterstande, eine Frau, die ins Ausland hätte gehen können, die aber bei ihren Arbeitern geblieben ist; eine leidenschaftliche Demokratin, die Vorsitzende-Stellvertreterin des ungarischen Parlaments, als es noch ein solches gegeben hat, und die „verschwunden“ ist. Da hätten wir also die Möglichkeit einer solchen direkten Frage, und wir wären dem Herrn Abg. Fischer, wie gesagt, sehr dankbar, wenn er uns Auskunft gäbe, denn wir lieben Anna Kéthly und vermissen sie schmerzlich!

Die Herren und Damen dieses Hauses haben vor wenigen Tagen einer Frau besonders applaudiert, meiner Freundin Marie Emhart aus Bischofshofen in Salzburg. Sind Sie sich dessen bewußt geworden, welchem Erziehungsprodukt Sie Beifall geklatscht haben? Vor etwa 60 Jahren entstand die Sozialdemokratische Partei. Sehr viele, auch geistig hochstehende Menschen vermeinen, ihr einziges Plus in der Geschichte sei die Schöpfung der gewerkschaftlichen Organisation und der Aufbau der Sozialpolitik, des Sozialrechts, des Sozialschutzes, sie wissen viel zuwenig davon, daß gerade in diesem Österreich, in dem die oberste Schulbehörde jedem Fortschritt so sehr verschlossen war, die Arbeiterbewegung in ihren eigenen Reihen fast so etwas wie ein zweites Schulsystem entwickelt hat: die Arbeiterbildung! Und sehen Sie, das war eine „philanthropistische Bildung“, in deren Mittelpunkt der Mensch stand. Welche Schüler wir darin großgezogen haben bis zur Hochschule der Politik, das hat Ihnen Marie Emhart vor einigen Tagen gezeigt.

Wir haben aber auch einen anderen Arbeitervertreter während der Budgetdebatte sprechen gehört, unseren Kollegen Dengler. Und er hat einem „Ersten April“ eine Apotheose gesungen. Dieser Erste April auf der Filmleinwand war dem Schein nach in das Jahr 2000 vorverlegt, aber in Wahrheit war dies ein verstaubter Erster April: Türkensbelagerung, Habsburger Hochzeit, Kapuzinergruft. Und dazu möchte ich auch etwas sagen:

Ihr von der Volkspartei habt kein Recht, Tradition und Vaterlandsliebe in Beschlag zu nehmen. Die österreichischen Sozialdemokraten bis 1934, die österreichischen Sozialisten

seit 1945 haben wiederholt bewiesen, wie leidenschaftlich sie dieses Österreich, seine Verfassung, seine Freiheit, seine Demokratie und nicht zuletzt seine Seen, seine Wälder und seine Kulturdenkmäler lieben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Ebenbichler: 1927!) Ich will auf diesen Zwischenruf antworten. (Abg. Dr. Misch: Welcher Kasper hat denn da geredet? — Zwischenrufe.) Es war unmittelbare Antwort auf ein wirklich verzweifelt zerstörtes Rechtsbewußtsein der österreichischen Arbeiter, weil einem absolut eindeutigen Mord ein Freispruch folgte.

Meine Damen und Herren! Sie werden es mir vielleicht nicht glauben: Aber es war das erste und das einzige Mal, daß unsere Führer in der vorangegangenen Nacht unterlassen hatten, die Führung an sich zu reißen. Es war also eine völlig spontane Demonstration, und daß die Menschen, die das erkannt haben ... (Zwischenruf bei der ÖVP: Linzer Programm!) Ach du mein Gott! Herr Abgeordneter Dengler! Ich habe Ihrem Sohn das Linzer Programm geschickt, weil wir in Stockholm in der österreichischen Gesandtschaft darüber gesprochen haben. Ich habe ihm die Stellen angezeichnet, weil ich glaube, ein österreichischer Diplomat müßte ein Dokument, über das er so spricht, erst gelesen haben. Der junge Herr hat mir nicht einmal den Empfang bestätigt. (Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen nicht gelingen, in diesem österreichischen Parlament oder, wie ich sagen darf, in der österreichischen Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, daß der österreichische Arbeiter sein Vaterland nicht liebt. (Andauernde Zwischenrufe des Abg. Dengler.)

Präsident Hartleb (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, die Rednerin nicht zu unterbrechen.

Abg. Marianne Pollak (fortsetzend): Ich komme gleich zu dem, Herr Abg. Dengler, was Sie jetzt gesagt haben, ich muß nur warten, bis Sie ausgesprochen haben, weil ich Sie nicht überschreien kann. Ich will nämlich ... (Abg. Dengler: Wir können ja ein Zwiegespräch halten!) Das machen wir nachher.

In seinem nachgelassenen Werk „Wandlungen der modernen Gesellschaft“ sagt Karl Renner, es habe einmal eine Zeit gegeben, in der der Arbeiter nichts zu verlieren hatte als seine Ketten. Heute hat der österreichische Arbeiter mehr, viel mehr zu verlieren als seine Ketten, weil dieses Österreich kein Nachtwächterstaat mehr ist, an dessen Grenzen, nämlich bei Bodenbach, die Sozial-

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 969

politik aufhört. Der österreichische Arbeiter weiß, daß Österreich heute ein Haus ist, das in steigendem Ausmaße Wohnraum und Lebensraum auch für ihn bereitstellt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ganz zum Schluß zu diesem Kapitel noch ein Wort über die Berufsnähe der Hauptschule. Ich komme noch einmal darauf zurück, weil ich früher vergaß, dies einzufügen. Wir haben in Wien ein Pädagogisches Institut, und dieses Pädagogische Institut hat als Hörer die besten Lehrer, die für ihr Fach weitergebildet werden sollen. Um sie berufsnäher zu machen, hat der Direktor des Institutes eine Rundfahrt durch die verstaatlichten Betriebe angeregt. Zuerst wurde eine Vortragsreihe veranstaltet, der der Minister für verstaatlichte Betriebe vorstand und bei der Direktoren der verstaatlichten Betriebe als Referenten sprachen; und dann ist die Rundfahrt durchgeführt worden. Das Ministerium für verstaatlichte Betriebe hat für diese Aktion 10.000 S gespendet, die Gewerkschaften haben einen Betrag von 120 S pro Kopf bereitgestellt, und die Betriebe, die besucht wurden, haben die Damen und Herren, die gekommen sind, als Gäste empfangen. Eine Stelle allerdings, das Unterrichtsministerium, hat sich geweigert, etwas beizutragen; ich glaube, wir erraten, warum. Aber ich würde den Herrn Unterrichtsminister bitten, die Teilnehmer dieser Rundfahrt, die seiner Gesinnung angehören, zu fragen, ob sie nicht hell begeistert waren. Denn das hat sie in das Herz der österreichischen Wirtschaft geführt. Nächstes Jahr kommen andere, wahrscheinlich auch private Betriebe, an die Reihe. Ist es möglich, ist es erklärlich und ist es entschuldbar, daß das Unterrichtsministerium bei solchem Anlaß so engherzig ist? Weil es sich um verstaatlichte Betriebe handelt, ist diese außerordentlich gegückte Einführung nicht gefördert worden. (Zwischenrufe bei der Volkspartei. — Gegenrufe bei den Sozialisten.)

Und jetzt, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir bitte, zum Schluß noch über etwas zu sprechen, womit ich fürchte, noch größeren Widerspruch zu erregen. Ich möchte nämlich über die Stellung der Frau im Unterrichtssektor sprechen, und ich glaube, ich werde da nicht viel Widerhall finden. Denn wir haben es hier, wenn ich in der Sprache des Kapitels verbleiben soll, das wir gerade behandeln, nicht mit einem koedukativ geführten Parlament, sondern mit einem Männerparlament zu tun, zu dem zehn weibliche Abgeordnete zugelassen sind. (Abg. Machunze: Aber Sie sind doch frei gewählt, Frau Kollegin!) Na ja, aber Sie

wissen doch auch, wie ... (Heiterkeit) — aber das wollen wir hier nicht zur Diskussion stellen.

Ich hätte auch einen anderen Sektor auswählen können, der noch weit wirkungsvoller gewesen wäre, nämlich den der Justiz. Aber das hätte mir einen berechtigten Ordnungsruf des Herrn Präsidenten eingebracht: Im Justizsektor gibt es einen Numerus clausus für Frauen, wie er engherziger, grausamer und rückständiger überhaupt nicht sein könnte.

Halten wir uns also an den Unterrichtssektor. Da müssen wir zwei Dinge feststellen. Erstens: Erziehen und unterrichten ist eine eminent weibliche Beschäftigung. Kein Mann kann sagen, daß es gegen den Geschlechtscharakter der Frau geht, wenn sie den Beruf einer Erzieherin oder Lehrerin ausübt. Und zweitens: Die Volkszählung zeigt, daß wir in Österreich fast ganz genau so viel Knaben wie Mädchen haben, nämlich 423.981 Knaben und 419.851 Mädchen. Trotzdem sind die geringen Aufstiegsmöglichkeiten in diesem Sektor weitgehend dem männlichen Geschlecht vorbehalten.

Lassen Sie mich mit den Mittelschulen beginnen; und dies aus einem ganz bestimmten Grund. Es gibt unter den 138 Mittelschulen 28 staatliche Mädchen-Mittelschulen. Davon sind 12 in Wien, die alle ausnahmslos Frauen als Leiterinnen haben. Je weiter wir aber von Wien weggehen, desto vermännlicher wird die Angelegenheit. In Kärnten — null, in Oberösterreich — null, in Salzburg — null, in Tirol — null. Wir sind wirklich den Wiener Behörden dankbar, daß sie die Frauen an diese Stelle gesetzt haben. Ich muß nur in aller Ehrlichkeit sagen, daß es bei den Pflichtschulen lange nicht so günstig steht. Bei den koedukativ geführten Schulen ist eine überwiegende, eine überwältigende Mehrzahl von Männern Schulleiter.

Ich stelle weiter fest: Wir haben keinen einzigen Landesschulinspektor weiblichen Geschlechtes in Österreich, es gibt keine Frau an maßgeblicher Stelle im Ministerium, sagen wir in der schulwissenschaftlichen Abteilung, in der dienstrechtlichen Abteilung, in der Abteilung für pädagogische Angelegenheiten der Mittelschulen.

Aber die Herren können auch sehr galant sein, sehr galant! Wenn es sich nämlich um eine Qualifikationsarbeit bei schlechter Bezahlung ohne Aufstiegsmöglichkeit handelt, dann geben sie den Frauen wirklich reizenderweise den Vorzug. Als Beispiel möchte ich hier die Sonderschulen nennen. Jeder Pädagoge

## 970 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

weiß, daß die Arbeit an Sonderschulen höchste Qualifikation erfordert. Und nun hören Sie sich einmal an, wer dort unterrichtet: Im Burgenland 1 Mann, 2 Frauen, in Kärnten 11 Männer, 15 Frauen, in der Steiermark 17 Männer, 48 Frauen, in Tirol 9 Männer, 35 Frauen, in Wien 221 Männer, 288 Frauen. Wenn ich, ganz zum Schluß, jetzt noch etwas zugunsten der Frauen sage, so bitte ich, das nicht zu unterschätzen; es ist die Qualifikation im Studium. In der Ausschus debatte hat der Herr Unterrichtsminister in einer sehr netten Weise, auf „die Damen im Parlament“ hinweisend, gesagt, daß unter den fünf Studierenden, die „sub auspiciis Praesidentis“ promoviert haben, zwei Frauen waren. Das entspricht 40 Prozent der Studierenden bei nur 20 Prozent Anteil der weiblichen Studierenden an allen Hochschulen. Das heißt, sie stehen doppelt so stark bei der Leistung, halb so stark aber bei der Beteiligung am Studium.

Ich glaube also, hier sollte ich als weibliche Abgeordnete die Bitte an den Herrn Unterrichtsminister stellen, er möge doch bei Anstellung und Beförderung die Konsequenzen aus dieser Leistung ziehen! Und ich schließe mit der Mahnung: Die Gewährung des Frauenwahlrechtes soll nicht das Ende, sondern der Anfang der Gleichberechtigung sein! (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

**Präsident Hartleb:** Als nächster Redner kontra kommt der Herr Abg. Reimann zum Wort.

**Abg. Dr. Reimann:** Meine Damen und Herren! Ich mußte mich zum Worte melden, weil ich feststellen konnte, daß einige Mitglieder dieses Hauses nur sehr schwer begreifen. (Heiterkeit bei den Unabhängigen.)

Frau Pollak, deren sachliche und kultivierte Art zu sprechen ich sonst sehr schätze, hat behauptet, ich hätte gesagt, Adolf Hitler sei ein Glück gewesen. (Abg. Rosa Jochmann: Jawohl, das haben Sie auch gesagt!) Nun können Sie aus dem Radio heute leicht feststellen — und da gibt es ja keinen Irrtum —, wie ich mich ausgedrückt habe. Ich habe gesagt: Adolf Hitler ist direkt ein Glück für Sie gewesen, weil Sie Ihr Versagen immer wieder ihm aufbürden können. So habe ich mich ausgedrückt. Nun, ich glaube, das ist doch ein ganz wesentlicher und grundsätzlicher Unterschied.

Was meine Jugend anlangt, so möchte ich sagen, daß ich eigentlich traurig bin, nicht noch jünger zu sein, und ich glaube, daß die Jugend ja keine Schande ist; bei Frauen wird sie im allgemeinen sogar als Vorteil angesehen. (Lebhafte Heiterkeit bei den Unabhängigen.)

Was die Bescheidenheit anlangt (Abg. Rosa Jochmann: Die ziert Sie nicht!), so möchte ich sagen: Meine Herren von der Sozialistischen Partei, von Ihnen konnte ich Bescheidenheit nicht lernen. (Neuerliche Heiterkeit bei den Unabhängigen.) Ich habe noch selten eine solche Diskrepanz zwischen Geist und Überheblichkeit gesehen wie bei einigen Herren Ihrer Fraktion! (Lebhafter Beifall bei der WdU. — Zwischenrufe bei der SPÖ.)

**Präsident Hartleb:** Als nächster Redner ist der Herr Abg. Mark zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mark:** Hohes Haus! Bevor ich auf das Thema eingehe, das ich mir für heute gestellt habe, muß ich feststellen: Wir Sozialisten bedauern es tief, daß trotz eindringlicher Bitte unseres Freundes Zechner, angesichts einer Verständigung über die Frage der konfessionellen Schule heute nicht weiter über die verschiedenen damit in Zusammenhang stehenden Fragen herumzudebattieren, damit die weiteren Verhandlungen nicht gestört werden, Frau Solar es doch für notwendig gehalten hat, alle Streitfragen in aller Öffentlichkeit wieder aufzurollen, über die eine Einigung schon erzielt oder fast erreicht wurde. Ich kann dazu nur erklären, daß wir mit aller Entschiedenheit die Worte Dr. Zechners unterstreichen, daß wir dafür sind, es möge auf dem Gebiet der konfessionellen Schule der Zustand wiederhergestellt werden, der am 5. März 1933, an dem Tag der Ausschaltung des Parlaments und damit der Demokratie in Österreich, bestanden hat. Dazu waren wir, dazu sind wir und dazu werden wir bereit sein. Wir beabsichtigen aber nicht, einen Schritt darüber hinaus zu tun. Was Recht war, muß wieder Recht werden, aber aus Unrecht darf nicht neues Unrecht entstehen.

Ich möchte hier aber auch etwas anderes besprechen, was Frau Solar in Behandlung gezogen hat. Sie hat von der Bekämpfung des Unwesens auf dem Gebiete des Films gesprochen und hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß hier ein Filmgesetz der richtige Ausweg sei. Ich darf aus meiner persönlichen Erfahrung heraus sagen: Es ist wohl wichtiger, daß wir zuerst einmal dafür sorgen — wie ich schon im Budgetausschuß ausgeführt habe —, daß die staatlichen Mittel, die heute schon vorhanden sind und die es ermöglichen würden, das Filmunwesen in Österreich weitestgehend zu bekämpfen, auch angewendet werden, nämlich die Mittel, die in der Gesetzgebung bestehen, die auf der einen Seite schädliche Kartelle verbietet und auf der anderen Seite Koppelungsverkäufe untersagt. Beide Dinge sind die eigentliche Ursache dafür, daß in Österreich noch immer Filme mindestens Quali-

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 971

tät gespielt werden müssen, einfach deshalb, weil eben jeder Filmtheaterbesitzer gezwungen ist, nach dem in Österreich geltenden Blind- und Blockbuchsystem Filme anzunehmen, die mit anderen Filmen gekoppelt sind, ohne daß er irgendeine Auswahl treffen kann. Er wird also gezwungen, Filme abzunehmen, von denen ihm nichts, nicht einmal die Titel und die Mitwirkenden bekannt sind, von denen es höchstens heißt: ein deutscher, ein russischer, ein amerikanischer oder ein anderer Film. Bevor wir diese heute schon vorhandenen Mittel ausgewertet haben, wird es schwer möglich sein, hier im Wege eines Filmgesetzes Ordnung zu schaffen.

Aber ich wollte mich hier eigentlich vor allem mit den Problemen von Wissenschaft und Forschung beschäftigen und kann nur feststellen: Es ist eine liebe Gewohnheit im österreichischen Parlament geworden, ich möchte fast sagen ein Hauptbestandteil unseres parlamentarischen Brauchtums, daß in der Budgetdebatte die Redner aller Parteien auf echt österreichisch feststellen: „Auf dem Gebiet der Förderung von Wissenschaft und Forschung geht's nimmer so weiter, da muß was g'schehn!“

Welchen Erfolg diese Feststellungen bisher gehabt haben, hören wir am deutlichsten, wenn wir zwei Männer zu Wort kommen lassen, von denen ich Ihnen zwei Zitate vorbringen möchte. Das eine hat Herr Professor Dr. Schönbauer bei seiner Inauguration als Rektor der Wiener Universität am 5. November 1953 gesagt. Er spricht nämlich dort laut „Österreichische Hochschulzeitung“ aus, daß die Dotationen in den meisten Fällen völlig unzureichend sind. „Sie genügen bei weitem nicht, den Wissenschaften in Österreich zu gestatten, sich am internationalen Wettstreit der Forschung auf allen wichtigen Gebieten zu beteiligen. Mag es dem Genie und Glück des einzelnen gelingen, hie und da zu einem Erfolg zu gelangen, so kann von einer gleichmäßigen, planvollen Forschung noch keine Rede sein. Die sich unter unserem Nachwuchs durch Fleiß, Begabung und Leistungen vor den übrigen auszeichnen, wandern ab. Die Existenz unserer Wissenschaft ist nicht abhängig davon, wie gut unser Nachwuchs ist und wie gut ausgebildet, sondern davon, wie viele von diesen guten Leuten tatsächlich im Lande bleiben. Es kann nicht einfach hingenommen werden, daß ein größerer Teil der bestqualifizierten jungen Leute ins Ausland geht, daß wir Lizizenzen für Erfindungen zahlen müssen, die unser Nachwuchs im Dienste anderer Wirtschaften macht oder ausbaut. Es läßt sich nicht verantworten, daß wir auf Jahre und vielleicht Jahrzehnte

hinaus auf planmäßige Forschung verzichten und uns mit der Übernahme ausländischen Wissensgutes begnügen. Ein zweites Problem darf nicht übersehen werden, das der ärztlichen Ausbildung. Es ist unvertretbar, die Studenten und die angehenden Ärzte infolge Fehlens moderner Kliniken, moderner Einrichtungen und Apparate die Medizin von gestern zu lehren, sie in die Praxis zu entlassen mit einer Ausbildung, durch die ihnen viele moderne Errungenschaften nur vom Hören sagen her bekannt sind.“

Wenn das einer der hervorragendsten Mediziner der Wiener Universität sagt, muß uns das außerordentlich ernst stimmen. Aber selbst ein so vorsichtig zurückhaltender Mann, wie Professor Meister, sagt in einem mir vorliegenden Brief folgendes:

Es muß dort eingegriffen werden, „wo die Not am größten ist. Das sind einige unentbehrliche Lehrkanzeln und die Vermehrung der Assistenten. Die Belastung der Vorstände der Institute ist wirklich kaum mehr zu ertragen, und schließlich könnten Staat und Öffentlichkeit von der Arbeit der Professoren viel mehr Nutzen ziehen, wenn sie sich der Forschung, dem Unterricht und der Volksbildung widmen könnten und Administratives ihnen von jüngeren Kräften abgenommen würde.“

Dabei ist er selbst ein Beispiel dafür, daß es der Unterrichtsverwaltung nicht möglich gewesen ist, für diesen hochbetagten Gelehrten einen jüngeren Ersatz zu finden, sodaß seine Lehrtätigkeit bis zu seinem 76. Lebensjahr erstreckt werden mußte, obwohl einerseits diesem Mann längst die wohlverdiente Ruhe hätte gesichert werden müssen, die er auch im Interesse der wissenschaftlichen Auswertung seiner Jahrzehntelangen Erfahrungen hätte benutzen können, anderseits aber gerade auf dem Gebiete der Erziehung die Heranziehung jüngerer Kräfte, die ihre praktischen wissenschaftlichen Erfahrungen gerade in der unmittelbaren Gegenwart erworben haben, dringend erforderlich wäre.

Einen Aufschluß über die Ursache der von den beiden Gelehrten aufgezeigten Gefahren und Mißstände zeigt die bekannte Zeitschrift „Die Furche“ auf, die in der „Hochschulzeitung“ zitiert wird. „Wir sind“ — so sagt der Verfasser dieses Artikels in der „Furche“ — „ein Land alten Ansehens in Wissenschaft und geistigem Leben, aber unsere akademischen Institute besitzen Budgets, die teilweise vierteljährlich zwischen 150 S und 300 S liegen.“

„Dazu ist noch zu sagen,“ — so sagt die „Österreichische Hochschulzeitung“ dazu — „daß diese Angaben leider zu optimistisch sind, weil die genannten Zuwendungen

## 972 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

nur im ersten Vierteljahr voll, in den anderen drei Vierteljahren jedoch um 25 Prozent gekürzt ausgegeben wurden. Die „Furche“ fordert endlich ein Budget für das Bundesministerium für Unterricht, „das Österreichs würdig ist, das nicht alle beschämt im Nationalrat und in der Öffentlichkeit, die sich bereit finden, die bisherigen Bettelbeträge zu verteidigen.“

Auch anderwärts spricht man von einem Notstand der Wissenschaft und der Forschung. So in der Deutschen Bundesrepublik, wo die „Neue Zeitung“ vom 2. August 1953 schreibt: „Zugleich aber ist die Spitze in ernster Gefahr, die Wissenschaft und Forschung. Die Notrufe der einzelnen Universitäten wiederholen sich in regelmäßigen Abständen. Dann erfährt man so groteske Ziffern wie die von einem Marburger Institut, das mit einem Etat von ganzen DM 456 monatlich auskommen mußte.“ 456 DM, das sind ungefähr 2700 S monatlich, die ein Marburger Institut bekommt. Dabei sind wissenschaftliche Bücher und Apparate in Deutschland wesentlich billiger. In Österreich sind 150 S bis 300 S vierteljährlich die üblichen Dotationen. Das also wird in Deutschland als Notlage bezeichnet. Es heißt dann dort weiter:

„Wer sich heute entschließt, die wissenschaftliche Laufbahn zu wählen, muß die Fähigkeiten eines Fakirs mitbringen, er muß Hungerkünstler und Geduldsathlet in einem sein. Er kann von Glück reden, wenn er nach langen Jahren des Studiums und der mit einem Notgroschen dotierten Assistententätigkeit eine sogenannte Diätendozentur mit DM 400 erhält.“ Das sind also 2400 S. Die „Hochschulzeitung“ sagt dazu: „Die 500 Privatdozenten Österreichs „verdienten“ 1952 zusammen neuntausend Schilling im Monat.“

Natürlich gibt es neben den erwähnten ordentlichen, das heißt regelmäßigen und gleichbleibenden Dotationen auch noch außerordentliche. Zum Beispiel hat das II. Mineralogische Institut der Wiener Universität zur Beschaffung eines Diamantschleifers 300.000 S erhalten, während daneben das I. Institut sozusagen am Hungertuch nagt. Wenn dann die Flüssigmachung solcher außerordentlicher Dotationen häufig in Zeitpunkten erfolgt, wo Neubesetzungen von Kanzeln diskutiert werden, kann es einen nicht wundern, daß in diesen Kreisen erzählt wird, einige solcher Dotationen seien plötzlich bewilligt worden, um die Besetzung der Lehrkanzel für Geologie mit dem vom Ministerium gewünschten Manne zu sichern, und daß ähnliche Versuche auch im Falle Kindermann unternommen werden. Natürlich ist die Berufung einer Kapazität aus Deutschland, der

Schweiz oder gar aus Amerika fast unmöglich, wenn ein außerordentlicher Professor netto abgerundet etwa 2150 S monatlich und ein ordentlicher Professor netto 2590 S erhält. Es haben hervorragende Gelehrte in der letzten Zeit Berufungen aus dem Ausland abgelehnt. Es sind das zum Beispiel die Professoren Haberler, ein gebürtiger Wiener, für Volkswirtschaft, Müller-Armack für Volkswirtschaft, Conrad für deutsche Rechtsgeschichte, ferner drei ausländische Professoren für Betriebswirtschaftslehre, ein Geograph, ja sogar ein Assistent in Westdeutschland, der als solcher mehr Gehalt hat, als ihm der österreichische Staat als Professor bieten könnte.

Ich darf mit der „Hochschulzeitung“ sprechen und sagen: „Es soll gern zugestanden werden, daß die Hochschulen in dem Budgetvoranschlag etwas besser dotiert werden, indem sich ihr prozentueller Anteil am Gesamthaushalt seit 1952 von 0,73 Prozent auf 0,76 Prozent erhöht hat: doch kann auch dieser bescheidene Anstieg nicht den katastrophalen Unterschied verschleieren, der sich in der Wertung der Wissenschaft zwischen der ersten und der zweiten Republik Österreichs ergeben hat. 1930 noch betrug der Aufwand für die Hochschulen“ — nicht 0,76 Prozent, sondern — „1,3 Prozent des gesamten Budgets. Der Dienstpostenplan für das Jahr 1931 schrieb 409 ordentliche und 133 außerordentliche, im ganzen also 542 Lehrkanzeln, aus. Der von 1954 nennt 317 ordentliche Professuren, von denen sechs zur Umwandlung in außerordentliche und drei zur Auflösung bestimmt sind — also im Grunde statt 317 nur 308.“ — Die Zahl der ordentlichen Professuren ist also von 409 auf 308 gefallen. — „An außerordentlichen Professuren nennt er 112, von denen zwei zur Auflösung bestimmt sind, also bei Einbeziehung der umgewandelten ordentlichen Lehrstühle im ganzen 116. Demnach haben sich die Lehrstühle für ordentliche Professoren um 25 Prozent verringert, während die — natürlich weniger hoch dotierten — für außerordentliche Professuren von 133 auf 116, also um 13 Prozent reduziert worden sind.“

Diese Einschränkungen werden uns nun als eine unausweichliche Folge der bedrängten finanziellen Lage des Staates erklärt. Wenn es aber gilt, ein wertloses und lächerliches Machwerk zu fördern, wie das Buch „Schutz vor Atombomben“, dessen Deutsch sich im gleichen Verhältnis befindet zu den läppischen Schutzanweisungen, in dem es etwa von „treffe man Maßnahmen“, „sehe man vor“, „treffe man“, „nehme man“ und ähnlichen Dingen nur so wimmelt und in dem sich auch so läppische Anweisungen befinden, die für das Verhalten beim Abwurf von Atom-

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 973

bomben sozusagen 29 Gebote angeben, beispielsweise solche wie diese: „Wenn Geldscheine radioaktiv geworden und daher verseucht sind, kann man sie nicht verwenden, sondern soll sie in eine gut verschlossene Kassette geben“ und ähnliche „wichtige“ Dinge, die fast als gefährlich zu bezeichnen sind, wenn sie bei einem — wie wir alle aber hoffen — nie eintretenden Ernstfall angewendet werden, wenn es also gilt, ein solches Machwerk in großer Auflage vom Unterrichtsministerium zu kaufen, zu einem Vorzugspreis von 30 S statt 38-50 S — dabei sind im Buchhandel weit höhere Rabatte üblich —, dann ist dazu das Geld vorhanden, das allerdings sofort wieder fehlt, wenn der Wiener Stadt Schulrat eine gemeinsame Anregung der Mittelschullehrervereinigungen beider Parteien weitergibt, ein Buch, „Einführung in die Tiefenpsychologie“, für die Lehrerbibliotheken zu beschaffen.

Die Sparsamkeit zeigt sich aber auch an unserer Kunsthochschule, wie der abtretende Rektor bei der vor einigen Wochen erfolgten Inauguration des neuen Rektors Paris von Gütersloh feststellte, der gezwungen war, auf den ständigen Schrumpfungsprozeß dieser bedeutenden Anstalt hinzuweisen.

Förderung kann man nur erreichen, wenn man übereinstimmt mit dem Geist, der in den meisten Abteilungen des Ministeriums herrscht. Alles, was mit moderner Auffassung von gesellschaftlichem Leben übereinstimmt, wird zurückgedrängt. So gibt es an der juridischen Fakultät der Wiener Universität unter 111 ausgeschriebenen Vorlesungen nur vier mit insgesamt sieben Stunden, die sich mit Sozialpolitik, Sozialrecht und Sozialversicherung beschäftigen. Wir alle wissen, daß gerade diese Sparten heute zu den wichtigsten im Rechtsleben gehören und daß es eine außergewöhnlich geringfügige Ausbildung ist, wenn nur so wenig Möglichkeiten vorhanden sind. Mit dem Gewerkschaftswesen, seinen Aufgaben und rechtlichen Qualitäten beschäftigt sich nicht eine einzige, mit dem Genossenschaftswesen eine einstündige Vorlesung. Daß die Karten eines an der Universität angekündigten Vortrages des endlich neuberufenen Sozialpolitikers — denn jahrelang haben wir keinen gehabt — nur durch CV-Verbindungen bezo gen werden können, läßt allerdings eine gewisse Einseitigkeit befürchten. Wir aber wollen eine stärkere Verbindung der Wissenschaft mit dem tätigen Leben und wollen daher, daß eine stärkere Mitverantwortung und Mitwirkung öffentlicher Stellen und auch des Parlaments bei einem Hochschulstudiengesetz und einem Hochschulgesetz gesichert werden, nicht aber, daß diese stärkere Lebensnähe

der Forschung behindert werde durch ein Hochschulermächtigungsgesetz, das die Entscheidungen fallen läßt in camera caritatis, in Verhandlungen zwischen Ministerialbürokratie und Rektoratskanzleien.

Alles, was ich bisher vorgebracht habe, erfüllt uns mit tiefster Besorgnis über die künftige Entwicklung der Wissenschaft und der Forschung in unserem Lande. Wir stehen aber mit dieser Besorgnis nicht allein. In einem Memorandum der Professorenkollegien der drei Hochschulen technischen Charakters heißt es: „Die neuere Entwicklung ... gibt Anlaß zu den schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft der österreichischen Wissenschaft und Forschung überhaupt.“ Weiter heißt es dort:

„Zahlenmäßige Vergleiche österreichischer Hochschulinstitute mit ausländischen Lehrkanzeln ähnlicher Tätigkeitsart sind ebenso kennzeichnend wie erschütternd; so beträgt der Jahresetat des von dem Wiener Wissenschaftler Hermann Mark“ — ich bin mit ihm weder verwandt noch identisch — „geleiteten Instituts für Polymerenforschung an der Technischen Hochschule von Brooklyn rund 1 Million Dollar jährlich, das Budget des Instituts für anorganische chemische Technologie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich mehr als 250.000 Schweizer Franken, das Budget des Max Planck-Instituts für Kohleforschung in Mühlheim/Ruhr rund 1 Million DM im Jahr, die ordentliche Dotation ähnlicher Institute an der Wiener Technischen Hochschule jedoch kaum 15.000 S jährlich.“

Ich könnte Ihnen jetzt noch eine Reihe von Dingen aus diesem Memorandum vorlesen, ich möchte aber nur sagen, daß dieses Memorandum zu dem Schluß kommt, daß eine einheitliche Lenkung der wissenschaftlichen Forschung in Österreich dringend notwendig ist, und mit den Worten schließt: „,Forschungsrat und nicht Sektionsrat‘ sollte die Parole heißen“, die von den Professorenkollegien der drei Technischen Hochschulen verlangt wird.

Der Gedanke dieses Forschungsrates wird von uns schon seit dem Jahre 1948 vertreten, seit jenem Jahre, in dem er aufgetaucht ist in einer Enquête, die von dem unter Leitung unserer Freunde Zechner und Duscheck stehenden Institut für Kunst und Wissenschaft durchgeführt wurde. Wir haben ihn vertreten und durchgesetzt, daß vom Bundesministerium seinerzeit ein Gesetzentwurf eingebracht und ein Betrag von 500.000 S in die Budgets der letzten Jahre eingesetzt wurde. Bei allen Besprechungen, die seither durchgeführt worden sind, haben wir auf diese Forderung

## 974 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

hingewiesen. Wenn heuer dieser Betrag be- dauerlicherweise nicht aufscheinen kann, so bedeutet das nicht, daß wir ihn fallengelassen haben.

Darum stellen wir im Einvernehmen mit der ÖVP den folgenden Antrag, dem auch der VdU beigetreten ist:

**Etschließungsantrag der Abg. Dr. Gschnitzer, Mark und Dr. Pfeifer:**

Mit Bedauern mußte bei der Beratung des Budgets zur Kenntnis genommen werden, daß die staatsfinanzielle Lage es unmöglich machte, die in vergangenen Jahren vor- gesehene Post für die vorbereitenden Arbei- ten zur Schaffung eines Forschungsrates in das heurige Budget wieder aufzunehmen. Diese Tatsache soll aber der Vorbereitung eines solchen Forschungsrates nicht hinderlich im Wege stehen.

Darum fordert der Nationalrat die Bundes- regierung auf, einen Entwurf eines Bundes- gesetzes, betreffend die Schaffung eines Forschungsrates, vorzulegen, der auch Sorge für die notwendige Finanzierung einer solchen wichtigen Einrichtung trägt.

Wir wissen, daß damit die Lage der öster- reichischen Wissenschaft und die Lage der österreichischen Forschung nicht endgültig geregelt ist und daß wir nicht von uns allein erwarten können, daß die notwendigen Mittel aufgebracht werden. Wir glauben aber, daß es möglich sein wird, durch Schaffung eines solchen Forschungsrates neue Mittel aufzu- schließen, und wir glauben, daß eine zweck- mäßige Verteilung — vom Standpunkt der Wissenschaft und nicht vom Standpunkt anderer Interessen aus — sehr wertvoll sein wird und daß dadurch ein wesentlicher Impuls für das Leben unserer Wissenschaft und unserer Forschung in Österreich gegeben wird. Deshalb bitten wir Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident (der inzwischen den Vorsitz über- nommen hat):** Ich stelle fest, daß der Ent- schließungsantrag nach der Geschäftsordnung entsprechend unterstützt ist. Er steht daher in Verhandlung.

Zum Wort gemeldet ist noch der Herr Abg. Kranebitter. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kranebitter:** Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wir sind vom Volke ins Parlament gesandt, um hier die gesetzlichen Grundlagen zur Entfaltung der Volkswirt- schaft und zum Aufbau und Ausbau des Hauses einer modernen und guten Gesell-

schaftsordnung zu schaffen. Die Budget- debatte gibt den Abgesandten des Volkes Jahr für Jahr die Möglichkeit, ihre Ideen und Wünsche zur Ausgestaltung der Wirt- schaft und der sozialen Ordnung bekannt- zugeben und so anregend und wegweisend zu wirken.

Das Bewußtsein der Pflicht und der Mit- verantwortung für das Wohl unseres Volkes und Vaterlandes und nicht der Drang, mich in der Öffentlichkeit hörbar zu machen, treibt mich dazu an, beim Kapitel Unterricht zur entscheidensten Lebensfrage Österreichs, zur Erziehung der jungen Menschen für die Mission der Familie, noch einige freimütige und wegweisende Worte zu sagen. Ich wollte bescheiden sein und dem Abg. Mark das letzte Wort überlassen. Es ist aber nun so angeordnet, daß ich am heutigen Tage das letzte Wort haben soll. (Abg. Dengler: Bist aber keine Frau! — Heiterkeit.)

Im gemeinsamen Mühen um die Über- windung des Nachkriegsnotstandes und um die allmähliche Verbesserung der Lebensbedin- gungen aller Schichten unseres Volkes und im Aufbau unseres Staatswesens zu einem Haus der Ordnung und der Wohlfahrt haben so manche Führende des Volkes es jahrelang übersehen, daß die wahre Gesundung und Ordnung der Gesellschaft nur aus gesunden und geordneten Familien blühen kann (leb- hafter Beifall bei der ÖVP) und daß diese Urzellen der Gesellschaft weithin in Un- ordnung gekommen, ja in Auflösung begriffen sind.

Durch statistische Erhebungen ist es offen- bar geworden, daß in Österreich jährlich 5000 Ehescheidungen sich vollziehen, daß 42 Prozent der Ehen in unserem Vaterlande kinderlos sind, daß die Hälfte der öster- reichischen Kinder das einzige Kind ihrer Familie darstellen und daß in unserer Bundes- hauptstadt Wien die Zahl der jährlichen Todesfälle bereits weit die der Geburten überwiegt und daß nach Nationalrat Doktor Zechner die Schülerzahl in Wien von derzeit 147.000 in acht Jahren auf 90.000 gesunken sein wird. Diese Ziffern erbringen den erschütternden Beweis, daß in Österreich in 15 bis 20 Jahren das Mißverhältnis zwischen den in Arbeit stehenden Menschen und den Rentenbeziehern so groß sein wird, daß der stolze Bau der sozialen Fürsorge und das ganze Sozialversicherungswesen wie ein Karten- haus zusammengebrochen sein wird.

Die Volkspartei war die erste Partei, die schon im Jahre 1947 im Sinne einer echten Familienpolitik durch den Beschuß der Gemeinschaftsrente mit Kinderbeihilfe eine

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 975

tiefgreifende soziale Reform anzubahnen bemüht war. Die Österreichische Volkspartei war es auch, die nach dem Scheitern dieser Bemühungen vor fünf Jahren die Kinderbeihilfe für die Unselbständigen beantragte und mit Zustimmung der Sozialistischen Partei verwirklichte. Und vor vier Jahren haben Abgeordnete der Volkspartei die Ausdehnung der Kinderbeihilfe auf die Familien der Selbständigen beantragt. Die einmütige Bejahung dieses Antrages durch die Österreichische Volkspartei und die von ihrem Kanzler und Finanzminister herbeigeführte Gesundung und Erstarkung der Volkswirtschaft ermöglichen es, das Problem einer erweiterten und verbesserten Familienhilfe demnächst zur Lösung zu bringen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Im Sinne einer echten Familienpolitik liegt auch der Kampf der Volkspartei um die Verwirklichung der Idee des Wohnungseigentums und um die Erschließung der Mittel zur möglichst weitgehenden Förderung der Erbauung von Eigentumswohnungen als Heimstätten freier und starker Familien. (Erneuter Beifall bei der Volkspartei.)

Familienpolitik ist aber auch unser Kampf um eine weitere Verbesserung des sehr veralteten und reformbedürftigen Mieterschutzgesetzes, bei Wahrung des Schutzes der Mieter. Denn dadurch würden in kurzer Zeit wiederum Zehntausende von Wohnungen, und zwar für große Familien, zur Verfügung stehen und auch noch Arbeit beschafft werden. (Abg. E. Fischer: Sie verlangen vom Unterrichtsminister zuviel! — Heiterkeit bei den Sozialisten.) Es gehört zum Thema, Kollege Fischer.

Wenn ich in den vergangenen vier Jahren auch unentwegt die Notwendigkeit einer alle bedürftigen Familien des Volkes umfassenden materiellen Stärkung der Familien durch Gewährung der Kinderbeihilfe zu beleuchten und der Lösung dieses Problems den Weg bereiten zu helfen mich verpflichtet fühlte, so hatte ich gleich manchen anderen aber immer die Überzeugung in mir, daß man mit materiellen Mitteln allein das Sterben unseres Volkes nicht aufzuhalten vermag. (Zustimmung bei der ÖVP.) Die finanzielle Unterstützung und Wohnraumbeschaffung wird die Familie erst dann gesund machen helfen, wenn durch eine entsprechende Erziehung der jungen Generation eine seelisch-geistige Vorbereitung und Befähigung zur verantwortungsbewußten Erfüllung der den künftigen Vätern und Müttern unseres Volkes gestellten Mission sich vollzieht!

Ich befinde mich mit dieser meiner Auffassung im Gegensatz zu der des Bürger-

meisters von Wien, der unlängst in einer öffentlichen Stellungnahme zu einer Rede des Unterrichtsministers Dr. Kolb den Kalten Krieg als Hauptursache des Geburtenchwundes bezeichnete und der die Behauptung aufstellte, daß dieser biologischen Abwärtsentwicklung nur durch soziale Maßnahmen wirksam entgegengearbeitet werden könnte. Diese in den Reihen der Anhänger der Sozialistischen Partei wohl allgemein vorhandene Ansicht wurde bei der Eröffnung der Debatte zum Finanzgesetz 1954 auch durch den Obmann der WdU, Nationalrat Stendebach, geteilt, der von dieser Kanzel aus (*Heiterkeit bei der SPÖ*) dem Hohen Hause zurief: Gebt unserem Volke eine Lebensaussicht, und die Wiegen füllen sich von selber!

Geehrte Damen und Herren, Ihre Diagnose ist falsch! Sie sieht die Auswirkungen eines tiefliegenden Grundübels als Krankheitsquelle an; sonst könnte die Geburtendrosselung in Ehegemeinschaften mit gesichertem Einkommen im allgemeinen nicht größer sein, und sonst könnten nicht so viele wohlhabendere Frauen lieber einen Hund als ein Kind besitzen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Daß Ihre Krankheitsbestimmung eine Fehldiagnose ist, wird am unwiderleglichsten auch durch die Tatsache bewiesen, daß überall dort, wo die Menschen in unserem Kulturstaat noch nicht von den Grundsätzen der christlichen Kultur losgerissen werden konnten, trotz größter wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Ehegemeinschaften gegen die Seuche der ethelichen Untreue und der Ehescheidung noch am meisten immun sind und daß dort sowohl in den Bauern- als auch in den Arbeiter- und Handwerkerfamilien noch ein großer Kinderreichtum blüht. (Beifall bei der ÖVP.)

Der schreckliche Zerfall der Ehegemeinschaften und der herodianische Massenmord am keimenden Leben ist nur dort zur tödlichen Volksseuche geworden, wo man in den vergangenen Jahrzehnten die heutige Eltern- generation in den Schulen und außerhalb derselben zu einer von den vermeintlich veralteten religiös-sittlichen Bindungen und Gewissenshemmungen möglichst freien Lebensauffassung erzog, wo man den jungen Menschen die „freie Liebe“ lehrte (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) und wo man die Ehe nach der Lehre Martin Luthers ihrer sakramentalen Würde entkleidete und zu einem „weltlich Ding“ erniedrigte. (Abg. Dr. Neugebauer: Er sieht den Splitter in unserem Auge, aber nicht den eigenen Balken! — Weitere Zwischenrufe.) Sie werden nervös! Damit zeigen Sie nur, daß ich die Wahrheit sage, denn die Wahrheit ist manchmal eine sehr bittere Pille, die man ungern schluckt. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

## 976 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Alle diejenigen, die einst einem Teile der heutigen Elterngeneration die religiöse Weltanschau und Verantwortung zu nehmen und sie von den sittlichen Bindungen und Gewissenshemmungen zu befreien vermochten und die heute noch durch so manche Presse-, Film- und Theatererzeugnisse sittliche Verflachungsarbeit leisten, sie waren und sind die zerstörenden Krebsbazillen in unserem Volkskörper! (Zustimmung bei der ÖVP.) Sie waren und sind die Totengräber des Eheglückes unzähliger junger Menschen in Österreich!

Ich bin kein Anhänger der Todesstrafe. Ich habe vielmehr die Überzeugung, daß man Bestien der Menschheit — und solche entartete Menschen gibt es leider — dadurch unschädlich machen müßte (Abg. Rosa Jochmann: *So hat Jesus nicht gesprochen!*), daß man dieselben durch eine internationale Vereinbarung auf einer weltfernen Insel zu einer gemeinnützigen Arbeit verurteilen sollte. Wenn aber für irgend jemanden die Todesstrafe gerechtfertigt wäre, dann sind es jene Volksverführer, die das Unglück abertausender zerbrochener Ehen und den bestialischen Mord hunderttausender Kinder im Mutterleib verschuldet haben!

Angesichts dieses eigentlichen und tiefsten Krankheitsherdes wird es klar, daß die zwar zwingend notwendige materielle Stärkung der Familien des Volkes nur die Unterstützung eines seelisch-geistigen Gesundungsprozesses sein kann, den einzuleiten und durchzuführen die entscheidenste Gegenwartsaufgabe aller Erziehungsfaktoren in Österreich ist. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Hartleb, antreten zur Seelenläuterung!)

Die große Erziehungsaufgabe der Gegenwart ist es — neben der Vermittlung eines geistig verdauten Elementar- und meisterlichen Fachwissens und Fachkönnens in allen Berufsgruppen —, in die Herzen der künftigen Väter und Mütter unseres Volkes wieder eine klare Gotteserkenntnis und eine von aller scheinheiligen Frömmelei freie und verantwortungsbewußte Gottesliebe zu senken! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Frühwirth: Alle antreten zur Seelenwäsche! — Heiterkeit bei der SPÖ.) Es gilt, Menschen zu erziehen, die von dieser lebendigen Verbindung mit Gott, dem Schöpfer und Erhalter der Welt und alles organischen Lebens, zur geistigen Beherrschung und Lenkung der Triebe der Natur gelangen und die ihre gottgeschenkten körperlichen und geistigen Kräfte zur Entfaltung bringen und einsetzen im Dienste ihrer hohen Lebensaufgabe als Vater und Mutter einer Familie und als Diener der Gemeinschaft des Volkes! (Beifall bei der ÖVP.)

Nur dann, wenn in allen unseren Bildungsstätten die Stärkung des Charakters der jungen Menschen und die Veredelung ihrer Herzen nach den modernen theologischen Erkenntnissen wieder als wichtigster Teil der Berufsausbildung gewertet wird und wenn die Mädchen und Jungmänner in christlichem Geist für ihre große Mission als künftige Väter und Mütter und als Erzieher ihrer Kinder vorbereitet werden, wird die Treue kein leerer Wahn mehr sein, dann wird jedes Kind wieder als Gnadengeschenk Gottes gewertet werden, dann werden die Familien wieder in Harmonie und Ordnung erblühen und erstarken, dann werden sie zu Keimzellen der Gesundung für unser Volk und zu Pflegestätten verantwortungsbewußter und tüchtiger Bürger unseres Staates sich entfalten! (Lebhafte Beifall bei der ÖVP.)

Diese Reform ist neben der materiellen Stärkung der Familien das einzige wirksame Heilmittel gegen den Tod unseres Volkes! Und diesem Bildungsziel müßte auch das neue Schulgesetz weitestgehend Rechnung tragen, wenn es wertvoll sein soll.

Es scheint nun nicht nur der Bürgermeister von Wien, sondern auch die maßgeblichste Führerschicht in der Sozialistischen Partei das Grundübel unserer Zeit noch nicht erkannt zu haben. (Zwischenrufe.) Ein Beweis, daß die Führung der Sozialistischen Partei eine Fehldiagnose gestellt hat und daher falsche Mittel zur Behebung der Ehe- und Familienkrise anwendet, ist die Tatsache, daß sie unter anderem nach wie vor eine Reform des Familienrechtes erstrebt, in dem der Vater als Oberhaupt der Familie entthront werden soll und in dem die Ehegattin, entgegen dem Naturgesetz, dem Manne in allem gleichgestellt sein soll. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialisten. — Abg. E. Fischer: Wo steht dieses Naturgesetz?)

Wie schädlich sich eine solche Operation und Medizin am Volkskörper und Staatsgefüge auswirken würde, hat schon ein konfessionell nicht gebundener und daher wohl besonders beachtlicher Fachmann, nämlich unser Universitätsprofessor Dr. Gschmitz, im Jahre 1950 von dieser Stelle aus überzeugend dargelegt. Ich will seinen trefflichen Warnungen heute nur eine Feststellung hinzufügen. Aus der Tendenz der SPÖ müßte die Schlußfolgerung gezogen werden, daß man auch dem Bundespräsidenten, dem Vater und Oberhaupt der österreichischen Volksfamilie, eine in jeder Hinsicht gleichberechtigte Bundespräsidentin an die Seite stellen müßte, damit er die Ordnung im Staate zu sichern vermag. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialisten.) Wir sind aber überzeugt, daß er es allein besser macht.

## 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953 977

Ich weiß nun sehr wohl, daß es auch bei bester Ehevorbereitung der jungen Menschen hier und da eine Ehekrise geben kann. Es ist mir ferner sehr gut bekannt, daß es auch in den Reihen der konfessionell nicht eindeutig orientierten Staatsbürger gute Menschen und gute Familien gibt, weil entweder eine besonders günstige Veranlagung bei ihnen eine veredelnde Wirkung ausübt oder weil sie von edlen Eltern erzogen wurden oder indirekt noch irgendwie unter dem Einfluß der Grundsätze der abendländischen christlichen Kultur stehen. Ich bin anderseits auch sehr wohl imstande, zu erkennen, daß es auch in den Reihen der Funktionäre und Mandatare der Sozialistischen Partei Menschen gibt, die das Grundübel zu erkennen vermögen und die bemüht sind, einzuwirken, daß die rechten Heilmittel angewandt werden. Aber diese Kräfte sind in der Sozialistischen Partei leider noch zur Einflußlosigkeit verurteilt. (Abg. Dr. Pittermann: Noch!)

Den Beweis dafür finden wir in der richtungweisenden Rede des Vizekanzlers Dr. Schärf, die er als Obmann der Sozialistischen Partei Österreichs bei ihrem diesjährigen Bundesparteitag gehalten hat. Dr. Schärf hat dort seinen Parteigenossen verkündet, daß sich der Sozialismus auf Grund der Frankfurter Prinzipienerklärung nicht mehr zum Marxismus oder zu einer anderen sozialistischen Ideologie bekennt. Er hat auch auf einer von der Sozialistischen Internationale in Bentveld in den Niederlanden veranstaltete Aussprache über „die Beziehung zwischen Sozialismus und Christentum“ verwiesen, wo man die Erkenntnis gewonnen hat, daß „die christliche Lehre in Europa eine der geistigen und ethischen Quellen des sozialistischen Gedankengutes“ ist.

Hier muß ich zur Behauptung der Frau Nationalrat Pollak sagen, daß diese sozialistische Erkenntnis auch besagt, daß das Antlitz des Arbeiters nur insoweit günstig verändert wurde, als die Sozialistische Partei die Soziallehren der Päpste zu kopieren und mit zu verwirklichen vermochte. (Ironischer Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Weikart: *Man lernt nicht aus!* — Abg. Dr. Pittermann: *Nehmen wir es auf uns!*)

Der Obmann der Sozialistischen Partei hat sich aber in seiner Rede sehr weit von den christlichen Lebens- und Staatsgrundsätzen distanziert, indem er sagte: „Keine Weltanschauung ist heute so wenig traditions- und dogmengebunden wie die der Parteien des demokratischen Sozialismus. Der demokratische Sozialismus ist keinem Dogmatismus verhaftet. Dies gibt ihm die Fähigkeit, gerade auf dem Gebiete des Kultur- und Schul-

wesens eine Politik zu führen, die sich ausschließlich von sachlichen Erwägungen leiten läßt.“ Das klingt ganz anders als die Äußerung Dr. Zechners, als er vorhin erklärte: „Wir Sozialisten bringen der Religion die gebührende Achtung entgegen. Wir wissen, was die Religion für Sitte und Moral und für das innere Glück der Menschen bedeutet.“ Die Frau Nationalrat Pollak ist schon ehrlicher gewesen. Sie sagte, daß wir zuviel „Traditionsstoff“ mitschleppen. (Ruf: *Lehrstoff in der Schule!* — Abg. Dr. Pittermann: *Sie meint den Xerxes, Kranebitter, aber nicht den Marx!* — Heiterkeit.)

Diese programmatichen Erklärungen des Bundesobmannes der SPÖ sind aber eine ganz klare offizielle Ablehnung der Dogmen des Christentums, die durch Gottes Offenbarung und durch seine Naturgesetze für alle Zeiten und Menschen als das einzig sichere Fundament der Ordnung und des Lebensglücks der Menschen in Familie, Volk und Staat gesetzt sind und auf der die ganze österreichische und europäische Kultur ruht. (Beifall bei der ÖVP.) Die tragischen Folgen der Nichtbeachtung der göttlichen Naturgesetze und Offenbarung, wie sie die Geschichte in Tausenden von Beispielen aufzeigt und wie auch wir sie im Verfall der Familien erleben, hat den Dichter mit Recht zum Ausspruch veranlaßt: „Alles wankt, wenn der Glaube fehlt!“

Wir respektieren nun die Lebensauffassung jedes Menschen, auch wenn sie weit von unserer Überzeugung abweicht, weil wir in jedem Menschen die Würde der gottgeschaffenen Persönlichkeit sehen. Und wir sind weit davon entfernt, die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst und die demokratischen Freiheitsrechte der Staatsbürger zu knebeln. Nationalrat Fischer braucht daher die „dumpfe Luft der klerikalen Unduldsamkeit“ nicht zu fürchten. (Zustimmung und Heiterkeit.) Wir haben auch nie bei politischen Entscheidungen Wähler unter Drohungen und Einschüchterungen zu einer ihrer Überzeugung widersprechenden Wahl gezwungen (Zwischenrufe), wie es auf anderer Seite manchmal geschah. Wir sind auch weit davon entfernt, an Stelle des Geistes der Liebe und der Eintracht Haß und Zwieteracht zu säen. Es darf aber keinem verantwortungsbewußten Österreicher gleichgültig sein, nach welchem Aufbauplan sein Vaterland gestaltet und in welchem Geiste die Jugend unseres Volkes erzogen wird. Denn vom guten oder schlechten Erziehungs- und Aufbauplan hängt es ab, ob die Jugend edel und gut sein wird und ob diese junge Generation geordnete und starke Familien als die entscheidende Vorbedingung für eine wahre Gesellschaftsordnung zu bilden vermag.

## 978 25. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VII. GP. — 9. Dezember 1953

Ich kann mir nicht helfen, wenn Ihr „Tag der Besinnung“ uns in der Überzeugung bestärkt hat, daß die Sozialistische Partei nach wie vor auf einem sehr schwankenden weltanschaulichen Grunde steht (*Beifall bei der ÖVP*) und daß die Österreichische Volkspartei das beste Gesundungsrezept und den besten und modernsten Aufbauplan hat, dessen Verwirklichung allein die Erhaltung der menschlichen Würde und Freiheit und die wahre Ordnung in Familie und Gesellschaft und damit den Bestand Österreichs garantiert! (*Starker Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über diese Gruppe ist daher geschlossen.

Für den nicht anwesenden Spezialberichterstatter ergreift der Herr Generalberichterstatter das Wort.

Generalberichterstatter **Grubhofer** (*Schlußwort*): Es sind zwei Anträge und ein Entschließungsantrag im Laufe der Debatte eingebbracht worden.

Der Antrag Dr. Pfeifer, Dr. Reimann und Genossen wegen der Bundeserziehungsanstalt Traunsee bei Gmunden lag dem Finanz- und Budgetausschuß und auch dem Unterausschuß bereits vor. Dort ist aufklärend darauf hingewiesen worden, warum der Ausschuß nicht in der Lage ist, ihn anzunehmen. Ich empfehle daher auch hier die Ablehnung.

Dasselbe gilt für den Antrag Pfeifer und Genossen, betreffend Kapitel 12 Titel 2 § 2: Akademie der Wissenschaften, mit 100.000 S. Auch dieser Antrag lag vor und hat nicht die Zustimmung des Ausschusses gefunden. Ich beantrage daher, ihn abzulehnen.

Was den Entschließungsantrag Doktor Gschnitzer, Mark, Dr. Pfeifer und Genossen wegen der Arbeiten zur Schaffung eines Forschungsrates betrifft, so trete ich dem Antrag bei und empfehle, ihn anzunehmen, muß aber dazu die Erklärung abgeben, daß in der Vorsorge für die notwendige Finanzierung weitere Budgetmittel erforderlich sind und die Lösung nur so gemeint sein kann, daß die erforderlichen Geldmittel in das Budget für 1955 eingebaut werden, weil im heutigen vorliegenden Budget kein Ansatz vorhanden ist.

**Präsident:** Damit ist die Debatte über diese Gruppe beendet.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 10. Dezember, 10 Uhr, statt. Behandelt wird die Gruppe VII mit Kapitel 15: Soziale Verwaltung, Kapitel 28 Titel 9: Bundesapotheke, und Kapitel 28 Titel 10: Sero-therapeutisches Institut. Wenn wir Zeit haben, werden wir auch die Gruppe XI behandeln.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 16 Uhr 55 Minuten**